

FREIHEIT | GERECHTIGKEIT | ZUSAMMENHALT

KOMMUNALWAHL 2011

Unser Programm –
SPD Frankfurt am Main



Inhaltsverzeichnis

I.	Frankfurt kann mehr	2
II.	Bürgerhaushalt für Frankfurt	6
III.	Gute Arbeit – gute Wirtschaft	9
IV.	Bildung von Anfang an	17
V.	Zusammenhalt durch Solidarität	27
VI.	Kultur für alle – Kultur mit allen	33
VII.	Frankfurter Vielfalt	41
VIII.	Modernes Frankfurt	45
IX.	Verkehr und Mobilität	55
X.	Mit Energie für ein ökologisches Frankfurt	60
XI.	Sicher Leben in Frankfurt	64
XII.	Politik für Generationen	69
XIII.	Gerechtigkeit im Verhältnis der Geschlechter	73
XIV.	Schwule und Lesben in Frankfurt	75
XV.	Frankfurt in Bewegung	77
XVI.	Stabile Finanzen	82

I. Frankfurt kann mehr

Unbestritten gehört Frankfurt zu den reichsten Städten Europas. Mit seinem Potenzial an Menschen, an Forschungs- und Bildungseinrichtungen und an Wirtschaftskraft könnte Frankfurt in vielen Bereichen Spitzenpositionen einnehmen. Dafür setzt Politik, auch Kommunalpolitik, die Rahmenbedingungen und mobilisiert damit Aktivitäten für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Institutionen. Die SPD ist überzeugt, dass wir gemeinsam in Frankfurt mehr erreichen können. Wirtschaftskraft plus soziale Gerechtigkeit, Fortschritt plus Sicherheit, ökologische Verantwortung plus neue Arbeitsplätze, private Wirtschaftsdynamik plus Sicherstellung der öffentlichen Güter für alle Bürgerinnen und Bürger – so kann Frankfurt Beispiel für moderne Großstadtentwicklung werden. Dazu gehört eine Kultur der Beteiligung, die den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt wieder mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten gibt.

Wir wollen mehr Transparenz in die Entscheidungsprozesse der Stadt Frankfurt bringen. Dazu gehören mehr Information und Debatten:

- Wir wollen die Tradition jener Bürgerversammlungen wieder aufleben lassen, bei denen Bürgerinnen und Bürger sowohl zu stadtteilbezogenen als auch zu gesamtstädtischen Themen direkt mit Magistrat und Amtsleitern debattieren können.
- Wir wollen einen Bürgerhaushalt, bei dem nicht nur die politischen Prioritäten öffentlich diskutiert werden, sondern bei dem die Bürgerinnen und Bürger auch über Teile des Haushalts selbst entscheiden.
- Wir wollen eine partizipative Planungspolitik, die nicht nur Expertinnen und Experten zu Wort kommen lässt, sondern auch die Betroffenen in Entscheidungen einbezieht.
- Wir wollen Bürgerentscheide zu zentralen Fragen.
- Wir wollen Betroffene zu Beteiligten machen.

Die SPD selbst hat ihr Wahlprogramm erst verabschiedet, nachdem sie die vorliegenden Eckpunkte in öffentlichen Veranstaltungen mit Vereinen, Verbänden und interessierten Bürgerinnen und Bürgern beraten hat.

Wir wollen die wirtschaftliche Entwicklung dieser Stadt stärken, indem wir auf Vielfalt in der Wirtschaft setzen. Neben dem Bankensektor sind längst neue starke Bereiche entstanden, wie die Kreativwirtschaft oder die Logistikbranche. Ihre Stärke wird begünstigt durch Strukturvorteile Frankfurts wie die Europäische Zentralbank, die Börse, und die Knotenfunktionen bei Flugverkehr, Bahn und Datennetzen. Auch wenn die Stabilisierung des Bankensektors derzeit stark von

einer bundespolitischen Rahmensetzung abhängt, die die Banken stärker in langfristige Verantwortung zwingt, sind viele Faktoren für die Wirtschaftsdynamik kommunalpolitisch beeinflussbar. Neben einer Förderungs- und Ansiedlungspolitik, die eine Mischung aus fortschrittlicher Industrie und moderner Dienstleistung unterstützt, tragen die Bildungschancen, das kulturelle Klima und vor allem der soziale Zusammenhalt der Stadtgesellschaft dazu bei, bestehende Unternehmen gedeihen und neue entstehen zu lassen.

Wir wollen ein modernes Frankfurt, in dem wirtschaftliche Dynamik von steigendem Zusammenhalt der Stadtgesellschaft begleitet wird. Dazu trägt Chancengleichheit in Erziehung und Bildung ebenso bei wie soziale Gerechtigkeit gegenüber denen, die in manchen Bereichen nicht mehr mithalten können. Für die SPD gilt: Kein Mensch wird zurückgelassen! Ob Wohnungsnot oder Kinderarmut: Aktive Kommunalpolitik nimmt sich der Probleme an, die einzelne Menschen nicht alleine lösen können. Eine wichtige Rolle spielen dabei öffentliche Güter. Ob Zugang zu Information, zu Bildung, zu Kultur, ob öffentlicher Verkehr oder Sportanlagen – überall da, wo es gilt, die Teilhabemöglichkeiten aller zu gewährleisten, übernimmt die kommunale Daseinsvorsorge die Bereitstellung öffentlicher Güter, entweder unentgeltlich oder gegen von allen bezahlbare Gebühren. Im Interesse des sozialen Zusammenhalts wollen wir diese Struktur öffentlicher Güter stärken.

Für die SPD ist Hilfe zur Selbsthilfe ein wesentlicher Baustein für den sozialen Zusammenhalt. Menschen in schwierigen Lebenslagen brauchen individuelle Chancen und Perspektiven. Hilfe muss auf gleicher Augenhöhe erfolgen und die persönliche Entwicklung fördern. Wir wollen die Frankfurter Tradition einer kommunalen Hilfe fortentwickeln, die das Individuum respektiert und die Gemeinschaft fördert.

Wir wollen eine im doppelten Sinne sichere Stadt. Wir wollen mehr Sicherheit im öffentlichen Raum durch Prävention, zusätzliches Personal und eine Sicherheit fördernde Stadtplanung. Wir wollen aber auch mehr Sicherheit für die Lebensplanung der einzelnen Bürgerinnen und Bürger durch die Bereitstellung öffentlicher Güter und von Unterstützungsleistungen in Notlagen.

Wir wollen ein zukunftsfähiges Frankfurt, das die Herausforderungen von demografischer Entwicklung, Rohstoffknappheit und Klimawandel annimmt und sein Potenzial einsetzt, um Vorreiter einer neuen Großstadtpolitik zu sein. Eine Stadt, die ihren Energieverbrauch halbiert und den Rest aus erneuerbaren Energien bezieht, wäre nicht nur ein Beispiel für viele andere. Sie würde auch den eigenen Bürgerinnen und Bürger mit sinkenden Energiekosten und neuen Arbeitsplätzen deutliche Vorteile bieten.

Wir wollen eine Stadt der kulturellen Vielfalt. In einem neuen Anlauf zur Entwicklung einer „Kultur für alle“ geht es uns darum, Freiräume für neue Initiativen zu schaffen und andererseits die kulturellen Institutionen zu ermutigen, noch mehr in den Stadtteilen, beispielsweise in Schulen und Vereinen, präsent zu sein.

Wir wollen eine Stadt, in der alle Menschen, die hier leben, die gleichen Chancen auf Beteiligung, Förderung und Aufstieg haben, ganz gleich woher sie oder ihre Eltern gekommen sind. Eine Stadt, in der Migrantinnen und Migranten auf gleicher Augenhöhe mit allen anderen leben können, wäre ein großer Fortschritt für Demokratie und Zusammenhalt.

Frankfurter Werte: Freiheit, Gleichheit, Zusammenhalt

Politik, die das Leben der Menschen erfolgreich verbessern will, braucht klare Wertmaßstäbe, an denen sie sich orientiert und nach denen sie ihre politischen Prioritäten setzt.

Freiheit

Freiheit und Toleranz haben in Frankfurt einen hohen Stellenwert. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sorgen immer wieder dafür, dass formale Freiheit auch materiell abgesichert wird. Wenn jeder die Freiheit, hat sich zu bilden, dann muss jeder so gestellt sein, dass er diese Freiheit in Anspruch nehmen kann. Die Sicherung des Lebensunterhalts durch Ausbildungsförderung und die Gebührenfreiheit machen oft erst Bildung möglich. Zur Freiheit der Großstadt gehört ebenso die Toleranz, die es allen Menschen im Rahmen von Verfassung und Gesetz ermöglicht, ihre Meinung zu äußern und ihre Kultur zu leben.

Gleichheit

Wir setzen uns ein für Gleichheit und für soziale Gerechtigkeit. Wir wollen, dass alle Menschen in Frankfurt am materiellen, aber auch am immateriellen Wohlstand beteiligt werden. Diesem Ziel sind alle Politikbereiche verpflichtet. Soziale Gerechtigkeit ist für uns ein grundlegender Maßstab für unsere Gesellschaft. Dafür, dass sie erreicht wird, tragen alle Verantwortung, Einzelpersonen ebenso wie Organisationen und Unternehmen. Daran werden wir sie erinnern. Politik muss dabei darauf achten, dass sie Ungleichheiten bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen begrenzt und Armut beseitigt, dass sie die Schwachen schützt und die Absicherung der zentralen Lebensrisiken auf alle Schultern verteilt.

Zusammenhalt

Die Bewohnerinnen und Bewohner einer Stadt werden ihre Zukunft nur gemeinsam gestalten können, wenn Zusammenhalt immer wieder hergestellt wird. Wir wollen nicht, dass Frankfurt auseinanderfällt in Stadtteile von Reichen, die sich gut durchsetzen können, und Stadtteile von Armen, auf die keiner hört.

Wir wollen nicht, dass Menschen aufgrund ihrer sozialen Situation ausgegrenzt werden. Wer lange arbeitslos war, der braucht Unterstützung auf dem Weg zu neuer Berufstätigkeit. Schülerinnen und Schüler, die die deutsche Sprache nicht beherrschen, dürfen nicht nach Hause geschickt werden. Sie müssen Hilfe bekommen, damit sie die Sprache lernen können. Wer Hilfe benötigt, muss sie auch erhalten. Wir wollen eine kulturell vielfältige Gesellschaft und die Integration der zu uns kommenden Menschen anderer nationaler Herkunft. Die Aufgaben, die vor uns liegen, werden wir nur miteinander bewältigen können.

Wir wollen unsere politischen Entscheidungen daran messen lassen, ob sie

- die Entfaltung der Fähigkeiten jedes einzelnen Menschen fördern,
- jedem die gleichen Chancen in Bildung, Beruf und Leben sichern,
- der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit dienen,
- die Möglichkeiten verbessern, Erwerbsarbeit für alle anzubieten,
- die Freiheit vergrößern, das eigene Leben selbst zu bestimmen und über die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mit zu entscheiden,
- die Gleichstellung von Mann und Frau voranbringen,
- durch die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und eine nachhaltige Entwicklung auch zukünftigen Generationen Entscheidungsfreiheit lassen,
- den Zusammenhalt und die Solidarität der Generationen fördern.

Dieser Politik ist die Frankfurter SPD verpflichtet.

Sie stellt damit die Menschen in den Mittelpunkt ihrer Entscheidungen.

II. Ein Bürgerhaushalt für Frankfurt am Main

Die sinkende Wahlbeteiligung ist alarmierend. Bei der Kommunalwahl 2006 lag die Wahlbeteiligung in Frankfurt bei 40,4 Prozent, bei der OB-Wahl 2007 bei 33,6 Prozent. Wir glauben, dass Kommunalpolitik transparenter werden muss und Bürgerinnen und Bürger verstärkt in Entscheidungsprozesse eingebunden werden sollten, damit politischem Handeln wieder ein höherer Stellenwert beigemessen wird. Ein verständlicher Haushalt, über den die Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden, ist für uns eine logische Konsequenz. Deshalb wollen wir in Frankfurt den Bürgerhaushalt einführen, also die Mitbeteiligung aller Bürgerinnen und Bürger in allen Bereichen des städtischen Haushalts.

Die Einführung eines Bürgerhaushaltes ist ein wichtiger Schritt zu mehr Teilhabe für alle, da bei einem Bürgerhaushalt jeder und jede mitmachen kann – unabhängig vom kommunalen Wahlrecht. Damit kann man viel mehr Menschen erreichen als über herkömmliche Politik.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten reden nicht nur über Bürgerbeteiligung, sondern werden von Anfang an verbindliche Zahlen benennen. Mit der Bereitstellung eines zweistelligen Millionenbetrags wollen wir deutlich machen, dass es uns ernst ist mit der Beteiligung. Angesichts des gesamten Haushaltsvolumens ist dieser Betrag durchaus vertretbar. Da die städtischen Finanzen jedoch in erheblichem Maße von der Einnahme der Gewerbesteuer abhängen, müssen die Beträge, die für einen Bürgerhaushalt zur Verfügung gestellt werden, jährlich angepasst werden und können nach oben oder unten abweichen.

Mehr Demokratie

Ein Bürgerhaushalt kann ein Mehr an Demokratie in der Stadtgesellschaft erreichen. Allein durch eine größere Transparenz politischer Entscheidungen können mehr Bürgerinnen und Bürger motiviert werden, sich für das Gemeinwohl zu interessieren und einzusetzen.

Einbeziehung aller in die Demokratie

Ein entscheidendes Moment beim Bürgerhaushalt besteht darin, dass jeder und jede mitmachen kann. Jugendliche sollen ab 14 Jahren mitabstimmen dürfen. Ziel ist es, Jugendliche schon früh an partizipativen Verfahren zu beteiligen, um sie für Demokratie zu begeistern. Die Teilnahme ist unabhängig von der

Staatsangehörigkeit, somit können auch Migrantinnen und Migranten viel besser angesprochen werden als bei anderen Prozessen. Durch die Transparenz des Prozesses und Versammlungen in den Stadtteilen sollen gerade auch Nichtwählerinnen und Nichtwähler erreicht werden.

Dialog zwischen Politik und Bürgern

Wir kommen mit Bürgern ins Gespräch und nehmen sie ernst. Neue Wege für Problemlösungen können durch Eigeninitiative der Bürger erprobt werden.

Für eine attraktive Stadt

Frankfurt wird durch den Bürgerhaushalt attraktiver, da die Identifikation mit einer selbst gestalteten Stadt und auch mit einer greifbaren Stadtpolitik steigt.

SPD und Demokratie

Das Motto „Mehr Demokratie wagen“ ist und bleibt für uns aktuell. Es ist eine Kernkompetenz der SPD, Beteiligungsprozesse zu organisieren – gemeinsam mit anderen Parteien, aber auch mit weiteren Akteuren der Stadtgesellschaft, darunter Bildungs- und Jugendeinrichtungen, Initiativen, Kirchen, Gewerkschaften, Vereinen und Verbände.

Ausgestaltung des Bürgerhaushalts in Frankfurt

Bürgerinnen und Bürger können zu allen Haushaltsbereichen Vorschläge einbringen und sind nicht an Vorgaben gebunden.

Räumliche und finanzielle Ausgestaltung

Ein Bürgerhaushalt für Frankfurt ist nicht eindimensional, sondern findet auf verschiedenen Ebenen der Stadt Anwendung. Lokal und auf Stadtteilebene kommen Nachbarschaften zusammen und sammeln Vorschläge, beraten und entscheiden konkret vor Ort über die Bedürfnisse ihres Viertels. Die nächste Entscheidungsebene sollte an die heutigen Ortsbeiräte gekoppelt werden. Das heißt, dass die Einzugsbereiche, über die jeweils entschieden wird, den Ortsbeiratsbezirken entsprechen. Die Ortsbeiräte unterstützen den Organisationsprozess des Bürgerhaushaltes. Sie nehmen an den Versammlungen teil und sind gemeinsam mit den Bürgern Teil des Entscheidungsprozesses. Die Ortsbeiratsfraktionen entsenden Vertreter in die jeweiligen Redaktionskonferenzen.

Aber auch für die Gesamtstadt findet der Bürgerhaushalt Anwendung, denn viele kommunalpolitische Entscheidungen betreffen das gesamte Stadtgebiet.

Zudem kommt man mit einem stadtweiten Modell dem Lebensgefühl gerade jüngerer Menschen entgegen, die sich in der ganzen Stadt und weniger in einem einzelnen Stadtteil zu Hause fühlen.

Sowohl auf lokaler als auch auf stadtweiter Ebene sollen die Bürgerinnen und Bürger über ein festes Budget bestimmen können, das für den Bürgerhaushalt durch eine Selbstverpflichtungserklärung der Stadtverordneten festgelegt wird.

Auf lokaler Ebene werden jährlich Mittel bis zu 10 Millionen Euro zu Verfügung gestellt und je nach Einwohnerzahl verteilt. Erfahrungsgemäß werden auf lokaler Ebene vor allem Ideen zu den Themen Straßen, Wege und Plätze eingebracht. Stadtweit wird ebenfalls ein zweistelliger Millionenbetrag aus den Haushaltsmitteln für freiwillige Leistungen und aus dem Investitionshaushalt zur Verfügung stehen, mit dem sich auch zwei oder drei größere Projekte oder Investitionen umsetzen lassen. Für uns sind bis zu 40 Millionen Euro jährlich vorstellbar, sofern sich die Gewerbesteuererinnahmen im Rahmen eines durchschnittlichen Haushaltsjahres bewegen.

Der Bürgerhaushaltsprozess findet jedes Jahr statt. Ein jährlicher Turnus hat den Vorteil, dass Partizipation kontinuierlich möglich ist. Von Vorteil ist dabei auch, dass die Umsetzung relativ schnell erfolgen muss, was die Motivation der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sich in der nächsten Runde wieder zu beteiligen, steigert.

Wir als SPD erwarten vom Bürgerhaushalt in Frankfurt, dass er dazu beiträgt, die Spaltung der Stadtgesellschaft zu verringern. Wir wollen, dass Menschen mit niedrigem Einkommen, Arbeitslose, Migrantinnen und Migranten, Jugendliche und Frauen gleichberechtigt am politischen Prozess teilnehmen und an Einfluss gewinnen. Leider ist dies heute in der repräsentativen Demokratie nicht ausreichend der Fall. Auch durch die Einführung eines Bürgerhaushalts geschieht dies nicht automatisch. Aber mit dieser Form der direkten Demokratie kann es gelingen, die Hürden für Beteiligung und Einflussnahme zu verkleinern.

III. Gute Arbeit – gute Wirtschaft

Wirtschaftspolitik ist für die SPD Frankfurt kein Selbstzweck, sondern dient der Schaffung von guter und fair bezahlter Arbeit sowie der Sicherung von selbständigen Existenzen.

Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass aus dem Wirtschaftsdezernat der Stadt Frankfurt wieder ein leistungsfähiger Motor wird, der sich für Schaffung und Erhalt von standort- und zukunftsorientierten Arbeitsplätzen stark macht und der Wirtschaft in Frankfurt Rahmenbedingungen bereitstellt, die diese für eine positive Entwicklung benötigt. Der Zuschnitt des Wirtschaftsdezernates soll dabei so gestaltet werden, dass diese Aufgabenstellung auch zu erfüllen ist.

Wir treten außerdem dafür ein, dass sozial versicherte, reguläre Arbeitsplätze gefördert und der Ausbreitung prekärer, ungesicherter Arbeit ein Riegel vorgeschoben wird. Zugleich braucht gute Arbeit auch faire Löhne. Die Forderung nach Mindestlöhnen ist deshalb nach wie vor richtig.

Die Stadt Frankfurt spielt als Arbeitgeberin eine wichtige Rolle für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen. Sie muss auch weiterhin eine Vorbildfunktion haben. Wir werden daher die Tariftreue von Subunternehmern der Stadt Frankfurt stärker kontrollieren und dafür zusätzliche Kapazitäten bei der Magistratsvergabekommission schaffen.

Vernetzung der Branchen

Frankfurt als Standort für Banken und Versicherungen

Die SPD Frankfurt beteiligt sich aktiv an einer gemeinwohlorientierten und arbeitnehmerfreundlichen Regulierung des Finanzsektors, weil uns bewusst ist, wie sehr die Stadt von einem funktionierenden Finanzdienstleistungssektor abhängt. Der Anteil der Menschen, die im Kredit- und Versicherungsgewerbe arbeiten, ist in Hessen beinahe doppelt so hoch wie im gesamten Bundesgebiet. Diese Arbeitsplätze wollen wir sichern, daraus ergibt sich für die Stadt eine besondere Verantwortung für diesen Wirtschaftssektor. Wir setzen uns für die weitere systematische Stärkung des Finanzplatzes Frankfurt als international führendes Finanzzentrum ein.

Frankfurt als Standort für Branchennetzwerke

Aber Frankfurt ist längst mehr als ein Bankenstandort. So gehört Frankfurt am Main zu den weltweit wichtigsten Städten des digitalen Zeitalters. Damit haben alle Unternehmen, die nur mit ausreichender digitaler Anbindung arbeiten kön-

nen, hier ihre Standorte und ihre Niederlassungen. Allein die Kreativwirtschaft mit ihren vielen Facetten hat inzwischen fast die gleiche Bedeutung. Diese will die SPD stärken, nachdem die Stadtregierung die Entwicklung Frankfurts zum Medienstandort fast verpasst hat.

Die branchenübergreifende Vernetzung von Unternehmen, deren Produkte und Dienstleistungen sich entlang der Wertschöpfungskette ergänzen (Cluster), bringt oft Synergieeffekte, die für alle Beteiligten von Vorteil sind. Wir wollen weitere branchenübergreifende Netzwerke identifizieren, um Handlungsnotwendigkeiten zu erkennen. Mit strukturellen und ggf. auch finanziellen Fördermaßnahmen wollen wir die Vernetzung der Akteure verbessern und Synergieeffekte schaffen.

Die hervorragende Versorgung mit Glasfaserverbindungen ermöglicht es allen Unternehmen, hier ihre Standorte und Niederlassungen zu haben. Diesen Standortvorteil muss die Lokalpolitik weiter pflegen. Daran mangelt es zurzeit erheblich.

Es ist notwendig, dass die Stadt eine „Grundsensibilität für das digitale Zeitalter“ entwickelt, um zu erkennen, welche Bedeutung das Thema Telekommunikationsstandort und Infrastruktur“ im internationalen Ranking als eines der wichtigsten Konkurrenzmerkmale für die Unternehmen aller Branchen bedeutet.

Die SPD wird sich diesem wichtigen Thema annehmen und den Telekommunikations- und IT-Unternehmen in der Stadtpolitik verstärkt Gehör verschaffen. Der ständige Wandel der Telekommunikation verlangt auch von den Kommunen, dass sie bei allen künftigen Veränderungen beteiligt sind und Ihre Interessen nicht zuletzt in der öffentlichen Diskussion vertreten. Gerade wird über eine Neuaufstellung des Internets durch die Telekombetreiber verhandelt, die unterschiedliche Geschwindigkeiten für unterschiedliche Dienste aushandeln wollen. Die Stadt Frankfurt muss sich mit diesem Thema befassen und mitreden, wenn sie ihre bisherige Ausnahmestellung in dieser Zukunftsinfrastruktur behalten will.

Frankfurt als Standort für Industrie und Gewerbe

Die SPD Frankfurt setzt sich dafür ein, den Industrie- und Gewerbestandort Frankfurt zu stärken. Nach wie vor sind in Frankfurt etwa 1.800 Industriebetriebe mit rd. 47.000 Arbeitsplätzen tätig. Diese gilt es zu erhalten und auszubauen. Wir entwickeln dazu neue planerische und wirtschaftspolitische Konzepte. Gemeinsam mit Unternehmen, Gewerkschaften, Wirtschaftskammern und -verbänden werden wir ein industriepolitisches Leitbild für die Stadt Frankfurt erarbeiten und umsetzen mit dem Ziel, vor allem innovative und umweltverträgliche Industrien zu erhalten oder neu anzusiedeln. Das Gewerbeflächenmanagement muss in diesem Zusammenhang dringend verbessert werden. Wir werden dafür sor-

gen, dass Gewerbe, Handel und Handwerk in den Stadtteilen bessere Entwicklungsmöglichkeiten bekommen. Der mehrheitlich im Eigentum der öffentlichen Hand befindlichen Fraport AG kommt hierbei eine besondere Verantwortung für den Standort zu. Wirtschaftlichkeitserwägungen müssen den Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner einbeziehen. Von den Vertreterinnen und Vertretern der Stadt im Aufsichtsrat der Fraport AG erwarten wir, dass sie künftig deutlich und vehement in diesem Sinne als Interessenvertreter der Frankfurter Bevölkerung agieren.

Frankfurt als Standort des Flughafens

Der Flughafen Frankfurt ist einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren des Rhein-Main-Gebietes. Er besitzt regionale, nationale und internationale Bedeutung sowohl als Arbeitsgeber als auch als Knotenpunkt für Personen- und Warenverkehr. Seine positiven Auswirkungen und sein Wachstum müssen jedoch in ein für alle Betroffenen akzeptables Verhältnis gesetzt werden zu den Negativauswirkungen in näherer Umgebung des Flughafens. Aufgabe einer nachhaltiger Politik ist es, die Nebenfolgen – speziell den Fluglärm – so zu begrenzen, da sie für Anwohnerinnen und Anwohner erträglich sind.

Der im Besitz der öffentlichen Hand befindlichen Fraport AG kommt hierbei eine besondere Verantwortung zu. Wirtschaftlichkeitserwägungen müssen den Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner mit einbeziehen. Von der Stadt erwarten wir, dass sie Aufsichtsrat der Fraport AG künftig im Sinne einer Interessenvertretung der Frankfurter Bevölkerung agiert. Die SPD will die Arbeitsplätze am Flughafen erhalten und neue schaffen. Außerdem fordert die SPD einheitliche Tariflöhne sowie die Anpassung der Löhne der Tochterfirma APS an das Niveau der Fraport AG.

Der im Mediationsverfahren im Jahr 2000 gefundene Kompromiss des Verbots von Nachtflügen wurde von der CDU-Landesregierung einseitig aufgekündigt. Die Frankfurter SPD setzt sich gemeinsam mit der SPD im Hessischen Landtag weiterhin für ein striktes Nachtflugverbot von 23.00 bis 5.00 Uhr ein sowie für die Einhaltung der Mediationsauflagen wie Lärmschutz und Anti-Lärm-Paket. Wir wollen einen sich dynamisch entwickelnden Flughafen, der durch Einsatz modernster Technologie und Rücksicht auf das Umland wirtschaftlichen Erfolg verbindet mit Umwelt- und Lärmschutz, denn Stadtteile in Flughafennähe müssen die gleiche Lebensqualität bieten wie der Rest der Stadt.

Bestandserhalt und Bestandspflege

Die Wirtschaftsförderung ist zentrale Serviceeinrichtung und Ansprechpartner für Unternehmen, die Beratung suchen. Hierbei ist ein besonderes Augenmerk auf kleine und mittlere Unternehmen zu richten, denn dort entstehen und vergehen die meisten Arbeitsplätze. Wir wollen das Zusammenwirken der Institutionen, die an der nichtmonetären Wirtschaftsförderung zugunsten der Stadt beteiligt sind, weiter verbessern (u. a. Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH, Hessen-Agentur, Frankfurt Rhein-Main Marketing GmbH sowie Frankfurt Main Finance).

Neben der Ansiedlungspolitik sollen künftig auch Bestandspflege und Bestandserhalt ein Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung werden. Dieser Bereich ist personell aufzustocken, so dass für die verschiedenen Wirtschaftszweige je ein Ansprechpartner für die notwendige Kontaktpflege vorhanden ist. Die Wirtschaftsförderung muss bei drohenden Insolvenzen oder angekündigtem Wegzug eine Task Force bilden können, die alle Kräfte bündelt.

Das Konzept einer One-Stop-Agency (Koordination, Hilfestellung, Beratung und Begleitung „Aus einer Hand“) für Unternehmen muss endlich umgesetzt werden. Eine Immobilienbörse soll bei Standortfragen behilflich sein. Als Grundlage hierfür wird ein Liegenschaftskataster dienen. Darüber hinaus ist die Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaftsförderung und der Frankfurt Rhein-Main Marketing GmbH zu verbessern.

Ansiedlungspolitik

Wir stehen für eine Ansiedlungspolitik, die durch klare Konzepte für eine zielgerichtete wirtschaftliche Entwicklung gesteuert wird. Folgt man den verschiedenen Standortrankings so wird deutlich, dass vor allem folgende Standortfaktoren für Unternehmen bedeutsam sind:

- Räumliche Nähe zum Kunden
- Umweltverträgliche Infrastruktur: Es gilt, die Umweltverträglichkeit der Verkehrs- und Logistikwirtschaft und somit die Attraktivität der Stadt zu verbessern.
- Gut ausgebildetes Personal: Die Frankfurter Hochschulen sind Garanten für qualifizierte Arbeitskräfte – bei der Dualen Ausbildung besteht jedoch noch Handlungsbedarf.
- Image der Stadt: Gute Infrastruktur, kurze Wege und das kulturelle Angebot haben zu einer Verbesserung des Ansehens beigetragen. Damit das so bleibt, ist eine kontinuierliche Investition in die Lebensqualität der Stadt erforderlich.

Die „weichen Standortfaktoren“ stellen für Unternehmen einen erheblichen Anreiz bei der Werbung von Fach- und Führungskräften dar. Die kontinuierliche Verbesserung der Lebensqualität hat für uns daher Vorrang vor niedrigen Gewerbesteuersätzen.

Unternehmensgründungen

Frankfurt ist eine Stadt der Gründerinnen und Gründer. Das größte Problem bei Neustarts ist jedoch die Nachhaltigkeit. Die SPD wird dafür sorgen, dass mehr junge Unternehmen besser am Markt bestehen können. Wir werden deshalb neue Förderungswege beschreiten. Der von uns vorgeschlagene Fonds für Klein- und Kleinstkredite (je Einzelfall bis zu bis 50.000 Euro) wird zumindest nach Ankündigung des Magistrats nun endlich umgesetzt. Wir werden prüfen, ob dieses Bürgschaftsprogramm wirksam ist und bei Bedarf die Förderung auch auf bestehende kleine und mittlere Unternehmen ausdehnen.

Nahversorgung

Unter Nahversorgung verstehen wir die Versorgung mit Gütern des kurzfristigen bzw. täglichen Bedarfs, insbesondere mit Lebensmitteln in fußläufiger Entfernung zum Wohnort. Die sichere Versorgung darf kein Privileg mobiler Menschen sein.

Die SPD Frankfurt wird sich daher für eine „Nahversorger-Offensive“ einsetzen, welche die Stärkung der Stadtteilzentren in den Focus stellt. Hierzu gehören in erster Linie:

- Verstärkte Ansiedlung von Einzelhandel in den Stadtteilen, die über keine ausreichende Versorgung verfügen (siehe auch Kapitel Modernes Frankfurt/ Stadtteile stärken)
- Umfeldverbesserungen in den Einkaufsstraßen der Stadtteile
- Kein weiterer Ausbau von Einkaufszentren an der Peripherie
- Einrichtung einer Immobilienbörse zur Vermietung von leer stehenden Laden- und Standflächen.

Wir werden gemeinsam mit Ortsbeiräten, Gewerbevereinen und Bauträgern ein Einzelhandelskonzept entwickeln, das auf einer soliden Bestandserhebung basiert.

Aus- und Weiterbildung

Die Frankfurter SPD setzt sich dafür ein, dass jede und jeder Frankfurter Jugendliche eine ihr bzw. ihm entsprechende Ausbildung erhält. Dieses Ziel erreichen wir, indem wir Betriebe, die junge Menschen ausbilden, fördern:

- Wir werden öffentliche Aufträge bevorzugt an Betriebe, die ausbilden vergeben.
- Unternehmen, die schwer vermittelbare Jugendliche einstellen, erhalten einen Zuschuss zu den Ausbildungskosten, sofern die Jugendlichen auf dem Frankfurter Ausbildungsmarkt nicht vermittelt werden konnten.
- Die Stadt Frankfurt soll weiterhin über Bedarf ausbilden und auf die städtischen Gesellschaften einwirken, dies auch zu tun.

Sollten trotz der genannten Maßnahmen noch junge Menschen ohne Ausbildungsplatz sein, werden wir für sie überbetriebliche Ausbildungsstellen schaffen.

Wir werden zusammen mit den Trägern der Weiterbildung, mit Hochschulen, Berufsschulen, Volkshochschule, IHK, Handwerkskammer und Arbeitsagentur ein Konzept dafür erarbeiten, wie wir als Stadt die vielen Angebote der Weiterbildung sinnvoll vernetzen und unterstützen können (Frankfurter Bündnis für Weiterbildung). Darüber hinaus werden wir gemeinsam mit Betriebsräten und Gewerkschaften die Einrichtung eines Fort- und Weiterbildungsprogramms bei der Wirtschaftsförderung prüfen.

Rekommunalisierung

Aufgaben in städtischer Eigenleistung werden langfristig oft besser und kostengünstiger erledigt als durch Privatunternehmen. Neben der Rückführung ehemals kommunaler Aufgaben in die Stadtverwaltung halten wir es für gerechtfertigt, insbesondere in Krisenzeiten, bei Bedarf den öffentlichen Sektor auszuweiten. Wir wollen, dass kommunale Aufgaben in öffentlicher Hand bleiben. Mit der Umwandlung städtischer Ämter in Unternehmen fand ein alarmierender Verlust an Transparenz statt. In vielen Kontrollgremien ist heute schon die parlamentarische Opposition nicht mehr vertreten. Deshalb werden wir prüfen, welche Gesellschaften wieder in die Stadtverwaltung eingegliedert und damit wieder demokratisch kontrolliert werden können. Eine Welle von Privatisierungen speziell in den Kommunen brachte nach kurzfristigen Preissenkungen langfristige Preissteigerungen bei gleichzeitigem Nachlassen der Leistungsqualität. Insbesondere Gesellschaften der Grundversorgung, wie Gesundheits-, Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, öffentlicher Nahverkehr, Bildung, Woh-

nung, Betreuung (Kinder, Alte, Behinderte), Sport-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen etc. werden wieder stärker in die Verantwortung der Stadt zurückgeführt:

- Wir wollen, dass die Versorgungs- und Entsorgungsnetze (Strom, Gas Wasser, Abwasser sowie die Müllbeseitigung) vollständig im kommunalem Besitz bleiben bzw. zurückgeführt werden.
- Ehemals städtische Aufgaben werden wir rekommunalisieren, beispielsweise die Schulhausreinigung oder Busverkehrsleistungen.
- Die Städtischen Kliniken Frankfurt-Höchst werden wir wieder als Eigenbetrieb der Stadt Frankfurt führen.
- Die Privatisierung von Infrastrukturleistungen unter Einfluss städtischer Beteiligungen, wie zum Beispiel die Bodenverkehrsdienste am Flughafen, lehnen wir ab.
- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Tochtergesellschaften der städtischen Gesellschaften, wie z. B. der Mainova sowie der VGF, sowie von Gesellschaften, bei denen die öffentliche Hand beteiligt ist, sind unter denselben Vertragsbedingungen wie in der Muttergesellschaft zu führen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
- Die SPD Frankfurt wird sich dafür einsetzen, einen Beteiligungsausschuss einzurichten, dem es obliegt, für ganz oder teilweise städtische Unternehmen Ziele und Interessen zu formulieren und diese in den Kontrollgremien der Unternehmen einzubringen bzw. durchzusetzen. Dort sollen auch – soweit möglich – Verträge der Stadt, die die öffentliche Daseinsvorsorge betreffen, besprochen werden.
- Wir werden sicherstellen, dass öffentliche Aufträge nur diejenigen bekommen, die Tariflöhne zahlen.

Die städtischen Vertreter in den Aufsichtsräten müssen wieder stärker ihre Rolle als Mittler zwischen den Unternehmensinteressen und den Belangen der Stadtgesellschaft wahrnehmen. Dafür ist eine Ausweitung der Auskunftspflicht gegenüber der Stadtverordnetenversammlung notwendig.

1. Modernisierung der städtischen Verwaltung

Um die Serviceorientierung der städtischen Verwaltung noch weiter zu steigern, sind die Verwaltungsabläufe unter Einsatz moderner Datentechnik zu straffen und effizienter zu gestalten. Dabei ist auf eine stetige Qualifizierung und Weiterbildung der MitarbeiterInnen Wert zu legen. Im Hinblick auf die Altersstruktur der Frankfurter Stadtverwaltung streben wir eine vorausschauende Personalplanung an, die ein Miteinander von Alt und Jung ermöglicht. Wir wollen,

dass auch in der Zusammensetzung der städtischen MitarbeiterInnen die Internationalität und Vielfalt unserer Stadt mehr zur Geltung kommt.

2. Unterstützung der Gewerkschaften, Personal- und Betriebsräte

Die SPD Frankfurt bekennt sich zu ihrer Tradition als Partei der Arbeitnehmer und wird den Kontakt zu den Gewerkschaften und Betriebsräten intensivieren. Wir werden auch in Zukunft Partner bei der Stärkung der Arbeitnehmerrechte und der politischen Umsetzung gewerkschaftlicher Ziele sein.

Das gilt auch für die Zusammenarbeit mit dem Gesamtpersonalrat der Stadt Frankfurt. Wir werden weiterhin ein offenes Ohr für die Belange der Beschäftigten in der Stadtverwaltung haben und ihnen Partner beim Interessenausgleich mit dem öffentlichen Arbeitgeber sein. Gemeinsam mit den Personalvertretungen der Angestellten und Beamten werden wir die Missstände der CDU-Personalpolitik, wie Verhaltenskontrollen, mangelnder Datenschutz, Personalvermittlungsentur etc. aufdecken und kurzfristig Abhilfe schaffen.

IV. Gute Bildung von Anfang an

Für uns sind gleiche Chancen ein Gebot der Gerechtigkeit. Mehr Chancengleichheit zu schaffen, zieht sich durch viele Politikfelder. Ob Kindergarten, Schule oder Hochschule, ob Jugendhilfe, Integration, Ausbildung oder Arbeit: In diesen und vielen weiteren Themenfeldern kann Landespolitik durch konkrete Maßnahmen für bessere Lebens- und Arbeitsverhältnisse sorgen.

Die PISA-Studien haben mehrfach gezeigt, dass die Bildungschancen in Deutschland noch immer abhängig sind vom sozialen Status der Eltern. Ein Kind aus einer Facharbeiterfamilie hat nur ein Viertel der Chancen, die Hochschulreife zu erreichen, im Vergleich zu einem Kind aus einer Manager- oder Akademikerfamilie. Diese Ungerechtigkeit können und wollen wir nicht hinnehmen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der gleiche Bildungschancen selbstverständlich sind, ganz gleich welche Bildung, welchen Beruf oder welches Einkommen die Eltern haben.

Wir gehen davon aus, dass alle Kinder und Jugendliche bildungsfähig und bildungswillig sind. Es kommt darauf an, ihre unterschiedlichen Begabungen, Neigungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten optimal zu fördern. Wir gehen davon aus, dass alle Kinder und Jugendlichen neugierig, lernbereit und lernfähig sind. Wir wollen eine Schule, deren Konzept auf die unterschiedlichen sozialen und kulturellen Lebensbedingungen abgestimmt ist. Nicht die Kinder müssen den Institutionen angepasst werden, sondern die Institutionen müssen sich an der Unterschiedlichkeit der Kinder orientieren. Alle Kinder und Jugendlichen haben einen Anspruch auf qualifizierte Bildungsbeteiligung und ein hohes Leistungsniveau der einzelnen Schulen. Wir wollen kein Kind zurücklassen.

Die SPD setzt dem konservativen Bildungsverständnis von möglichst früher Selektion das Konzept des „Haus der Bildung“ entgegen. Dies ist keine neue Schulform, sondern eine Verbesserung aller Schulen. Wir werden ein gerechtes Bildungssystem schaffen. Statt auf Auslese und Selektion setzen wir auf Förderung und Inklusion. Längeres gemeinsames Lernen, Fordern und Fördern lauten dabei unsere Grundsätze: An ihnen muss sich Bildungspolitik orientieren. Für diese gute Bildung wollen wir in Frankfurt die passenden Schulen bauen.

Trotz vieler Hindernisse seitens der Landesregierung haben die Frankfurter Schulen in den letzten Jahren eine erfreuliche Vielfalt an pädagogischen Konzepten mit Unterstützung durch die Kommunalpolitik, mit Hilfe von Stiftungen, Vereinen, sozialen Trägern und vielen anderen umgesetzt und Frankfurt so zu einer Stadt gemacht, die bildungspolitisch einiges zu bieten hat. Nun kommt es darauf an, diese Ansätze flächendeckend auszuweiten, weiterzuentwickeln und

wenn nötig zu ergänzen. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die wichtige Arbeit der Kinderbeauftragten stärker fördern.

Lehrerinnen und Lehrer setzen mit viel persönlichem Engagement die Weiterentwicklung der Schulen um. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich die Arbeitsbedingungen für das pädagogische Personal in der Kommune verbessern.

1. Vorschulische Betreuung, Bildung und Erziehung

Je früher mit einer anregenden und spielerischen Bildung von Kindern begonnen wird, desto leichter können diese ihre Fähigkeiten selbst weiterentwickeln. Wichtig ist hierbei die Entlastung und Unterstützung der Eltern, die als primäre Bezugspersonen entscheidenden Einfluss auf die kindliche Entwicklung haben. Frühe Hilfen wie die Betreuung und Beratung von Familien durch Hebammen und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sind ein guter Ansatz. Wir werden mit den Trägern der Familienberatung, den Eltern-Kind-Zentren und anderen Kooperationspartnern frühe Hilfen z. B. mit stadtteilbezogenen Familiennetzwerken weiterentwickeln. Kindertagesstätten sollen im Sinne weiterer Treffpunkte für Familien mit Kindern von 0 bis 6 Jahren schrittweise als Familienzentren mit beratenden Angeboten ausgebaut werden.

Wir begrüßen die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem 1. Lebensjahr durch die frühere rot-grüne Bundesregierung und werden diesen stufenweise bis 2013 mit der Schaffung der erforderlichen Krippenplätze und ergänzend mit dem Ausbau der Tagespflege (Tagesmütter/Tagesväter) verwirklichen. Wir erwarten selbstverständlich eine weitere finanzielle Beteiligung des Landes und des Bundes. Damit der Ausbau der U3 Plätze (Plätze für Kinder unter 3 Jahren) für Eltern transparenter wird und Eltern wissen, wann und wo sie mit einem Platz für ihr Kind rechnen können, werden wir hierzu eine stadtweite Planung vorlegen und eine Clearingstelle einrichten, dies gilt in gleicher Weise für Kindertagesstätten- und Hortplätze.

Erzieherinnen und Erzieher

Erzieherinnen und Erzieher sind neben den Eltern die ersten Bezugspersonen, die Begabungen erkennen und fördern können. Wir wollen diese Chance nutzen und die wichtige Aufgabe der Frühförderung und -erziehung noch stärker als bisher in den Alltag der Kindertagesstätten integrieren.

Ein wichtiger Schritt hierzu ist die Reform der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher. Auf kommunaler Ebene gilt es, die vorhandenen Programme für

mehr Ausbildungsplätze für Erzieherinnen und Erzieher, für Seiteneinsteiger und den Wiedereinstieg zu sichern und auszubauen. Mittelfristig streben wir zusätzlich zu dem vorhandenen Ausbildungsberuf einen dualen Studiengang für Erzieherinnen und Erzieher auf Fachhochschulebene an. Wir wollen durch gezielte Anwerbung und Kampagnen den Anteil von männlichen Erziehern sowie Erzieherinnen und Erzieher mit Migrationshintergrund erhöhen.

Kindertagesstätten

Wir wollen den Ausbau der Ganztagsbetreuung für die Drei- bis Sechsjährigen weiter vorantreiben. Mittelfristig streben wir zusätzlich zum jetzt schon gebührenfreien letzten Kindergartenjahr die volle Gebührenfreiheit in allen Kindergartenjahrgängen an.

Wir begrüßen und unterstützen alle Bemühungen von Kindertagesstätten, in ihrer Arbeit die vielfältigen Momente der Frühpädagogik einschließlich der Elternarbeit zu berücksichtigen und auszubauen. Gemeinsam mit den Einrichtungen werden wir ein Förderkonzept erarbeiten, um ihre Aktivitäten in der (inter-)kulturellen Bildung, der Bewegungsförderung sowie der sozial- und sonderpädagogischen Betreuung finanziell zu unterstützen.

Im Wissen, dass fehlende Sprachkenntnisse nicht nur die Integration und den Bildungserfolg der Kinder, sondern auch das unterstützende Engagement der Eltern behindern, wollen wir die Angebote zur Sprachförderung von Eltern und Kindern im Verantwortungsbereich der Stadt in Zusammenarbeit von Kinderbüro, Kindertagesstätten und dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AMKA) weiterentwickeln und gemeinsam mit weiteren Trägern flächendeckend ausbauen.

Zur besseren Einbeziehung von Migrationsfamilien werden wir außerdem Mütter bzw. Väter zu „Stadtteileltern“ ausbilden, die in ihrem Wohnquartier als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren auf Erziehungs- und Bildungsangebote aufmerksam machen und den Kontakt zwischen Elternhaus, vorschulischen Einrichtungen und Schulen unterstützen.

Übergang in die Grundschule

Für uns besitzt das letzte Kindergartenjahr eine besondere Bedeutung in der Vorbereitung auf den Übergang zur Grundschule. Wichtig ist dabei die Unterstützung der gemeinsamen Verantwortung von Kindertageseinrichtung und Grundschule für Erziehung und Bildung, wie im Hessischen Bildungs- und Erziehungsplan vorgesehen.

2. Schulen

Grundschule

In den Grundschulen lernen Kinder mit unterschiedlichen Begabungen und Fähigkeiten seit Jahrzehnten erfolgreich miteinander und voneinander. Unser Ziel ist mittelfristig eine pädagogisch gestaltete Ganztagschule, die sich, wo immer möglich, in den Stadtteil öffnet. Neben den kommunalen Angeboten und Baumaßnahmen, die das allerdings nur unterstützen und begleiten können, ist hier das Land bei der Genehmigung und der Bereitstellung von Personal gefordert, damit mehr Grundschulen endlich als Ganztagschulen arbeiten können. Bis dahin werden wir die Grundschulen durch ein städtisches Förderprogramm zur (inter-)kulturellen Bildung, zur Bewegungsförderung und im Bereich der Schulsozialarbeit unterstützen. Auch den vorhandenen bilingualen Unterricht werden wir weiterhin fördern und uns für dessen Ausweitung beim Land einsetzen.

Schulmittelfonds

Wir werden mit einem Schulmittel- und Freizeitfonds Kinder aus einkommensschwachen Familien unterstützen und ihnen die Teilnahme an Sport- und Freizeitangeboten ermöglichen.

Weiterführende Schulen

Frankfurt hat ein vielfältiges Schulangebot, das aber aufgrund der Anzahl von Schülerinnen und Schülern und des wachsenden Wunsches von Eltern und Kindern nach Gymnasien und integrierten Gesamtschulen Veränderungen erfahren muss. Diesem Wunsch werden wir nachkommen und uns nach den schon erfolgten und noch laufenden Maßnahmen zur Unterstützung der Gymnasien nun für ein ausreichendes Angebot an integrierten Gesamtschulplätzen und die dafür notwendigen kommunalen Maßnahmen einsetzen. Dazu gehören neben den an einigen Gesamtschulen notwendigen Sanierungs-, Um- und Erweiterungsbauten – zum Beispiel – der zügige Neubau für die IGS West in Höchst und Errichtung der Eduard-Spranger-Schule als Stadtteilgesamtschule in Sossenheim.

Aufgrund der hohen Nachfrage nach der Allgemeinen Hochschulreife erachten wir es als unumgänglich, ausreichende Oberstufenangebote bereitzustellen. Ein besonderer Bedarf besteht hierfür im Schulverbund Frankfurter Westen und im Süden. Wir wollen, dass für alle Kinder, die in Frankfurt eine Oberstufe besuchen wollen, dies auch möglich ist und entsprechend wohnortnahe Plätze vorhanden sind.

Ab 2011 werden die verbliebenen Hauptschulen in Hessen mit den Realschulen fusionieren. Unser Ziel ist es stattdessen, das Stadtteilschulkonzept integrierter Ganztagschulen mit gemeinsamem Unterricht umzusetzen. Eine solche Stadtteilschule bietet alle Abschlüsse an und würde beispielsweise mit der Salzmannschule in Niederrad die dringend notwendige wohnortnahe Versorgung mit weiterführenden Schulen gewährleisten. Die Schulsozialarbeit an den weiterführenden Schulen sowie die Jugendhilfe tragen zur Integration und zur Bearbeitung von Schulproblemen der Jugendlichen bei. Wir werden die bestehenden Projekte sichern und bedarfsgemäß auf andere Schulen ausweiten.

Wir wollen außerdem den Anteil der Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund in den Schulen verstärken. Gemeinsam mit der Universität und dem staatlichen Schulamt werden wir deshalb mit einer öffentlichen, an Migrantinnen und Migranten gerichteten Kampagne für das Lehramtsstudium werben.

Bereits zehn Prozent der Kinder und Jugendlichen auf weiterführenden Schulen in Frankfurt besuchen eine Privatschule. Andererseits stehen einige öffentliche Schulen unter dem Druck zu geringer Schülerzahlen, die den von der Landesregierung vorgegebenen, pädagogisch unverantwortlichen Mindestgrößen von Schulklassen und -zweigen nicht mehr entsprechen. Wir wollen, im Sinne der Transparenz, dass auch die private Schulplanung offengelegt wird und deren Entwicklung in die Fortschreibung der kommunalen Schulentwicklungsplanung einbezogen wird.

Wir wollen, dass jede Schülerin und jeder Schüler die Möglichkeit hat, ohne finanzielle Beeinträchtigungen die Oberstufe zu besuchen. Bis zum Abitur sollen Schülerinnen und Schüler, deren Eltern ein niedriges bis mittleres Einkommen haben, eine kostenfreie Fahrkarte erhalten.

Gemeinsamer Unterricht für alle Kinder

Unser Grundsatz des längeren gemeinsamen Lernens schließt ausdrücklich Kinder mit Behinderungen ein. Wir wollen unnötige Ausgrenzung vermeiden, denn wer von Anfang an nicht ausgeschlossen wird, muss später nicht wieder integriert werden. Schulen die dies anstreben, haben unsere volle Unterstützung. Aber auch hier ist das Land gefordert, damit durch eine zügige Umsetzung der „UN-Behindertenkonvention, die allen Kinder den Besuch einer Regelschule zusichert, das Angebot an inklusivem und gemeinsamem Unterricht mehr Unterstützung und den notwendigen Ausbau erfährt. Dabei wollen wir, dass die Ausweitung des gemeinsamen Unterrichts nicht auf Kosten vorhandener Angebote durchgeführt wird. Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung können wir uns die neuen Gesamtschulen im Frankfurter Westen als mögliche Modellschu-

len vorstellen. Die SPD der Stadt Frankfurt setzt sich dafür ein, dass Inklusion an weiteren Frankfurter Schulen möglich wird. Auch im Frankfurter Süden wollen wir ein integratives Schulangebot.

Ganztagsschulen als Stadtteilschule

Wir wollen Ganztagsschulen, die nach einem ganzheitlichen Konzept arbeiten, das Unterricht, individuelle Förderung, Integration und Freizeit beinhaltet und verbindet. Nicht zuletzt aufgrund des Wunsches vieler Eltern und Schulen ist für uns deshalb ein wohnortnahes Angebot an Ganztagsschulen weiterhin ein bildungspolitischer Schwerpunkt.

Das Land kommt seiner Aufgabe, Ganztagsschulen einzurichten, nicht nach und versucht Eltern, Kinder und Schulen mit Übergangsmodellen hinzuhalten. Wir werden als Schulträger nicht locker lassen und bis dahin eigenständige, bauliche und personelle Maßnahmen fortsetzen und ausbauen, die den pädagogischen Vorstellungen einer Ganztagsschule möglichst nahe kommen. Hierzu werden wir mit städtischen Mitteln die Umsetzung der vom Kultusministerium bereits genehmigten Ganztagsprojekte vorantreiben. Dabei werden wir Grundschulen, Gesamtschulen und schulformübergreifende Schulen vorrangig unterstützen.

Wir wollen ein kostenloses Mittagessen für alle Schülerinnen und Schüler wie auch für alle Kinder in öffentlich geförderten Kindertageseinrichtungen in Frankfurt sicherstellen. Die Mahlzeiten müssen den Anforderungen der Gesellschaft für Ernährung entsprechen.

Die bestehenden Horte wollen wir in die Entwicklung zu mehr Ganztagsschulen einbeziehen. Neugründungen von Horten, die übergangsweise immer noch notwendig sind, sollen in Kooperation mit den Schulen, möglichst auf dem Schulgelände und nach Maßgabe eines gemeinsamen Ganztagskonzepts von Schule und Hort eingerichtet werden. Dabei sollen die für Horte derzeit geltenden Qualitätsstandards bezüglich Qualifikation des Personals, Betreuungsschlüssel, Betreuungskonzept etc. auch für die Nachmittagsbetreuung an den Schulen gelten.

Wichtig ist, dass sinnvolle Freizeitgestaltung fester Bestandteil eines jeden Ganztagsangebotes wird. Wir setzen dabei auf die Öffnung der Schulen in den Stadtteil und den Ausbau der teilweise bereits bestehenden Zusammenarbeit beispielsweise mit Volkshochschulen, Jugendeinrichtungen, Stadtteilbüchereien, Vereinen und vielen anderen. Damit kann es gelingen, mehr als bisher vor Ort ein attraktives Angebot für Kinder und Jugendliche bereitzustellen und die Schule als Zentrum dieses Angebots zu begreifen. Das stellen wir uns unter einer Stadtteilschule vor.

Schule als Lernort

Alle Frankfurter Schulen haben ein Recht auf eine gut ausgestattete, moderne Infrastruktur, die sauber gehalten und von vor Ort stets präsenten Schulhausverwaltern betreut wird. Auch die anspruchsvoller werdenden Administrations- und Verwaltungstätigkeiten verlangen nach einem angemessenen Personalbestand an Sekretärinnen und Sekretären, Verwaltungsfachkräften sowie personeller Unterstützung im IT-Bereich. Damit werden Schulleiterinnen, Schulleiter sowie Kollegien entlastet und die Schulen auf dem Weg zu mehr Selbstständigkeit unterstützt. Wir werden die Schulen auf ihre Ausstattung mit Verwaltungspersonal hin überprüfen und ggf. zusätzliches Personal einstellen. Darüber hinaus werden wir die Schulhausreinigung in städtische Trägerschaft zurückführen.

Auch die Renovierung von Klassenzimmern ist primär Aufgabe der Stadt und sollte nur in Ausnahmefällen von Eltern, Lehrkräften oder Fördervereinen übernommen werden müssen. Wir werden weitere Mittel für ein städtisches Renovierungsprogramm bereitstellen und den Sanierungsstau an den Frankfurter Schulen sukzessive abbauen. Bei allen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen werden wir darauf achten, dass gleichzeitig eine energetische Ertüchtigung bis hin zum Passivhausstandard vorgenommen wird. In Zusammenarbeit mit den Schulen werden wir die Nutzung der Solarenergie in Verbindung mit Kraft-Wärme-Kopplung vorantreiben.

3. Berufsausbildung

Die Duale Berufsausbildung als Kombination aus betrieblicher und schulischer Ausbildung soll beibehalten und ausgebaut werden. In Zeiten der knapper werdenden Fachkräfte sind auch die Unternehmen wieder stärker daran interessiert, gute Nachwuchskräfte mit einer „maßgeschneiderten“ Ausbildung zu bekommen. Dabei müssen wir darauf achten, dass auch die schwächeren Schülerinnen und Schüler von dieser Entwicklung profitieren und reale Chancen auf einen Ausbildungsplatz erhalten.

Wir verfolgen das Ziel, jedem Frankfurter Jugendlichen einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz anbieten zu können. Die Erosion der Dualen Ausbildung und die Umwandlung von Ausbildungs- in Praktikumsplätze muss gestoppt werden. Die Stadt Frankfurt muss weiter über den Bedarf hinaus ausbilden. Wir wollen, dass die Privatwirtschaft diesem Vorbild folgt. Wir wollen, dass Staat und private Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber den Jugendlichen nach ihrer Ausbildung vollwertige Arbeit verschaffen.

Wir wollen im Rahmen der Schulentwicklungsplanung für die Beruflichen Schulen sicherstellen, dass diese die für ihre Arbeit notwendigen konzeptionellen und räumlichen Möglichkeiten vorfinden. Hierzu zählt beispielsweise die Instandsetzung und Modernisierung der Schulgebäude, ebenso ist eine gute IT-Ausstattung und eine entsprechende Betreuung erforderlich.

Wir werden folgende kommunale Unterstützungsprojekte und Programme fortführen und ausweiten:

- Ausbildungs- und Integrationsberatung in Verzahnung mit Arbeitsagentur und IHK
- Schulsozialarbeit in Verzahnung mit den Angeboten der Jugend- und Berufshilfe
- Angebote zur Allgemeinbildung, (inter-)kulturellen Bildung, Bewegungs- und Sprachförderung

Wir setzen uns für eine verstärkte Zusammenarbeit von Schulen und Unternehmen ein. Ferner werden wir das Frankfurter Netzwerk für Ausbildung fördern und ausbauen und einen Fonds zur Förderung von Ausbildungsplätzen einrichten. Wir wollen eine Ausbildungsquote für die Stadt Frankfurt einführen (z. B. 5 Prozent der Personalstellen oder 1 Prozent des Personalbudgets, auch über den Bedarf) ebenso einen Ausbildungsschlüssel als Vergabekriterium für städtische Ausschreibungen einrichten.

4. Weiterbildung

Lebenslanges Lernen ist heutzutage nicht nur ein Erfordernis des beruflichen Alltags. Es wird auch zunehmend wichtiger für Menschen mit unterbrochenen Berufsbiographien, Arbeitsuchende, Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger und beim Übergang in den Ruhestand. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bedeutet lebenslanges Lernen aber auch die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, Demokratiefähigkeit und Engagement in der Zivilgesellschaft, unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Beruf oder Bildungsstand. Frühe Bildung, schulische bzw. berufliche Bildung und lebenslanges Lernen müssen sich ergänzen.

Wir werden zusammen mit den Trägern der Weiterbildung, Hochschulen, Berufsschulen, VHS, IHK, Handwerkskammer und Arbeitsagentur ein Konzept erarbeiten, wie wir als Stadt die vielen Ansätze und Angebote der Weiterbildung sinnvoll vernetzen und unterstützen können.

Volkshochschule

Die Volkshochschule Frankfurt ist ein Ort lebenslangen Lernens für alle Bürgerinnen und Bürger. Wir werden die Kooperation der VHS mit anderen Bildungseinrichtungen wie Schulen fördern. In deren Nachmittagsbereich sehen wir vielfältige Anknüpfungsmöglichkeiten. Die Volkshochschule ist gut geeignet, dringend benötigte Bildungsangebote für Jugendzentren, Kindertagesstätten oder Seniorentreffs zu entwickeln und umzusetzen.

5. Hochschulen

Frankfurt ist eine der deutschen Großstädte mit einem qualitativ und quantitativ herausragenden Angebot an Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Fast 50.000 Studierende und mehrere tausend Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bilden eine Wissenschaftsgemeinschaft mit hohem Potenzial in fast allen Fachrichtungen. FIAS, House of Finance, HSFK, Senckenberg, den Max-Planck-Instituten, dem Sigmund-Freud-Institut, dem DIPF und weiteren Einrichtungen wird eine große Bandbreite an Forschung abgedeckt. Mit Städel und Musikhochschule wird dieses Angebot um einen außergewöhnlichen kulturellen Schwerpunkt ergänzt.

Wissenschaft als Triebkraft für wirtschaftlichen Fortschritt

Die Stadt Frankfurt muss das Potenzial der wissenschaftlichen Einrichtungen für den wirtschaftlichen Fortschritt in der Stadt nutzen. Die Forschungsinstitute auf dem Riedberg bilden dafür eine gute Basis. Es reicht nicht aus, nur auf die etablierten Wirtschaftszweige zu setzen, sondern es muss Teil von Wirtschaftsförderung sein, über gezielten Transfer von Know-How und Forschungsergebnissen einen Innovationsvorsprung in der Wirtschaftsregion zu sichern. Die Stadt Frankfurt wird sich deshalb an einem entsprechenden Transferzentrum beteiligen.

Wissenschaft als Diskussionspartner für die gesellschaftliche Entwicklung

Die Stadt muss die langsame Öffnung der Wissenschaftseinrichtungen nutzen, um einen breiten Dialog von Bevölkerung und Wissenschaft über die Gestaltung der Zukunft Frankfurts, aber auch der Gesellschaft insgesamt zu ermöglichen. Hierbei können die in Frankfurt traditionsreichen Gesellschaftswissenschaften eine wichtige Rolle übernehmen. Bisher sind Stadt und Hochschu-

len zu wenig in Kontakt. Für die Stadtgesellschaft werden so Perspektiven eröffnet, für die Wissenschaftseinrichtungen wird der Realitätsbezug verbessert.

Frankfurt als Zentrum moderner Kultur

Mit den Potenzialen von Städel und Musikhochschule in Verbindung mit den vorhandenen Kulturintentionen hat Frankfurt die Chance, seine bereits ansatzweise vorhandene Position als Zentrum moderner Kulturentwicklung systematisch auszubauen. Mit der Umsiedlung der Musikhochschule an die Bockenheimer Warte wird die städtebauliche Entwicklung nach dem Umzug der Universität stabilisiert und gleichzeitig ein neues kulturelles Zentrum geschaffen.

Frankfurt als Stadt der Studierenden und Wissenschaftler

Wenn die Stadt Frankfurt ihre Stärke als Zentrum der Wissenschaft ausbauen will, muss sie einen Teil ihrer Politik auf die Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ausrichten. Dazu gehört bezahlbarer Wohnraum für die Studierenden und die Beteiligung der Stadt an der sozialen Infrastruktur für diese Gruppe ebenso wie die gezielte Schaffung von Aufenthaltsmöglichkeiten für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die nur für ein paar Jahre nach Frankfurt kommen. Ziel ist dabei auch, eine Isolation der Hochschulangehörigen zu vermeiden und sie als lebendigen Teil der Stadtgesellschaft zu integrieren. Dazu dient auch eine breite Streuung der Wohnungsangebote für Studierende.

Neue Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft

Die Erkenntnisse der Forschungseinrichtungen in Frankfurt müssen auch genutzt werden, um den Transfer von Ideen in die Gesellschaft zu verbessern. Dazu gehört die verstärkte Kooperation mit bestehenden Museen ebenso wie die langfristige Ergänzung durch neue Einrichtungen, wie ein „Science-Center“.

V. Zusammenhalt durch Solidarität in Frankfurt

Solidarität bedeutet für einander eintreten. Wir wollen, dass die Stadtgesellschaft in Frankfurt nicht in Schichten, Milieus, Schwache und Starke, Arme und Reiche auseinanderbricht. Wir wollen, dass alle die Freiheit haben, sich zu bilden, zu arbeiten, sich politisch und kulturell am städtischen Leben zu beteiligen. Wir sehen die Verpflichtung, dass die Stadt Frankfurt dort einen Ausgleich schafft, wo Menschen das nicht aus eigener Kraft schaffen. Die solidarische Stadt muss sich für die Schwachen, für Kinder und Alte, für Arme und Menschen, denen Rechte verweigert werden, in besonderer Weise einsetzen.

Moderne Sozialpolitik bevormundet die Menschen nicht, sie ermöglicht auch sozial Schwachen ein selbstbestimmtes Leben. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Zur Menschenwürde gehört in einer demokratischen Gesellschaft nicht nur die Sicherung der Existenz, sondern auch soziale Teilhabe.

Wir wollen, dass öffentliche Güter wie Kindergartenplätze für Kinder oder Pflegeplätze für Alte und Kranke genauso ausreichend und für alle erschwinglich vorhanden sind wie bezahlbare Wohnungen und erschwingliche Mobilität durch den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Entscheidend ist dabei eine hochwertige soziale Infrastruktur, die Betroffene nicht als „Kundinnen und Kunden“ der Verwaltung abstempelt. Um Zusammenhalt durch Solidarität gestalten zu können, braucht Frankfurt ein leistungsfähiges soziales Netzwerk aus Politik, Verwaltung, Wohlfahrtspflege, den Anbietern sozialer Dienstleistungen sowie der Wirtschaft.

Armut in Frankfurt

Etwa jeder fünfte Mensch in Frankfurt gilt als arm, weil er mit weniger als der Hälfte des Durchschnittseinkommens auskommen muss. Zwar bedeutet Armut in unserer Gesellschaft eher selten Hunger, aber Armut grenzt aus. Um bei der Überwindung von Armut erfolgreich zu sein, muss man den Betroffenen eine neue Lebensperspektive geben. Deshalb stehen wir dafür ein, dass Qualifizierung, Integration in den ersten Arbeitsmarkt, Unterstützung bei sozialen Problemen sowie Betreuungs-, Bildungs- und Hilfeangebote verknüpft sind. Wir wollen eine „Initiative gegen Armut – für Bildung, Arbeit und soziale Teilhabe“ in Frankfurt. Wichtige konkrete Bausteine des sozialen Zusammenhalts in Frankfurt sind Altenhilfe, Arbeitsmarktpolitik, die Kinder- und Jugendhilfe sowie der „Frankfurt Pass“ und der „Kultur Pass“. Wir wollen die Einkommensgrenzen für den

„Frankfurt Pass“ sowie den „Kultur Pass“ an die gestiegenen Lebenshaltungskosten anpassen.

Bei der Schuldner- und Insolvenzberatung vernachlässigt das Land Hessen seine Aufgaben. Hier ist die Stadt eingesprungen, damit verschuldete Haushalte einen Weg aus den Schulden finden und wieder eine Zukunftsperspektive bekommen. Wir setzen uns dafür ein, dass ausreichende Beratungskapazitäten für alle Hilfesuchenden zur Verfügung stehen. Armutsprävention setzt bereits im Kindergarten und in der Schule an.

Kinderarmut ist einer reichen Stadt wie Frankfurt unwürdig

Fast ein Viertel, nämlich über 20 000 Frankfurter Kinder, ist arm. Diese Kinder sind nicht nur im materiellen Bereich (Wohnen, Ernährung, Kleidung u. ä.), sondern auch im kulturellen, sozialen und gesundheitlichen Leben deutlich benachteiligt.

Wir wollen deshalb allen Frankfurter Schulkindern ein gesundes, kostenloses Mittagessen unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Eltern anbieten.

Außerdem wollen wir ein erheblich günstigeres Ticket für Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende, um allen Kindern und Jugendlichen frankfurtweite Mobilität zu ermöglichen, die sie brauchen, um Schulen sowie Kultur- und Freizeitangebote erreichen zu können. Durch die Umsetzung des sozialdemokratischen Stadtteilschulkonzepts erhalten Schülerinnen und Schüler Zugang zu Hilfen bei Hausaufgaben und individueller Förderung. Auch Freizeitangebote über Sportvereine oder Musikschulen stehen in einem solchen Rahmen allen offen.

Kinder- und Jugendförderung

Wir wollen allen Kindern Ganztagschulen anbieten, die mit den bestehenden Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit vernetzt sind. Wir wollen, dass unsere Schulen zu lebendigen und offenen Stadtteilzentren werden. Wir wollen erreichen, dass das Land Hessen an allen Schulen die erforderliche Schulsozialarbeit (Stellen plus Stundenzahl) zur Verfügung stellt – unter dem Motto „Prävention“ statt späterer „Reparaturen“.

Familien in Frankfurt stärken

Die Familienentwicklung soll ohne wirtschaftliche, politische oder soziale Nachteile nachhaltig belebt werden. Dazu wollen wir ausreichend Krippen- und Kindergartenplätze, Tagesmütter, ausreichend große und bezahlbare Wohnungen und

öffentliche Spielflächen sowie Weiterbildungsmaßnahmen zur Verfügung stellen. Der bundesweite Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz soll in Frankfurt früher als 2013 umgesetzt werden. Die Erziehung, Versorgung und Bildung der Kinder ist für die Gesellschaft lebenswichtig und darf nicht zulasten der Eltern gehen. Familienfreundliche Arbeitsplätze und Wohnungen sollen das Zusammenleben verbessern. Wichtige familienpolitische Maßnahmen sind auch das barrierefreie und behindertengerechte Bauen und die Förderung im Nahverkehr.

Umweltbelastungen sollen dort, wo Kinder spielen und lernen, so gering wie möglich gehalten werden. Ganztagschulen, Ganztagesbetreuungseinrichtungen, öffentliche Spielplätze, Sportanlagen, Kinderferienaktionen und der Breitensport sind wichtig für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen und sollen gefördert werden.

Alle kulturellen Einrichtungen sollen für Familien mit Kindern unter 14 Jahren kostenfrei angeboten werden. Kinder aus Familien mit geringem Einkommen sollen dort, wo es notwendig ist, stärker gefördert werden und alleinerziehende Elternteile eine ausgleichende Förderung erhalten, um die schleichende Bildungs- und Kinderarmut zu bekämpfen.

Soziale Stadt und sozialer Wohnungsbau

Nach den Vorstellungen der SPD, muss Frankfurt das Programm „Soziale Stadt/ Neue Nachbarschaften“ weiterführen. Alle Stadtteile sollten bei entsprechendem Bedarf die Möglichkeit haben, an dem Projekt teilzunehmen. In den letzten zehn Jahren hat sich gezeigt, dass sich durch diesen Ansatz die Lebensbedingungen in den Wohnquartieren, die teilgenommen haben, verbessern ließen.

Menschen mit Behinderung

Die SPD möchte nicht über, sondern mit Menschen mit Behinderung über ihre Bedürfnisse sprechen und sie aktiv in die Planung einbeziehen. Wir nehmen das Motto der Behindertenbewegung „Nicht über uns ohne uns“ beim Wort. Nicht nur die Forderung nach Absenkung von Bordsteinen, sondern auch die nach barrierefreiem Zugang zu Kunst- und Kulturstätten, Einkaufseinrichtungen, Arztpraxen usw. spielen eine zentrale Rolle. Wir werden uns dort, wo das noch nicht der Fall ist, für Aufzüge in S- und U-Bahnen-Stationen einsetzen. Wir wissen, wie wichtig die Beseitigung von Barrieren in der Kommunikation für blinde und gehörlose Menschen ist und setzen uns dafür ein. Wichtig ist auch, weitere Anreize für Unternehmen zu schaffen, damit sie mehr Menschen mit Behinderung einstellen. Menschen mit Einschränkungen brauchen dieselben Teilhabechancen wie alle anderen auch. Die Stadtverwaltung wird Servicestellen

für behinderte und in ihrer Mobilität eingeschränkte Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt einrichten (Analog der Servicestelle für Fahrradfahrer).

Arbeitsmarktförderung

Die Kürzungen der schwarz-gelben Bundesregierungen im Sozialetat, lassen die Mittel für Langzeitarbeitslose auch im Frankfurt um ein Viertel schrumpfen, weswegen Angebote für diese Gruppe weniger werden. Wichtig sind deshalb innovative Ansätze wie der „Frankfurter Weg zum Berufsabschluss“, die wir erhalten und ausbauen wollen. Wichtig ist, dass Frankfurt auch nach der von der schwarz-gelben Bundesregierung geplanten Umstrukturierung der Job-Center Einfluss auf kommunale Arbeitsmarktpolitik nehmen kann. Ein Job-Center kann nur dann motivieren, wenn die Beschäftigten dort unter guten Bedingungen arbeiten. Dass dort gegenwärtig ein Teil der Belegschaft befristet und in Leiharbeit beschäftigt ist, und der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ verletzt wird, ist nicht hinnehmbar.

Wir stehen dazu, dass in Frankfurt Jobs keine regulären, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze verdrängen dürfen und nur dann geeignete Mittel der Arbeitsförderung sind, wenn sie eine echte Brücke in den ersten Arbeitsmarkt darstellen. Die SPD hat zwar durchgesetzt, dass Arbeitsgelegenheiten, „1-Euro-Jobs“ genannt, in Frankfurt besser bezahlt werden als in anderen Kommunen, aber sie dürfen keine Dauerlösung sein. Wir wollen, dass Langzeitarbeitslose im Anschluss an eine Beschäftigungsmöglichkeit ein tarifgebundenes, sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis erhalten können. Falls notwendig, soll dies in einer eigenen Beschäftigungsgesellschaft organisiert werden.

Daher fordern wir:

- Eine bessere personelle Ausstattung der Job Center sowie die Trennung von Verwaltung und Kundenbetreuung.
- Eine Evaluation aller Qualifizierungsmaßnahmen und deren Zusammenfassung in einem übersichtlichen System.
- Ein funktionierendes „Frankfurter Bündnis für Arbeit“, in dem Gewerkschaften, IHK, Handwerkskammer, Einzelhandelsverbände, Kirchen, Arbeitslosen- und andere soziale Initiativen über Strategien zur Verbesserung von Qualifizierung und Vermittlung Arbeitssuchender beraten.
- Eine umfassende Qualifizierungsstrategie für Langzeitarbeitslose und schwer vermittelbare Arbeitslose.
- Kommunale Leiharbeit statt Ein- Euro-Jobs im Bereich ALG II.

Mit dem Ziel, allen Jugendlichen nach dem Schulabschluss einen Ausbildungsplatz anzubieten, suchen wir die Zusammenarbeit in einem ein Frankfurter

Bündnis für Arbeit aus Politik, Gewerkschaften, Schulen, Wirtschaft und Job-Center. Dieses Bündnis bündelt alle Kräfte, um Jugendlichen ohne Abschluss eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt zu bieten.

Gesundheitspolitik – Prävention statt Reparatur

Gesundheit ist das höchste Gut der Menschen, deshalb fordern wir eine ganzheitliche Gesundheitspolitik für Frankfurt. Kranke Menschen brauchen Hilfe. Diese Hilfsangebote müssen für Menschen jeder Sprache zur Verfügung stehen. Menschen jedoch Hilfestellung zu geben, damit sie gar nicht erst erkranken, ist mindestens ebenso entscheidend. Wir fordern eine regelmäßige Gesundheitsberichterstattung, um Defizite der Versorgung aufzuzeigen und Verbesserungen herbeizuführen.

Die Frankfurter Gesundheitsberichte zeigen, dass Kinder aus sozial schwachen Familien oft in einem sehr schlechten Gesundheitszustand eingeschult werden. Wir brauchen deshalb dringend eine verbesserte gesundheitliche Versorgung von Kindern im Vorschul- und Schulalter und entsprechende Beratung und Hilfe für Familien.

Wir wollen ein System der Gesundheitsprävention für Frankfurt aufbauen, damit alle Kinder gleiche gesundheitliche Chancen bei Schulbeginn haben. Dazu sind Ernährungs- und Bewegungsberatungen in den Stadtteilen dringend erforderlich. Wir wollen das Netzwerk „Ernährungsgesundheit“ für Kinder verschiedener Frankfurter Stadtteile mit dem Aktionsprogramm „Abenteuer Essen“ stärken. Mit diesem Programm ist es bisher erfolgreich gelungen, Familien mit präventiven und gesundheitsfördernden Maßnahmen in ihrem direkten Lebensraum anzusprechen und in der Ernährungserziehung und Gesundheitsförderung zu unterstützen.

Der Stadtteilbezug, der sich sehr bewährt hat, ist auszuweiten. Weiterer wichtiger Bestandteil der gesunden Entwicklung von Kindern und ihren Familien sind die Familienzentren. In den nächsten Jahren wollen wir es jährlich mindestens fünf Einrichtungen in den Stadtteilen ermöglichen, sich zu Familienzentren weiter zu entwickeln, um so die frühkindliche Bildung und die Unterstützung der Eltern zu stärken.

Es ist wichtig, Eigeninitiativen zu unterstützen. Vereine, Initiativen, Selbsthilfegruppen helfen den Menschen bei der Bewältigung ihrer Probleme und Krankheiten. Deshalb ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Unterstützung der Selbsthilfegruppen und der Selbsthilfe-Kontaktstelle von herausragender Bedeutung, um Hilfe zur Selbsthilfe als wichtige Säule der kommunalen Gesundheitspolitik zu erhalten und auszubauen.

Bei der Behandlung psychisch kranker Menschen setzt die Sozialdemokratie auf eine wohnortnahe, ganzheitliche und dezentrale Psychiatrie, die – soweit sinnvoll und möglich – ambulante Hilfen anbieten kann. Zur Verbesserung der Lebensumstände psychisch kranker Menschen gehört aber auch eine stärkere Aufklärung der Bevölkerung über psychische Erkrankungen und die bessere Einbindung von Angehörigenverbänden. Besonders im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie der Gerontopsychiatrie müssen die Angebote in Frankfurt weiter ausgebaut werden.

AIDS ist noch immer eine Bedrohung für viele Menschen. Wir unterstützen deshalb die Initiativen der Prävention und Aufklärung der örtlichen Initiativen, beispielsweise der AIDS-Hilfe Frankfurt. Wir wollen, dass die Präventions- und Betreuungsangebote erhalten und ausgebaut werden.

Wege aus der Sucht

Der Frankfurter Weg der Drogenpolitik war und ist erfolgreich. Wir haben ein breites Hilfe- und Angebotssystem geschaffen, das Abhängigen unterschiedliche Wege aufzeigt, aus ihrer Sucht herauszukommen oder zu lernen, mit ihrer Sucht zu leben. Abgestufte Hilfeangebote reichen von niedrigschwelligen Hilfen über die Diamorphinbehandlung, Substitution bis hin zu Abstinenzangeboten. Von besonderer Bedeutung sind dabei immer die Präventionsangebote. Der Ausbau der Arbeitsmöglichkeiten für Suchtkranke ist dringend erforderlich, um ihnen einen strukturierteren Tagesablauf zu ermöglichen.

Wir brauchen allerdings wesentlich verbesserte Angebote für die so genannten legalen Süchte. Während die Tabakprävention in Schulen erfolgreich ist, ist die Zahl alkoholkranker Jugendlicher und Erwachsener erheblich. Hier müssen verstärkt Hilfeangebote für die unterschiedlichen Altersgruppen geschaffen werden. Auch die Zahl der Spielsüchtigen ist in den letzten Jahren bedenklich angestiegen, ebenso wächst die Zahl Online-Süchtiger. Hier sind Präventions- und Hilfeangebote auszuweiten, und die erfolgreiche Arbeit der Selbsthilfekontaktstelle und der von ihr betreuten Selbsthilfegruppen ist zu stärken, um so Hilfebedürftigen und ihren Angehörigen Wege aus der Sucht aufzuzeigen. Wir fordern die Stärkung des Amtes für Gesundheit bei Beratung und Hilfe. Wir fordern eine verstärkte Durchsetzung und Kontrolle des Jugendschutzes und bessere Präventionsangebote in den Schulen.

Drogenabhängigkeit und psychische Erkrankungen sind oftmals nicht voneinander zu trennen. Die psychiatrische Regelversorgung von Drogenabhängigen ist zu verbessern und das Amt für Gesundheit entsprechend besser auszustatten.

VI. Kultur für alle – Kultur mit allen

Frankfurt ist eine Stadt, die der Kultur, Bildung, Forschung und Entwicklung außerordentliche Bedeutung einräumt und dem internationalen Kunstschaffen breiten Raum gibt. Frankfurt verfügt mit der Oper, dem Museumsufer, der Städelschule, der eDIT, der Forsythe Company, dem Künstlerhaus Mousonturm, dem Ensemble Modern und der Buchmesse – um nur einige zu nennen – über Kulturinstitutionen von internationaler Bedeutung. Daneben hat sich eine vielfältige freie Szene etabliert, die zum lebendigen und fast unüberschaubaren Kulturangebot der Stadt ihren Beitrag leistet.

In Frankfurt leben hunderte unterschiedlicher Kulturen miteinander. Sie bereichern diese Stadt und prägen ihre Identität. Ihre künstlerische Schaffenskraft verdient mehr Anerkennung und Förderung, denn ihre Beiträge zum kulturellen Leben dieser Stadt werden das Gesicht Frankfurts in den nächsten Jahrzehnten nachhaltig verändern.

Seit der Übernahme der Regierung durch eine schwarz-grüne Mehrheit wird Kulturpolitik öffentlich meist nur noch unter dem Begriff der „Leuchtturmdebatte“ oder als „weicher Standortfaktor“ der Wirtschaftsmetropole Frankfurt behandelt. Auch hat sich in den letzten 30 Jahren der Zugang zu den kulturellen Angeboten für Menschen aus kultur- und bildungsfernen Schichten nicht wesentlich verbessert – eine Öffnung der Institutionen hin zu einer „Kultur für alle“ hat nicht in ausreichendem Maße stattgefunden.

Oberstes Ziel unserer Kulturpolitik muss es sein, allen Bürgerinnen und Bürgern, unabhängig von ihrer Herkunft, Bildung oder ihrem Geldbeutel, den Zutritt zu den Kulturangeboten der Stadt zu ermöglichen. Finanzielle Hürden darf es – gerade in Zeiten, in denen die Menschen über immer weniger Geld verfügen – nicht mehr geben.

1. Freier Eintritt für Kinder und Jugendliche zu den Kulturangeboten der Stadt

Die ehemals auch unter Beteiligung der SPD eingeführten Eintrittspreise der Frankfurter Museen sind aus heutiger Sicht nicht mehr überall gerechtfertigt. Die zusätzlichen Einnahmen der ohnehin subventionierten Häuser stehen in keinem Verhältnis zu den dadurch entstandenen Eintrittsbarrieren und deren Konsequenzen für die gesellschaftliche Entwicklung. 2009 deckten beispielsweise die Einnahmen des Architekturmuseums gerade einmal 5,9% der laufenden Ausgaben, beim MAK waren es 3,6% und beim Museum der Weltkulturen 2,2% der Ausgaben.

Wir wollen daher gemeinsam mit den Institutsleitungen die Abschaffung der Eintrittspreise für Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr zu allen städtischen Kultureinrichtungen vorantreiben und Einnahmeausfälle der Institutionen kompensieren.

Generalproben der Städtischen Bühnen und wenn möglich auch der freien Theater sollen grundsätzlich für einen symbolischen Beitrag öffentlich zugänglich sein. Das Museumsufer ist in der Zeit des sozialdemokratischen Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann entstanden. Wir setzen uns dafür ein, dass das Museumsufer als wichtiger Teil der Frankfurter Museumslandschaft in seiner Bedeutung gestärkt wird. Wir wollen den Ausbau des Museums der Weltkulturen am bisherigen Standort und wir verwahren uns gegen jeglichen Verkauf von Gebäuden am Museumsufer, um sie einer nicht-kulturellen Nutzung zuzuführen.

2. Stadtkultur – das Original

Kultur entsteht dort, wo die Menschen sind – vor Ort in den Stadtteilen. Kulturvereine und -initiativen, die bezogen auf „ihre“ Stadtteile leben und arbeiten, sind nah an den Bürgerinnen und Bürgern, ihre Angebote sind oft kostenlos und einfach zugänglich. Auch sie verdienen die Beachtung und Unterstützung seitens der Politik.

Wir werden einen Vereinswegweiser der stadtteilbezogenen Kultur-, Geschichts- und Bürgervereine erstellen und in das Kulturportal der Stadt Frankfurt integrieren.

Wir wollen außerdem die Einrichtung eines Fonds zur Förderung der Stadtkultur einrichten, mit dem vornehmlich stadtteil- oder stadtbezirksbezogene Kulturarbeit bezuschusst werden kann.

- Wir werden die Stadtkulturwochen wieder beleben, die alle zwei Jahre in Zusammenarbeit mit den Vereinen durchgeführt werden sollen.
- Wir wollen, dass die Bürgerhäuser in den Stadtteilen wie bisher für die Vereinsarbeit genutzt werden können. Wir werden darüber hinaus gemeinsam mit der Saalbau GmbH bestehende Defizite und veränderte Anforderungen von Vereinen und kulturellen Gruppen analysieren, um die Bürgerhäuser noch stärker als Ort des kulturellen Lebens in der Stadt zu verankern und sie als „Ermöglicher“ für neue gesellschaftliche Gruppen zu revitalisieren.
- Die vielen über die gesamte Stadt verteilten Bunker aus dem Zweiten Weltkrieg sollen neben einem angemessenen Erinnern an deren historische Funktion Vereinen und anderen ehrenamtlich Tätigen zur Nutzung zur Verfügung stehen.
- Die Frankfurter Stadtbibliothek hat sich in den letzten Jahren gut entwickelt und bietet heute ein breites Angebot an Medien, Services und Veranstaltungen.

gen. Doch auch in den Stadtteilen muss ein gutes Angebot mit ausreichenden Öffnungszeiten, besonders in den Ferien, vorhanden sein.

- Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten für den Erhalt der Stadtbibliothek ein. Wir wollen auch die Stadtbibliothek Riederwald erhalten und ihren Bestand langfristig sichern. Wir wollen an allen bestehenden Standorten eine Mindestausstattung von drei Personalstellen realisieren, um ausreichende Öffnungszeiten zu gewährleisten.
- Wir werden weiterhin den Medienetat der Stadtbibliothek angemessen erhöhen und dafür sorgen, dass alle Stadtteile, die nicht über eine eigene Stadtbibliothek verfügen, besser als bisher mit Bücherbussen versorgt werden.

Der Frankfurter Flohmarkt ist am Mainufer attraktiv und wirtschaftlich tragfähig – seine Teilverlagerung in den Osthafen musste scheitern. Wir wollen ein Konzept erarbeiten für eine inhaltliche Neuausrichtung des Flohmarkts am Mainufer, das die Interessen der Besucherinnen und Besucher sowie der Anwohnerinnen und Anwohner gleichermaßen berücksichtigt. Sortiment und Qualität der Waren, Standzeiten und Entsorgung sind in einer neuen Flohmarktsatzung zu regeln und zu kontrollieren. Hierfür ist der Personaleinsatz des Betreibers zu erhöhen. Weiterhin wollen wir prüfen, ob der neue Flohmarkt zur anderen Mainseite hin oder in Richtung Sachsenhausen ausgedehnt werden kann.

3. Integration der Kulturen

Fast die Hälfte der Frankfurter Bevölkerung lebt mit einer Identität, die aus zwei oder mehr unterschiedlichen Kulturen, Weltanschauungen, Sprachen und Traditionen erwachsen ist. Wir werden deshalb darauf achten, dass die kommunal geförderten Institutionen sich dem künstlerischen Schaffen der Frankfurter Migrantinnen und Migranten öffnen und dies als Bereicherung ihres Repertoires berücksichtigen. Wir werden das künstlerische Schaffen von Migrantinnen und Migranten gleichberechtigt in die entsprechenden Förderprogramme einbeziehen.

- Wir wollen in den städtischen Kultureinrichtungen die Aufführung von Stücken ausländischer Autoren in Originalsprache, die Ausstellung namhafter Künstlerinnen und Künstler aus den Heimatländern der Migrantinnen und Migranten oder Gastspiele ausländischer Musikerinnen und Musiker unterstützen. Gemeinsam mit den Leiterinnen und Leitern der Institute werden wir hierzu ein Konzept entwickeln.
- Außerdem wollen wir den Austausch der Kulturen verstärken und ein Forum für das gegenseitige Kennenlernen etablieren. Wir wollen so dazu beitragen, die Vielfalt des kulturellen Lebens in dieser Stadt zu stärken.

- Wir werden die bestehenden internationalen Filmfestivals weiter stärken (siehe dazu auch Punkt 8).
- Wir wollen die Zusammenarbeit Frankfurter Kultureinrichtungen mit unseren europäischen Partnerstädten stärken und gemeinsame Projekte entwickeln.

4. Kulturelle Bildung – Kultur von Anfang an

Auch unter den erschwerten Bedingungen der konservativen Bildungspolitik der letzten 10 Jahre (z. B. G8, Querversetzung, Unterrichtsausfall) wollen wir allen Schülerinnen und Schülern – unabhängig von ihrer Herkunft oder dem Geldbeutel ihrer Eltern – die Möglichkeit eröffnen, ihre künstlerischen Fähigkeiten zu entdecken und entfalten zu können.

- Wir werden daher die Kooperation zwischen Kultureinrichtungen und Schule verstärkt fördern. Hierzu werden wir eine Koordinierungsstelle einrichten, die Angebote der Kultureinrichtungen und den Bedarf der Schulen besser vernetzt und die Schulen bei der Konzeption und Finanzierung von Kulturangeboten unterstützt, welche dann von den Kultureinrichtungen ausgestaltet werden können.
- Wir werden außerdem in Zusammenarbeit mit den Kultureinrichtungen regelmäßige Kulturprojektwochen an den Frankfurter Haupt- und Realschulen fördern.
- Wir wollen die erfolgreichen Projekte mit Schulkünstlerinnen und Schulkünstlern fortsetzen und ausweiten.
- Wir setzen uns für die Neuschaffung eines Kinderkinos, wie ehemals im Zoo-Gesellschaftshaus, ein.

Die SPD Frankfurt setzt sich dafür ein, in der Stadt Frankfurt am Main ein eigenständiges Kindermuseum einzurichten.

5. Kultur für Generationen: Jugendkultur

Die Angebote der Kinder- und Jugendkultur müssen auf die Internationalität Frankfurts ausgerichtet werden und künftig noch stärker Kinder aus bildungsfernen Familien mit einbeziehen.

- Wir werden das Theaterhaus in der Schützenstraße als ein europäisches Kinder- und Jugendtheater stärken und seine Bedeutung für Frankfurt und die Region herausstellen.
- Wir werden verstärkt Projekte fördern, die sich dem Heranführen von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen an kulturelle und kreative Tätigkeiten widmen. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die Kulturarbeit des Frankfurter Jugendrings stärker unterstützen.

- Graffiti sind Teil der Jugendkultur. Wir werden Graffiti durch Bereitstellung legaler Flächen als einen Teil der Jugendkultur anerkennen. Wir wollen Kinder und Jugendliche bei der Entwicklung ihrer künstlerischen Fähigkeiten unterstützen und einen jährlichen Graffiti-Wettbewerb durchführen.
- Wir wollen die Aktivitäten der Ämter und Träger besser miteinander verknüpfen und dafür im Kulturstadtrat eine Stelle für Jugendkultur einrichten, bei der die kulturellen Aktivitäten für Kinder und Jugendliche gebündelt werden. Diese sollen eng mit Schulen, Kindertagesstätten und den Kinderbeauftragten der Ortsbeiräte zusammen arbeiten (siehe auch Punkt 2.). Insbesondere im Bereich der neuen Medien und des Films wollen wir zusammen mit den Institutionen auch zusätzliche Angebote ermöglichen.
- Wir werden ein „Forum junge Kunst“ einrichten, das die Produktionen junger Künstlerinnen und Künstler bekannt macht und eine Plattform für den gegenseitigen Austausch bietet.
- Wir werden zusammen mit jungen Künstlerinnen und Künstlern ein Konzept entwickeln, wie seitens der Stadt Barrieren abgebaut und neue Gestaltungsräume geschaffen werden können.

Durch die Förderung neuer Arbeitsansätze in den Bereichen der experimentellen Kunst, neuer Medien und der Musik wollen wir Jugendlichen den Einstieg in eine kreative Betätigung erleichtern.

6. Kultur für Generationen: Kultur des Alter(n)s

„Alternde Gesellschaften“ brauchen eine Kultur der sozialen Integration und Inklusion. Eine positive Kultur des Alter(n)s umfasst alle Lebensbereiche. Sie eröffnet die Chance, neue Kulturangebote für ältere Menschen zu entwickeln und dabei interkulturell und grenzüberschreitend zu wirken. Ältere Menschen sind ein Motor für die Kultur: Als kritisches Publikum und als aktiv Gestaltende werden immer mehr ältere Menschen im Kulturbetrieb aktiv. Das wollen wir fördern.

In Ergänzung zu der Professur für Interdisziplinäre Alterswissenschaft an der Goethe-Universität werden wir uns für eine „Akademie des Alter(n)s“ einsetzen, die das Altern stärker in den Fokus von Forschung und Lehre rückt und eine Selbstfindung der älteren Generation jenseits ihrer Rollen als Konsumenten und Arbeitskräfte unterstützt.

Wir wollen gemeinsam mit den Trägern der Altenhilfe Konzepte entwickeln und umsetzen, durch die Menschen in Alters- und Pflegeheimen Möglichkeiten erhalten, am kulturellen Leben teilzunehmen. Beispielhaft hierfür ist das Projekt „Künstler/in im Zentrum“ des August-Stunz-Zentrums. Bei dieser Entwicklung von Konzepten ist auch der zunehmenden Internationalität der älteren Generation Rechnung zu tragen.

7. Kultureller Reichtum – finanzielle Armut: Kultur braucht Infrastruktur

- Wir wollen die Kreativwirtschaft am Main stärken, indem wir den kreativen Köpfen Freiräume eröffnen, zum Beispiel durch die Bereitstellung bezahlbarer Infrastruktur. Nach der Erstellung einer Analyse der Arbeitsbedingungen und der Einkommensverhältnisse in der Kulturwirtschaft werden wir – falls nötig – Sofortmaßnahmen ergreifen, um die Arbeitsbedingungen für Kreative in Frankfurt zu verbessern.
- Wir wollen mehr Theater- und Proberäume für freie Theater und Initiativen sowie Tanztheater zur Verfügung stellen. Die städtische Förderung der freien Szene ist auf unsere Initiative hin mit einer Konzeptförderung ergänzt worden, um auch jahresübergreifende Programme zu ermöglichen und Planungssicherheit zu schaffen. Anders als Schwarz-Grün wollen wir die Konzeptförderung jedoch für alle Theaterprojekte offen halten und ihre Bindung an die Nachwuchsförderung aufheben.
- Außerdem werden wir eine Zwischennutzungsagentur einrichten, die leer stehende Gebäude an Kulturinitiativen vermittelt. Wir werden – anders als von Schwarz-Grün angekündigt – dazu ein Förderprogramm für Kreative einrichten, über das Mietkostenzuschüsse und die anteilige Übernahme der Renovierungskosten beantragt werden können.
- Wir werden das städtische Atelierprogramm erneuern mit dem Ziel, die Zahl der Ateliers zu erweitern, um diese befristet an Künstlerinnen und Künstler vergeben zu können.
- Eine Stadt ohne Subkultur verliert ihr kreatives Potenzial. Wir wollen auch im Herzen der Stadt Freiräume erhalten und Möglichkeiten für Künstlerinnen und Künstler schaffen, auch jenseits der gesellschaftlichen Normen ihre Kreativität zum Ausdruck zu bringen.

8. Neue Medien und ihre Auswirkungen

Der Film- und Mediensektor stellt eine der Schlüsselindustrien des Informationszeitalters dar. Die künstlerischen Erzeugnisse des digitalen Zeitalters werden aber von den traditionellen Förderwegen der Kulturpolitik bislang nicht erfasst.

- Im Dialog mit den bereits in Frankfurt Aktiven werden wir neue Fördermöglichkeiten erkunden, die geeignet sind, die ästhetische Kunst des Digitalzeitalters in Frankfurt weiterzuentwickeln.
- Wir werden Frankfurt als Ausrichter zahlreicher Filmfestivals stärker national und international bekannt machen und die Vernetzung der Film- und Medienbranche voranbringen.

9. Stadt des Geistes und der Wissenschaften

Frankfurt hat eine große literarische, sozial- und geisteswissenschaftliche Tradition. Doch die Fixierung der Politik und der öffentlichen Meinung auf den Finanz- und Wirtschaftsstandort Frankfurt haben ein Klima in der Stadt entstehen lassen, dass dem freien Denken und der kritischen Auseinandersetzung abträglich ist. Wir wollen dieser Entwicklung entgegenreten und wieder an die geistige und literarische Tradition Frankfurts anknüpfen.

- Mit einem Haus der Buchkultur wollen wir die Zusammenarbeit von Verlagen, Agenturen, Lektoren und Publizisten stärken und unterstützen.
- Neben der Goetheplakette, dem Adorno- und dem Börne-Preis wollen wir einen jährlichen Literaturpreis für Frankfurter Literaturschaffenden ins Leben rufen, die einen kritischen Beitrag zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung in dieser Stadt leisten.
- Wir wollen analog zu der „Nacht der Museen“ eine „Nacht der Wissenschaft“ etablieren, in der einmal im Jahr alle Hochschulen, wissenschaftlichen Institute und Bibliotheken ihre Türen für Besucherinnen und Besucher öffnen.
- Wir werden uns dafür einsetzen, neben dem Volkstheater eine kritische Volksbühne zu etablieren, die mit der ihr eigenen Volksnähe kritische und sozialkritische Stücke auf den Spielplan nimmt, die sich bspw. mit der Entwicklung der Gesellschaft, Demokratie und Freiheit seit der Französischen Revolution beschäftigen.

10. Verantwortung in der Erinnerung

Frankfurt braucht eine lebendige Erinnerungskultur. Wir setzen uns entschieden für den Erhalt von geschichtlich bedeutenden Orten ein. Eine Stadt ohne Geschichte ist eine Stadt ohne Gesicht. Wir wollen die noch verbliebenen Erinnerungsorte an die Opfer der Naziherrschaft erhalten und pflegen und setzen uns dafür ein, dass solche Orte als Einzelkulturdenkmäler unter Denkmalschutz gestellt und als Gedenkstätten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dazu gehört eine breit gestreute und umfassende Information. Eine kommerzielle Nutzung oder Teilprivatisierung solcher Orte, wie zum Beispiel die des ehemaligen Gestapo-Gefängnisses in der Klapperfeldstraße vorgesehene, lehnen wir ab. Wir wollen die Entstehung von Gedenkstätten an der ehemaligen Großmarkthalle, den Umbau des Bunkers an der ehemaligen Friedberger Anlage zu einer Gedenkstätte, die Erlebbarkeit der 1939 niedergebrannten ehemaligen Synagoge und einen Gedenkraum an die Opfer des ehemaligen KZ Katzbach in den Adlerwerken. Wir unterstützen die Aktion „Stolpersteine“ und den Erweiterungsbau des Jüdischen Museums, um dort die Geschichte der Deportation darzustellen. Wir unterstützen Geschichtswerkstätten bei der Aufarbeitung der

NS-Zeit. Wir fördern die Vielfalt der Erinnerungskultur und werden auch in den Stadtteilen Initiativen des Gedenkens unterstützen.

Als einzige heute noch aktive Partei des Widerstands gegen die Nazi-Herrschaft werden wir es nicht zulassen, dass diese Epoche in Vergessenheit gerät.

11. Kulturpolitik kommunal und regional

Das Herz Hessens schlägt in Frankfurt. Die Benachteiligung der Stadt gegenüber den früheren Residenzstädten Darmstadt, Marburg und Kassel in Bezug auf die staatliche Kulturförderung muss aufgehoben werden. Die KulturRegion RheinMain GmbH kann die bestehende Ungleichheit weder mildern noch beseitigen, sondern nur punktuell einzelne Projekte fördern.

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Land Hessen sich im Rahmen eines Theaterplanes an den Kosten der Städtischen Bühnen GmbH Frankfurt beteiligt und die Finanzierung der Frankfurter Museen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs berücksichtigt.
- Wir werden dafür werben, dass sich auch andere Kommunen im Rhein-Main-Gebiet an den Frankfurter Kultureinrichtungen finanziell beteiligen. Sie erhalten dafür Sitz und Stimme in den jeweiligen Entscheidungsgremien der Institution.
- Wir werden im Dialog mit Frankfurter Künstlerinnen und Künstlern dafür sorgen, dass die angemessene Präsentation ihrer Werke geeignete Räume und Plattformen (Messen, Festivals) findet.
- Wir werden den Austausch von Produktionen zwischen Frankfurt und der Region fördern und so die kulturelle Zusammenarbeit mit anderen Kommunen im Rhein-Main-Gebiet stärken.

Kultur umfasst alle Bereiche des Lebens und erfasst Menschen aller Altersgruppen, Herkunftsländer und sozialer Schichten. Kulturpolitik darf sich deshalb nicht primär an Institutionen und Sparten orientieren, sondern muss immer einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen, der die gesamte Gesellschaft im Blick hat. Sie muss vom Menschen in der heutigen Zeit ausgehen, die Vergangenheit mit einbeziehen und in die Zukunft weisen.

Es kommt in der Kulturpolitik deshalb darauf an, allen Künstlerinnen und Künstlern größtmögliche Freiheit im Ausdruck und würdige Arbeitsbedingungen zu gewähren und allen Bürgerinnen und Bürgern, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Bildungsstand, Alter oder Einkommen den selbst gewünschten Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen.

VII. Frankfurter Vielfalt

Unter den deutschen Städten hat Frankfurt den höchsten Anteil an Migrantinnen und Migranten. Hier leben Menschen aus 170 Ländern. Migrantinnen und Migranten sind ein fester, unverzichtbarer Bestandteil unserer Stadt. Wir sehen eine bedeutende Chance in zugewanderten Menschen, die mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und Talenten eine Bereicherung für unsere Gesellschaft, Wirtschaft und Politik darstellen.

Gleichzeitig besitzen immer mehr Menschen in Frankfurt keine Möglichkeit der aktiven Teilhabe an der Stadtgesellschaft, weil sie durch Bildungs-, Einkommens-, Sprach- und Sozialbarrieren de facto ausgeschlossen sind. Integration ist deshalb eine Schlüsselfrage der Kommunalpolitik – über kulturelle und ethnische Grenzen hinweg.

Wir betreiben unsere Migrations- und Integrationspolitik nicht defizitorientiert, sondern wollen das Ausschöpfen von Potenzialen für die aufnehmende Gesellschaft genauso wie für die Zugewanderten erreichen. Es gibt aber auch Bereiche, in denen Integration teilweise nicht funktioniert hat. Unsere Aufgabe ist es, die Versäumnisse in diesen Bereichen abzubauen: Zu nennen sind hier vor allem die Bereiche Bildung, Wohnen, Arbeit und Soziales.

Integration fordert immer beide Seiten. Wir wollen das Zusammenleben *mit* Migrantinnen und Migranten verbessern. Deshalb fordern wir:

- Unterstützung der Integrationsarbeit in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung.
- Verstärkte Anstrengungen und Angebote zum Erwerb der deutschen Sprache von Kindern wie Erwachsenen.
- Schulen, in der allen Kindern gleiche Chancen offen stehen, mit einer Elternarbeit, die vor allem Eltern stärker in den Schulalltag einbindet und zur Mithilfe ermutigt.
- Konsequente Durchsetzung der Schulpflicht. Die Teilnahme an Schwimm-, Sport- und Biologieunterricht sowie an Klassenfahrten ist für alle Kinder verpflichtend. Es darf keine Ausnahmen unter dem Vorwand religiöser Vorschriften geben.
- Eine Wohnungspolitik, die ein Miteinander sozialer Milieus und ethnischer Gruppen in den Stadtteilen fördert.

Die Forderung nach Integration – im Sinne von Chancengleichheit – und sozialer Gerechtigkeit ist nicht als partikulares Handlungsfeld zu betrachten. Für die Frankfurter SPD ist Integration vielmehr Grundlage des politischen Handelns in seiner Gesamtheit. Dementsprechend müssen auch die verschiedenen Akteure in

der Stadtgesellschaft – Vereine, Initiativen, Stiftungen etc. – in die Arbeit einbezogen werden. Der Vernetzungsaspekt des Integrationskonzepts der Stadt Frankfurt ist hierfür eine Grundlage, den es auszubauen und zu differenzieren gilt. Doch ohne die Formulierung konkreter Maßnahmen wird jedes Konzept wirkungslos bleiben. Hierfür einige Beispiele:

Integrationsfördernde Maßnahmen sind in Kindheit und Jugend besonders wirksam. In dieser Entwicklungsphase werden das Weltbild und der Umgang mit Fremdem maßgeblich geprägt. Bildung und Aufklärung über Kulturen und Religionen sind ein wesentlicher Schlüssel, um Vorurteile abzubauen und Integration zu fördern. Die Teilnahme an solchen integrationsfördernden Freizeitangeboten darf nicht an der finanziellen Lage des Elternhauses scheitern.

- Wir wollen neu konzipierte Jugendeinrichtungen schaffen, in denen sich Jugendliche in geschütztem Umfeld altersgemäß aufhalten, betätigen, weiter entwickeln und auch aktiv in die Gesellschaft einbringen können.
- Der Jugendaustausch ist zu fördern.
- Rassismus im Freizeitbereich, sei es beim Diskobesuch oder in Vereinen, ist entgegenzuwirken.
- Wir werden den Austausch zwischen den Vereinen von Migrantinnen und Migranten fördern.

Frankfurt ist eine internationale Stadt mit internationalen Bürgerinnen und Bürgern. Die vielen multikulturell aufgewachsenen, zwei- oder mehrsprachigen Frankfurterinnen und Frankfurter sollten stärker als bisher in ihren speziellen Kompetenzen anerkannt und gefördert werden. Die Internationalität der Bevölkerung unserer Stadt stellt auch einen wichtigen Standortfaktor dar.

- Die Förderung der Mehrsprachigkeit von Kindern und Jugendlichen ist deshalb nicht nur zur Persönlichkeitsbildung enorm wichtig.
- Eine vereinfachte Anerkennung ausländischer Ausbildungs- und Studienabschlüsse ist unerlässlich.
- Die ethnische Ökonomie sollte stärker anerkannt und gefördert werden.
- Im öffentlichen Dienst kann und muss die Förderung von Migrantinnen und Migranten direkt von der kommunalen Politik beeinflusst werden. Das gilt einerseits für die Stadt Frankfurt als Arbeitgeber und in Sachen Ausbildung, andererseits aber auch als Dienstleister mit einem Service, der besser auf Zuwanderer abgestimmt ist. Eine Selbstverpflichtung der Stadt zur Erreichung dieser Ziele ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unerlässlich und dient der Wirtschaft als Vorbild.

Der Anteil der älteren Migrantinnen und Migranten nimmt kontinuierlich zu. Man schätzt, dass sich in den kommenden zehn Jahren ihre Zahl verdoppeln wird. Experten rechnen damit, dass Migrantinnen und Migranten relativ früh auf fremde Hilfe und Pflegemaßnahmen angewiesen sein werden, da sie oftmals schwere körperliche Arbeit verrichtet haben. Hinzu kommen die zunehmenden psychischen Probleme älterer Migrantinnen und Migranten.

- Kulturspezifische Hilfestellungen, die den Tagesablauf regeln, aber auch auf Spezialbereiche abzielen, müssen bereitgestellt werden.
- Die politische und soziale Teilhabe älterer zugewanderter Menschen in der Gesellschaft muss gefördert und unterstützt werden.
- Alle Altenhilfeeinrichtungen müssen interkulturell geöffnet werden, wie z. B. beim Victor-Gollanz-Haus, bei der Beratungsstelle für ältere Migranten Hiwa und „Café Halteplatz“ geschehen, damit Migrantinnen und Migranten an den Angeboten der Einrichtungen entsprechend ihrem kulturellen Hintergrund teilhaben können. Pflegepersonal mit Sprachkenntnissen und interkulturellen Kompetenzen muss verstärkt eingesetzt werden, damit kultursensible Pflege zum Regelfall wird.
- Ehrenamtliche mit Migrationshintergrund als zusätzliche Brücke zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern sowie deren Angehörigen einerseits und professionellem Personal andererseits müssen gewonnen werden.
- Bei der Einrichtung von Pflegestützpunkten müssen kultur- und religionsensible Aspekte von MigrantInnen berücksichtigt werden.

Frauen mit Migrationshintergrund sind oftmals von doppelter Diskriminierung (als Frau und als Migrantin) betroffen. Daher ist es nötig, die Situation dieser Frauen zu verbessern. Hierbei müssen Angebote mehrsprachig und unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

- Frühzeitige, qualifizierte Berufsberatung für junge Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund sowie Förderung durch Aus- und Weiterbildung oder Kurse sind erforderlich.
- Wir wollen die Beratungsstellen speziell für Frauen mit Migrationshintergrund, die von Gewalt betroffen sind, verstärkt unterstützen (wie z. B. das „Beratungs- und Informationszentrum für Migrantinnen und ihre Familien – FIM“). Sie müssen dem Bedarf entsprechend finanziell ausgestattet werden.
- Es muss eine Sensibilisierung der Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten für die spezielle Situation von Migrantinnen stattfinden.
- In Frankfurt gibt es zahlreiche Angebote zum Spracherwerb. Um aus den vielfältigen Angeboten schneller Passendes auswählen zu können, muss es

der Zielgruppe kommuniziert werden. Das sollte zum einen im Internet erfolgen, zum anderen wäre ein Ratgeber für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren hilfreich.

Allen Migrantinnen und Migranten mit längerfristigem Aufenthalt in Frankfurt steht das kommunale Wahlrecht zu. Es darf nicht länger zwischen Ausländern erster und zweiter Klasse – also EU-Bürgern und Drittstaatlern – unterschieden werden. Wenn wir wollen, dass sich alle Frankfurterinnen und Frankfurter in unserer Stadt wohl und zu Hause fühlen, müssen auch alle gleichermaßen am Gestaltungsprozess teilnehmen können.

Auch in der Struktur der Stadtregierung muss sich die Wichtigkeit des Themas Integration widerspiegeln. Die Aufgabe des Integrationsdezernats soll in Zukunft durch ein hauptamtliches Dezernat wahrgenommen werden. Gerade die Steuerungs- und Koordinierungsaufgaben in vielen Bereichen erfordern kontinuierliche Präsenz, die ehrenamtlich nicht zu leisten ist.

Die Abschaffung des eigenständigen Integrationsausschusses und dessen Eingliederung in den Bildungsausschuss haben sich nicht bewährt, da beide Bereiche von enormer Wichtigkeit sind und nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten. Auch kann man die Integration von Migrantinnen und Migranten nicht allein unter dem Aspekt der Bildung betrachten. Deshalb wollen wir im Römer wieder einen eigenständigen Integrationsausschuss bilden.

Wir wollen Integrationspolitik in Frankfurt transparent und evaluierbar machen. Dafür werden wir dezernatsübergreifend Ziele formulieren und eine Berichterstattung mit Hilfe sinnvoller Kennzahlen einführen.

VIII. Modernes Frankfurt – zusammen leben, wohnen und arbeiten

Ziel sozialdemokratischer Stadtpolitik ist eine Stadt der kurzen Wege, in der Möglichkeiten zum Arbeiten, Wohnen, Einkaufen und Freizeit dicht bei einander liegen. Die lange verfolgte funktionale Trennung dieser Bereiche hat zu hohem Verkehrsaufkommen, fehlender Infrastruktur in den Stadtteilen und Zersiedlung der Landschaft geführt. Heute geht es darum, dies zu korrigieren und das menschliche Maß für die Städte wieder zu finden.

Der Zusammenhalt der Bewohnerinnen und Bewohner muss immer wieder neu hergestellt werden. Entstehende Spaltungslinien zwischen arm und reich, alt und jung, konservativ und modern und zwischen verschiedenen Kulturen müssen immer wieder neu analysiert und bearbeitet werden. Segregation muss aufgehoben und soziale Mischung immer wieder neu organisiert werden. Eine großflächige Stadtplanung und eine deutliche Stärkung von Bürgerbeteiligung sind bedeutsam für die gesamte Stadt und ihre Entwicklung.

Frankfurt wird wachsen: Wir werden diesen Prozess verantwortlich gestalten

Frankfurt wird sich auch bei langfristig sinkender Bevölkerungszahl in Deutschland als Wachstumskern fest etablieren. Für uns ist eine ausreichende und preisstabile Wohnraumversorgung für alle Bevölkerungsgruppen eine elementare Voraussetzung für ein soziales Wachstum. Unsere zentrale Aufgabe ist es, für die Menschen in Frankfurt wieder mehr neue bezahlbare Wohnungen zu schaffen. Für uns ist menschenwürdiges, bezahlbares Wohnen ein Grundrecht und unverzichtbar für eine gerechte, solidarische Stadtentwicklung Frankfurts als zentraler Dienstleistungs- und Wirtschaftsstandort. Dies ist in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt worden. Dabei geht es auch um Qualität, um barrierefreien Zugang, um energiesparende Bauweisen, damit Miete und Heizkosten auch zusammen bezahlbar bleiben, aber auch um ein gutes Wohnumfeld mit ausreichend Grün.

Der Wohnraum muss bezahlbar bleiben – mehr preiswerte Wohnungen schaffen

Ein neues Frankfurter Wohnungsbauprogramm auflegen

Die Einwohnerzahl der Stadt Frankfurt steigt immer weiter und nähert sich inzwischen der Zahl von 700.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Der Bau neuer Wohnungen hält dagegen mit dem steigenden Zuzug nicht Schritt. Dies gilt insbesondere für den Neubau preiswerten Wohnraums. Verschärft wird die Lage noch dadurch, dass immer mehr Wohnungen des geförderten Wohnungsbaus aus der Mietpreisbindung fallen, so hat sich die Anzahl dieser Wohnungen in den letzten fünfzehn Jahren nahezu halbiert. Die Schwarz-Grüne Koalition hat es hier versäumt, rechtzeitig durch die Auflage eines Wohnbauprogramms gegenzusteuern.

Wir werden deshalb ein neues Frankfurter Wohnungsbauprogramm auflegen, in dem wir über den Zeitraum von vier Jahren 100 Millionen Euro für den Bau preiswerter Wohnungen bereitstellen wollen. Die Wohnungen sollen nicht nur für die Anspruchsberechtigten des Sozialen Wohnungsbaus zur Verfügung stehen, damit auch Menschen mit durchschnittlichem Verdienst an dem Programm partizipieren. Ein besonderes Augenmerk wollen wir auch auf die Schaffung zusätzlichen Wohnraums für Studierende und Auszubildende richten.

Mit der skandalösen Praxis, dass selbst die zu niedrigen vorhandenen Mittel für den geförderten Wohnungsbau vom Magistrat nicht ausgegeben werden konnten, werden wir aufräumen.

Die Entwicklung der Neubaugebiete schneller vorantreiben – die Infrastruktur gleichzeitig mit der Wohnbebauung realisieren

In der ersten Hälfte der 1990er Jahre wurden in Frankfurt unter dem damaligen SPD-Planungsdezernenten Marin Wentz eine Reihe neuer Baugebiete aufgelegt, die entscheidend dazu beigetragen haben, die Zukunftschancen Frankfurts für die nächsten Jahrzehnte zu sichern. Von diesen Initiativen zehrt die Stadtplanung noch heute. Nach dem von Oberbürgermeisterin Petra Roth erzwungenen Wechsel im Planungsdezernat hat es dessen CDU-Nachfolger trotz der großen und ständig steigenden Nachfrage nach Wohnraum nicht vermocht, die eingeleiteten Planungen zügig zu verwirklichen. Die großen Entwicklungsflächen Riedberg, Europaviertel und Rebstock sind auch nach fast 20 Jahren nur zu einem Teil entwickelt. Obwohl der Grundsatzbeschluss für das neue Wohngebiet Bonames Ost bereits Anfang der neunziger Jahre erfolgt ist, war der Magistrat auch nach 20 Jahren noch nicht in der Lage, die Planung abzuschließen.

Wir werden dafür sorgen, dass die Entwicklung der neuen Frankfurter Baugebiete, insbesondere aber der Wohnbauflächen, künftig wieder mit der massiv

steigenden Nachfrage nach Wohnraum Schritt hält. Es darf auch nicht wieder geschehen, dass, wie bei den Neubaugebieten Riedberg, Preungesheim Ost und Frankfurter Berg, die Erschließung durch öffentliche Verkehrsmittel erst erfolgt, wenn bereits mehrere tausend neue Bewohnerinnen und Bewohner eingezogen sind. Auch die Erschließung mit Schulen, Kindertagesstätten und Einkaufsmöglichkeiten muss in Zukunft mit der Entwicklung der Baugebiete besser Schritt halten.

Flächenreserven nutzen: Umnutzung von Büro- in Wohnraum – Behutsame Nachverdichtung

Seit einigen Jahren hat sich in Frankfurt ein Büroleerstand entwickelt, der sich auf mehr als zwei Millionen Quadratmeter bemisst. Gleichzeitig besteht ein eklatanter Mangel an Wohnraum. Wir werden deshalb die Umnutzung bzw. den Umbau von leer stehendem Büroraum in Wohnraum besonders fördern. Ein neues modernes Mischungsverhältnis zwischen Wohnungen und Büros wollen wir beispielhaft in der Bürostadt Niederrad herstellen. Durch Umbau von Büros zu Wohnungen und den Zubau von Infrastruktur kann hier ein attraktives Quartier entstehen, in dem Wohnen und Arbeiten dicht beisammen liegen.

Ein weiteres Potenzial für den Wohnungsbau stellt die Nutzung von Baulücken im Bestand dar. Vorhandene Bebauungsflächen können behutsam nachverdichtet werden.

In Sachsenhausen bietet sich die Chance, mit dem Henninger-Areal eines der letzten integrierten Entwicklungsgebiete in Frankfurt zukunftsorientiert weiterzuentwickeln und auf dieser Fläche eine Mustersiedlung für energiegerechtes Planen und Bauen sowie das Nebeneinander von Gewerbe und Wohnen zu entwickeln. Dabei ist der maximal mögliche Wohnanteil auszuschöpfen

Ausgewogene Mischung in den Wohnsiedlungen sichern – der Spekulation entgegenwirken

Unser besonderes Augenmerk gilt einer ausgewogenen sozialen Mischung zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen insbesondere in den Neubaugebieten. Ziel ist eine ausreichende Wohnraumversorgung für alle Bevölkerungsgruppen. Deshalb treten wir dafür ein, dass in den neuen Siedlungen sowohl Flächen für Eigenheime als auch für Geschosswohnungen ausgewiesen werden. Ebenso befürworten wir ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Miet- und Eigentumswohnungen. Insbesondere für junge Familien brauchen wir umfassende und vielfältige Angebote. Und es muss dafür gesorgt werden, dass in den neuen Wohngebieten künftig auch Wohnungen im geförderten Wohnungs-

bau errichtet werden. Dass Schwarz-Grün in den vergangenen Jahren die neuen Frankfurter Siedlungen errichtet hat, ohne dabei jeweils auch einen nennenswerten Anteil an Wohnungen im geförderten Wohnungsbau zu errichten, hat wesentlich dazu beigetragen, dass der Nachfragedruck auf die preiswerten Wohnungen in den älteren Frankfurter Stadtvierteln immer weiter gestiegen ist.

Um einen Beitrag dazu zu leisten, die ausgewogene Struktur in den Wohngebieten zu erhalten, wollen wir die Fehlbelegungsabgabe abschaffen. Wir treten dafür ein, dass die gesetzliche Möglichkeit, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen durch die Stadt zu verhindern, wieder eingeführt wird und bei Umwandlung der Schutz wieder auf zehn Jahre ausgedehnt wird. Zu einer ausgewogenen Mischung kann auch der Ankauf von Belegungsrechten beitragen. Auch hier wollen wir darauf achten, dass Belegungsrechte in allen Stadtbereichen erworben werden. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Einkommensgrenzen im öffentlich geförderten Wohnungsbau deutlich angehoben werden.

Energetische Sanierung der Wohnungsbestände

Wir wollen, dass der Neubau städtischer Wohnungen im Passivhausstandard erfolgt. Darüber hinaus stellt die energetische Sanierung der großen Frankfurter Wohnungsbestände für die nächsten Jahrzehnte eine der größten Herausforderungen dar. Auch dort wollen wir schrittweise Passivhausstandard erreichen. Dabei soll der vorhandene preiswerte Wohnraum erhalten bleiben. Den hier entstehenden Konflikt wollen wir im Interesse von Mieterinnen und Mietern und dem Klimaschutz lösen. Wenn wir in einem ersten Schritt auf einen optimierten Zwischenstandard sanieren, können wir deutlich mehr Wohnungen verbessern. Damit kommen sehr viel mehr Mieterinnen und Mieter in den Genuss stark sinkender Heizkosten, während gleichzeitig durch die hohe Zahl der Wohnungen mehr CO₂ eingespart wird. Die Sanierung bleibt damit warmmietenneutral, das heißt, die Summe aus Miete und Heizkosten wird nicht angehoben und die Mieterinnen und Mieter nicht aus ihren Wohnungen vertrieben. Den Teil- oder Totalabriss, wie derzeit am Mainfeld geplant, lehnen wir ab. Auch darf Modernisierung nicht dazu führen, dass Unterhaltungsrückstände auf die Mietparteien abgewälzt werden.

Auf veränderte demographische Entwicklung reagieren

Bei der Gestaltung der neuen Wohnviertel ebenso wie bei der Sanierung im Bestand muss stärker auf den demographischen Wandel reagiert werden. Dazu gehören mehr barrierefreie und altengerechte Wohnungen ebenso wie Mehrgenerationenhäuser und flexible Wohnungsgrundrisse.

Die öffentlichen Wohnungsunternehmen müssen im Besitz der öffentlichen Hand bleiben

Die öffentlichen Wohnungsbauunternehmen mit ihren großen Wohnungsbeständen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherstellung der Versorgung mit preiswertem Wohnraum. Wir treten deshalb mit Nachdruck dafür ein, dass die öffentlichen Wohnungsbauunternehmen auch in Zukunft im Eigentum der öffentlichen Hand verbleiben. Eine Privatisierung oder Teilprivatisierung von Wohnungsbauunternehmen lehnen wir ab. Deshalb wollen wir, dass die städtische Wohnungsbauholding auch in Zukunft im Alleinbesitz der Stadt Frankfurt verbleibt. Wir werden dafür sorgen, dass die Wohnungsbauholding sich nicht nur dem Bau von Wohnungen für den freien Markt widmet, sondern der Neubau von preiswerten Wohnungen wieder zum eigentlichen Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit wird.

Der von der Hessischen Landesregierung betriebene Verkauf von preiswerten Wohnungsbeständen der Nassauischen Heimstätte mit dem Ziel, die Nassauische Heimstätte für die Privatisierung reif zu machen, lehnen wir ab. Wir wollen, dass die Nassauische Heimstätte auch weiterhin im öffentlichen Eigentum verbleibt.

Das Genossenschaftswesen wieder stärker fördern

Der Bau preiswerter Wohnungen durch Wohnungsbaugenossenschaften hatte früher eine erhebliche Bedeutung. Wir wollen diesen Zweig des Wohnungsbaus wieder stärken und entsprechende neue Initiativen unterstützen. Dazu gehört auch die bevorzugte Vergabe städtischer Erbpachtgrundstücke.

Die Einzigartigkeit der Skyline sichern – den Hochhausentwicklung durch die Politik steuern

Die Skyline gehört untrennbar zum Frankfurter Stadtbild. Mit dem Hochhausrahmenplan können die Voraussetzungen zum Bau weiterer Hochhäuser an stadtverträglichen Standpunkten geschaffen werden. Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass die Hochhäuser sich vor allem im traditionellen Bankenviertel und im Bereich Messe/Europaviertel konzentrieren. Was wir nicht wollen, ist eine willkürliche Verteilung von Hochhäusern über das Stadtgebiet, die zur Zerfaserung des Stadtbildes führt. Vor allem werden wir verhindern, dass in Wohnvierteln Hochhäuser ausgewiesen werden. Die Kommunalpolitik muss den Investorinnen und Investoren nachvollziehbare und verlässliche Rahmenbedingungen setzen, anstatt blind deren Wünschen zu folgen.

Das Hochhaus der Europäischen Zentralbank soll als Solitär zu einem weithin sichtbaren, freistehenden neuen Markenzeichen der Stadt werden, deshalb wollen wir, dass seine Umgebung frei von weiteren Hochhäusern bleibt.

Die Attraktivität der Innenstadt sichern

Die Attraktivität der Innenstadt ist von besonderer Bedeutung für die Identität Frankfurts und seiner Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Entwicklung Frankfurts als Einzelhandelsstandort. Die Innenstadt muss deshalb attraktiver und schöner werden.

Die Zeil muss wieder zur Flaniermeile werden, deshalb treten wir dafür ein, dass die Erdgeschosslagen weit mehr als bisher für Gastronomie und kleinere Einzelhandelsläden geöffnet werden. Der „Erzeugermarkt“ auf der Konstablerwache ist ein wichtiger Bestandteil der Innenstadt und ist in seiner Existenz zu sichern.

Wir wollen, dass Bauten oder Straßenzüge, die fester Bestandteil des Frankfurter Stadtbildes geworden sind, wie z. B. die Kleinmarkthalle und die Wohnhäuser an der Berliner Straße oder hinter dem Dom aus den 1950er Jahren, erhalten bleiben.

Auch in der Innenstadt besteht noch ein Potenzial, durch Nutzung von Baulücken und behutsame Nachverdichtung zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. Die wenigen vorhandenen innerstädtischen Grünflächen müssen dabei aber erhalten bleiben.

Wir wollen das Bahnhofsviertel zu einem lebendigen Stadtquartier weiterentwickeln, in dem Wohnen mehr als bisher möglich ist. Dabei werden wir darauf achten, dass die bestehende Bevölkerungsstruktur erhalten bleibt.

Das Mainufer den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zurückgeben – einen großen zusammenhängenden Fußgängerbereich schaffen

Mit dem unter dem damaligen SPD Oberbürgermeister Rudi Arndt erarbeiteten „Großen Fußgängerplan“ hat die Stadt eine Vision vorgelegt, die ihrer Zeit weit voraus war. Die wegweisende Realisierung der Fußgängerzonen Zeil, Freßgass, Opernplatz, Neue Kräme, Paulsplatz und Römer hat die Attraktivität der Stadt bis zum heutigen Tag geprägt. Wir halten es nun für an der Zeit, einen weiteren Baustein dieses Konzeptes zu verwirklichen, in dem wir die nördliche Mainuferstraße zwischen Alter Brücke und Untermainbrücke für den Autoverkehr schließen. Damit wird die Trennung zwischen der Altstadt und dem Main aufgehoben und das historische Zentrum der Stadt rückt unmittelbar an den Fluss heran. Außerdem wird die Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner am nördlichen Mainufer erhöht. Längs des Flusses entsteht eine attraktive

Naherholungszone, wie sie kaum eine andere deutsche Stadt aufzuweisen hat. Gleichzeitig ist die Aufhebung der Trennung zwischen Mainufer und Altstadt die Voraussetzung dafür, die Nord-Süd-Fußgängerverbindungen in der Innenstadt aufzuwerten. Unser Ziel ist, das Mainufer ganzjährig in allen Stadtteilen den Bürgern und Bürgerinnen ohne Zugangsbarrieren zugänglich zu machen. Die Attraktivität des südlichen Mainufers soll durch ein Badeschiff weiter gesteigert werden.

Langfristig treten wir dafür ein, die Berliner Straße durch Verlängerung des Theatertunnels zu untertunneln. Damit kann in der Frankfurter Innenstadt eine zusammenhängende fußgängerfreundliche Zone geschaffen werden, die von der Zeil bis zum Mainufer reicht. Die dadurch zu Verfügung stehenden Straßenzüge und Plätze wollen wir aufwerten. Damit kann auch der Bereich um das Karmeliterkloster und den Bundesrechnungshof für die Stadtentwicklung zurückgewonnen werden, die städtebauliche Sünde Berliner Straße kann rückgebaut werden.

Wohnen am Main weiterentwickeln – Ein neues Wohngebiet schaffen.

Das sozialdemokratische Projekt „Wohnen am Main“ hat sich zu einem beispiellosen Erfolgsprojekt entwickelt. Selbst seine größten Kritikerinnen und Kritiker haben sich zu Befürworterinnen und Befürworter gewandelt. Wir halten die Zeit für gekommen, dieses Projekt weiterzuentwickeln: Wir schlagen vor, die Westhafenbebauung weiter nach West fortzusetzen und den sogenannten Flusshafen zwischen Main-Neckar- und Niederräder Brücke in ein Wohngebiet umzuwandeln. Dadurch können neue attraktive Wohnungen geschaffen werden. Das Mainufer wird auch in diesem Bereich wieder für die Bürgerinnen und Bürger zugänglich. Die derzeitige Gewerbenutzung im Hafen kann an anderer Stelle, z.B. im Osthafen Platz finden.

Die Frankfurter Stadtteile weiter entwickeln

Die Frankfurter Stadtteile tragen mit ihrer Verschiedenheit und ihren unverwechselbaren Eigenarten zur besonderen Identität Frankfurts bei. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hatten durchgesetzt, dass bei Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen, wie z. B. beim Programm „Schöneres Frankfurt“, die Stadtteile in gleicher Weise wie die Innenstadt berücksichtigt wurden. Leider war der Magistrat nur in zu geringem Umfang in der Lage, die Projekte dieses wichtigen Programms auch umzusetzen, obwohl dafür die benötigten Mittel zur Verfügung standen. Wir werden dafür sorgen, dass dieses Programm in Zukunft intensiviert, vor allem aber in dem veranschlagten Zeitrahmen umgesetzt wird.

Ein besonderes Augenmerk gilt den Stadtteilzentren als wichtigen lokalen

Identifikationspunkten für die jeweiligen Stadtteile. Dem Verlust an Infrastruktur in den Stadtteilen durch Schließung von Poststellen und Einkaufsmöglichkeiten werden wir entgegenwirken. Jeder Stadtteil muss eine Mindestinfrastruktur besitzen. Dies gilt umso mehr, als der Anteil älterer und damit oft auch in ihrer Mobilität eingeschränkter Menschen immer weiter steigt. Wo sich die entsprechende Infrastruktur wirtschaftlich nicht selbst trägt, muss die Stadt helfend eingreifen, wie dies zum Beispiel durch die Einrichtung der sogenannten Smart-Märkte mit Hilfe der Werkstatt Frankfurt bereits geschehen ist.

Mit Erhaltungssatzungen können die besonderen Eigenarten und die teilweise historische Bebauung der Stadtteile geschützt werden. Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen und auch für diejenigen Stadtteile Erhaltungssatzungen auf den Weg bringen, in denen dies noch nicht geschehen ist. Wir wollen bei diesen Entscheidungen die Ortsbeiräte beteiligen.

Höchst in seiner Zentralfunktion für den Westen stärken – Bolongaropalast zum attraktiven kulturellen Zentrum aufwerten

Der Stadtteil Höchst muss wieder stärker in seiner Zentralfunktion für den Frankfurter Westen aufgewertet werden. Wir wollen den Willen der Höchster Bürgerinnen und Bürger umsetzen, eine Reihe von kulturellen Einrichtungen im Bolongaropalast zu bündeln. So kann der Bolongaropalast zu einem attraktiven kulturellen Zentrum ausgebaut werden, was seiner historischen Bedeutung entspricht. Mit seinen neuen Funktionen wird der Bolongaropalast weit über die Grenzen des Stadtteils hinausstrahlen und zu seiner Aufwertung beitragen.

Der Höchster Bahnhofsvorplatz mit seinen Seitenflächen und dem Busbahnhof stellt einen städtebaulichen Schandfleck dar. Von der vom CDU-Planungsdezernenten zum Ende der letzten Wahlperiode vor fünf Jahren angekündigten Beseitigung dieses Problems ist auch zum Ende dieser Wahlperiode nichts zu sehen. Wir wollen nicht nur den Höchster Bahnhof in seiner Funktion als zentrale Verkehrsdrehscheibe des Frankfurter Westens weiter stärken, sondern auch dafür sorgen, dass der Bahnhofsvorplatz und der Busbahnhof mit ihrem Umfeld endlich saniert und in einen attraktiven, barrierefreien Zustand versetzt werden.

Die städtebauliche Situation Bockenheims nach dem Wegzug der Universität stabilisieren

Durch den Wegzug der Universität stellen sich für Bockenheim besondere Herausforderungen. Mit der durch Druck vieler engagierter Bürgerinnen und Bürger und mit Unterstützung der SPD durchgesetzten Umsiedlung der Musikhochschule an die Bockenheimer Warte wird gemeinsam mit dem Ensemble

Modern und dem Bockenheimer Depot ein neuer kultureller Mittelpunkt geschaffen. Ergänzt wird dies durch die Ausweitung des Senckenberg-Institutes. Daneben wollen wir auf dem ehemaligen Universitätsgelände einen möglichst hohen Wohnanteil mit einer guten Mischung aller Einkommensschichten realisieren. Die ehemalige Druckerei Dondorf muss als Denkmal der Bockenheimer Industriegeschichte erhalten bleiben, ebenso markante Bauten des Wiederaufbaues der Nachkriegszeit. Damit wird die städtebauliche Entwicklung Bockenheims nach dem Wegzug der Universität stabilisiert, zusätzlicher Wohnraum geschaffen und der Stadt Frankfurt die Möglichkeit eröffnet, ihre Position als Zentrum moderner Kulturentwicklung durch den neuen Standort weiter auszubauen.

Einhausung der A661: Zerschneidung zwischen Bornheim und Seckbach aufheben und neue Wohnungen schaffen

Wir wollen durch die Einhausung der Autobahn A661 im Bereich Bornheim/Seckbach/Erlenbruch der von der Autobahn ausgehenden Lärmbelästigung vieler tausend Frankfurter Bürgerinnen und Bürger ein Ende setzen. Die Einhausung bietet darüber hinaus die Chance, die von der Autobahn ausgehende schmerzliche städtebauliche Zerschneidung zwischen Bornheim und Seckbach aufzuheben. Die neugewonnenen Flächen können für den Wohnungsbau und einen neuen Grünzug genutzt werden. In diesem Zusammenhang sollte auf den verkehrspolitisch überholten Bau des Alleentunnels oder der Alleenspange verzichtet werden. Die bisher dafür reservierten Flächen sollten ebenso für den Wohnungsbau genutzt werden. Durch die neugewonnenen Bauflächen könnte die Einhausung teilfinanziert werden. Vom Bund erwarten wir, dass er sich mit einem stärkeren Finanzierungsbeitrag am Lärmschutz beteiligt.

Alt-Sachsenhausen revitalisieren

Das Sachsenhäuser Äppelwoi-Viertel befindet sich in einem Umbruch. Obwohl von der Stadtverordnetenversammlung seit mehreren Jahren über 10 Mio. Euro für Alt-Sachsenhausen zur Verfügung gestellt hat, war der Magistrat bisher, wie in anderen vergleichbaren Fällen auch, nicht in der Lage, das Programm in einem nennenswerten Umfang umzusetzen. Wir werden dafür sorgen, dass der Stillstand überwunden und mit einer wirksamen Revitalisierung des Äppelwoi-Viertels endlich begonnen wird. Dazu gehört auch eine verbesserte ÖPNV-Anbindung durch eine neue Straßenbahnlinie über die Alte Brücke zur Innenstadt. Wir unterstützen die Pläne von Michael Quast zur Einrichtung eines Theaters im Paradieshof, das zusammen mit bereits vorhandenen Einrichtungen einen kulturellen Schwerpunkt bilden soll.

Den Osthafen als Gewerbefläche für die Logistik sichern

Die Gewerbeflächen im Osthafen bieten die einzigartige Möglichkeit, als Logistikstandort Schifffahrt, Schiene und Straße miteinander zu verbinden. Der Osthafen muss deshalb langfristig als Gewerbefläche gesichert werden. Die beiden bestehenden Container-Terminals am Ostbahnhof und im Hafen sind weiter auszubauen.

Das Frankfurter Ostend ist darüber hinaus ein Gebiet, das durch die Ansiedlung der EZB einem erhöhten Druck auf dem Wohnungsmarkt ausgesetzt ist. Dem sollte dadurch Rechnung getragen werden, dass in Bereichen, die bislang fast ausschließlich gewerblicher Nutzung zugeführt wurden, wie z.B. die Hanauer Landstraße auch Wohnnutzung ermöglicht wird.

IX. Verkehr und Mobilität

Die Zeiten der autogerechten Stadt gehören der Vergangenheit an. Der Umweltverbund aus öffentlichem Nahverkehr, Fuß- und Radverkehr gewinnt immer mehr an Bedeutung. Das abgestufte System aus S-Bahn, U-Bahn, Straßenbahn und Bus, das auf die Konzeption des früheren Oberbürgermeisters Walter Möller zurückgeht, hat sich bewährt und muss weiter ausgebaut werden.

Der Ausbau des Umweltverbundes reduziert die Schadstoffemissionen und die Lärmbelastung und trägt so zur Steigerung der Lebensqualität bei. Außerdem bietet sich so die Chance, öffentliche Räume in den Wohnsiedlungen und der Innenstadt zurückzugewinnen oder neu zu schaffen.

Die so gewonnenen Räume können für Fußgänger und Radfahrer sowie für mehr Stadtgrün genutzt werden.

Bezahlbare Tarife im Öffentlichen Nahverkehr:

Der RMV muss seine unrühmliche Spitzenposition bei den Fahrpreisen endlich aufgeben

Bei den ÖPNV-Tarifen hält der RMV mittlerweile eine unrühmliche Spitzenposition unter allen deutschen Tarifverbänden. Die Fahrpreise des RMV haben mittlerweile ein Niveau erreicht, das deutlich über dem vergleichbarer Ballungsräume wie München und Stuttgart liegt. Dem gegenüber stehen große Defizite beim Leistungsangebot, z. B. veraltete Fahrzeuge bei der S-Bahn, mangelnde Pünktlichkeit im S- und Regionalverkehr und vielfach desolate Zustände in den Bahnhöfen. Auch ist das Fahrkartenangebot des RMV deutlich weniger innovativ als in anderen Verkehrsverbänden. So bietet der RMV als mittlerweile bundesweit fast einziger Tarifverbund keine preisreduzierte Seniorenkarte an, ebenso wird im Gegensatz zu fast allen Tarifverbänden z. B. das Schöne-Wochenend-Ticket in den kommunalen Verkehrsmitteln nicht anerkannt.

Wir treten dafür ein, dass sich das Niveau der RMV-Fahrpreise künftig wieder an dem vergleichbarer Verbände orientiert. Dies beinhaltet vor allem auch die Einführung preiswerter Angebote für Familien, Kinder und Jugendliche und Seniorinnen und Senioren, deren Preise sich an dem deutlich niedrigeren Niveau anderer Verbände zu orientieren hat. Dadurch kann man eine deutliche Steigerung der Fahrgastzahlen erwarten. Darüber hinaus setzen wir uns für die Einführung von günstigen Mehrfahrentickets ein.

Auch bei der Einführung moderner Fahrausweisautomaten, die nicht nur bedienungsfreundlicher sind, sondern auch eine weit größere Palette von Fahrausweisen, z. B. auch des Fernverkehrs, anbieten, nimmt der RMV mittlerweile

eine bundesweite Schlusslichtposition ein. Auch hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Einen wichtigen Beitrag, Mobilität mit dem ÖPNV für viele Menschen zu einem günstigen Preis anzubieten, leisten Job-Tickets. Wir wollen dafür werben, dass weitere Arbeitgeber Jobtickets anbieten und bestehende Jobticket-Angebote fortgeführt werden. In der Stadtverwaltung und den städtischen Gesellschaften wird das Jobticket beibehalten.

Einbindung in den überregionalen und regionalen Verkehr verbessern

Der Frankfurter Hauptbahnhof ist eines der wichtigsten Drehkreuze im europäischen Eisenbahnnetz. Zur Beseitigung der bestehenden Engpässe im Schienennetz sind der Bau der Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim und der Ausbau der Strecke Frankfurt-Fulda und weiter in Richtung Leipzig dringend erforderlich. Ebenso muss die Leistungsfähigkeit des Hauptbahnhofs durch Realisierung des seit Jahren geplanten Ausbaus der Zufahrten und des Gleisvorfeldes endlich verbessert werden.

Der dringend notwendige und seit Jahrzehnten den Bürgerinnen und Bürgern versprochene Bau der nordmainischen S-Bahn muss endlich realisiert werden. Dies ist auch deshalb überfällig, damit der Danziger Platz wieder in einen vorzeigbaren Zustand versetzt werden kann. Soweit noch nicht geschehen, soll der Betrieb der S-Bahn durch den Bau besonderer Gleise vom Fern- und Güterverkehr getrennt werden, um die Pünktlichkeit der S-Bahn zu verbessern.

Viele Frankfurter Bahnhöfe befinden sich einem desolaten Zustand. Die Bahnhöfe müssen endlich saniert und dabei auch barrierefrei umgebaut werden. Dies gilt insbesondere für die Bahnhöfe Frankfurt-Höchst und Frankfurt-Griesheim, aber auch für fast alle anderen Bahnhöfe des Nahverkehrs.

Der Flughafen wird immer mehr zu einem starken Verkehrserzeuger auch auf Schiene und Straße. Im Zusammenhang mit dem Bau des Terminals 3 erachten wir den direkten Anschluss des Terminals an das Eisenbahnnetz als unabdingbar. Eine Erschließung lediglich durch einen Busshuttle zur Riedbahn ist völlig ungenügend.

Frankfurt benötigt aber auch einen leistungsfähigen und zentralen Busbahnhof für die Abwicklung des Fernbusverkehrs, möglichst in der unmittelbaren Nachbarschaft des Hauptbahnhofs.

Neue Baugebiete erschließen – U-Bahn und Straßenbahnnetz komplettieren

Die neuen Frankfurter Baugebiete müssen zügig an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen werden. Der von der schwarz-grünen Koalition seit Jahren verschleppte Anschluss des großen Neubaugebietes Europaviertel durch Weiterbau der U-Bahn-Linie U5 steht dabei im Vordergrund.

Nachdem der Anschluss des Neubaugebietes Preungesheim-Ost an die Straßenbahn nach jahrelangen Verzögerungen endlich in Gang gekommen ist, müssen auch die Neubaugebiete am Frankfurter Berg durch Verlängerung der U-Bahn von Preungesheim zur S-Bahn Station endlich an das Schienennetz angeschlossen werden. Auch hier hat Schwarz-Grün die den Bürgerinnen und Bürgern seit Jahren versprochene Erschließung um keinen Zentimeter vorangebracht.

Nachdem die Erschließung des großen Neubaugebietes Riedberg zunächst nur in einer Form realisiert wird, die den langfristigen Anforderungen nach Vollausbau nicht gerecht werden wird, müssen Varianten für den Lückenschluss zwischen Ginnheim und der Bockenheimer Warte geprüft werden.

Zur Komplettierung des U-Bahn-Netzes befürworten wir die Verlängerung der bestehenden Linien von der Seckbacher Landstraße zum Atzelberg und vom Südbahnhof über die Sachsenhäuser Warte nach Neu-Isenburg.

Während die Verbindungen in die Innenstadt in Frankfurt überwiegend gut ausgebaut sind, bestehen bei den Tangentialverbindungen erhebliche Defizite. Deshalb befürworten wir den Bau der Regionaltangente West. Angesichts der weiter steigenden Bedeutung des Flughafens und zur Stärkung des Bahnhofes Höchst als Nahverkehrsdrehkreuz muss dabei der Abschnitt zwischen Flughafen und Höchst vordringlich realisiert werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Straßenbahn von der Zuckschwerdtstraße zum Bahnhof Höchst zu verlängern.

Ebenso unterstützen wir den Bau einer Straßenbahnringlinie: Diese Linie soll im Süden vom Hauptbahnhof über die Gartenstraße und die Schweizer Straße zum Südbahnhof geführt werden. Der weitere genaue Trassenverlauf im Norden ist dabei noch festzulegen. Weiter soll eine neue Straßenbahnstrecke von der Konstablerwache über die Alte Brücke nach Sachsenhausen die dortige innerstädtische Lücke schließen und eine neue Linie durch die Gutleutstraße unter anderem das Neubaugebiet Westhafen besser anschließen.

Fuß- und Radwegenetz ausbauen

Wir wollen das Fußwegenetz ausbauen, denn ein großer Teil der innerstädtischen Wege wird zu Fuß zurückgelegt. Weil die Bürgerinnen und Bürger immer

älter werden, müssen die Wege für Fußgängerinnen und Fußgänger kürzer, sicherer und bequemer werden. Wir fordern die Erarbeitung eines stadtweiten, zusammenhängenden Fußwegenetzes, das nach einheitlichen Grundsätzen (ähnlich dem Wiener Masterplan) gestaltet werden soll. In Fußgängerzonen haben, wie der Name sagt, die Fußverkehr Vorrang.

Das Radwegenetz muss weiter ausgebaut werden, dabei sind Rad- und Gehwege konsequent voneinander zu trennen. Die Entschärfung von Gefahrenpunkten hat dabei Vorrang. Auch wollen wir für eine bessere Verzahnung von Fahrrad und öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV) sorgen. Dazu gehört der in anderen Städten seit langem praktizierte Bau von abschließbaren Fahrradboxen an wichtigen ÖPNV-Haltestellen ebenso wie an Park-and-Ride-Anlagen am Stadtrand. An wichtigen Verkehrsknotenpunkten sind Fahrradparkhäuser zu errichten, z. B. in mindergenutzten Bereichen der B-Ebenen. In einigen wichtigen Verbindungen sollen schnelle Expressradrouten eingerichtet werden.

Wohnqualität in den Stadtteilen verbessern

Die Umsetzung des Programms „Tempo 30“ in Wohngebieten hat sich bewährt und stellt einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität in den Stadtteilen dar. Zum Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner müssen die Geschwindigkeitsbeschränkungen konsequent in Wohngebieten, insbesondere vor Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Altenwohnanlagen überwacht werden. Die bestehenden Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Hauptverkehrsstraßen sind stärker zu überwachen, insbesondere auch in den Nachtzeiten.

Nachdem die Rechtsgrundlage wieder neu geschaffen wurde, wollen wir das Bewohnerparken um zusätzliche Wohngebiete erweitern. Das Projekt Shared Space hat sich vielerorts bewährt und soll in geeigneten Stadtteilen- bzw. -vierteln eingeführt werden. Wo immer möglich, werden wir die Einrichtung von Spielstraßen fördern.

Das Car-Sharing ist ein wichtiges Instrument zur Reduzierung des Stellplatzbedarfes, das weiter gefördert werden muss. Hierzu muss eine hinreichend Stellplätzen bereitgestellt werden.

Das Straßennetz bedarf nur noch weniger Ergänzungen

Das Frankfurter Straßennetz ist gut ausgebaut und bedarf nur noch weniger Ergänzungen. Nach der Inbetriebnahme des Riederwaldtunnels müssen Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in Seckbach und im Riederwald erfolgen; die Nutzung von Paralleltrassen durch den Schwerlastverkehr ist zu unterbinden. Die Ortsumfahrung Praunheim mit unterirdischer Weiterführung zum Nord-

westzentrum entlastet den alten Ortskern. Eine Westumfahrung entlastet Unterliederbach und Höchst, ähnliches gilt für die Ortsumfahrung Bonames.

Dagegen lehnen wir den Bau des Alleentunnels oder einer Alleenspange ab, da sie nur weiteren Verkehr in die Bereiche innerhalb des Alleenringes leiten und den überregionalen Fernverkehr ins Stadtgebiet führen würden. Im Zusammenhang mit den Planungen zur Einhausung der A661 können die für diese Projekte vorgesehenen Flächen anderen Nutzungen zugeführt werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass entlang der Autobahnen A5 und A661 bei Praunheim, Nordweststadt, Niederursel, Kalbach und Nieder-Eschbach der seit Jahren geforderte Lärmschutz endlich verwirklicht wird.

Wir treten dafür ein, dass die von der schwarz-gelben Landesregierung abgeschafften Tempobeschränkungen auf den Bundesautobahnen im Stadtgebiet wieder eingeführt werden, um so einen Beitrag zur Lärm- und Schadstoffreduzierung zu leisten.

Wir wollen ein neues Konzept der Park-&-Ride-Plätze in Zusammenarbeit mit der Region entwickeln.

Finanzierungsmöglichkeiten sichern – kein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung

Der von der Landesregierung betriebene Wegfall der Stellplatzablösesatzung erhöht den Autoverkehr in die Innenstadt. Er stellt nicht nur einen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung dar, sondern entzieht der Stadt auch wichtige Finanzmittel, die zur Finanzierung der Verkehrsinvestitionen unerlässlich sind. Wir werden deshalb alles daran setzen, diese Entscheidung rückgängig zu machen.

Der Öffentliche Nahverkehr ist Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge und muss im Besitz der Öffentlichen Hand verbleiben

Wir betrachten den Öffentlichen Nahverkehr als Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Eine Privatisierung der Leistungen und der Infrastruktur lehnen wir deshalb ab. Wie Beispiele aus anderen Städten zeigen, hat der von einem breiten Bündnis unter maßgeblicher Beteiligung der Frankfurter SPD getragene Widerstand gegen das Cross-Border-Leasing der Frankfurter U-Bahntunnel dem Steuerzahler millionenteure Verluste erspart. Der Betrieb und das Schiennetz der Frankfurter U-Bahn und Straßenbahn müssen deshalb auch künftig in der Hand des städtischen Verkehrsbetriebes verbleiben. Den Betrieb der von Schwarz-Grün privatisierten Frankfurter Buslinien wollen wir schrittweise rekommunalisieren.

X. Mit Energie für ein ökologisches Frankfurt

Der Schutz der Umwelt und ein zukunftsfähiger Umgang mit Energie sind zwei der zentralen Themen, bei denen sich die Frankfurter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Vergangenheit besonders eingesetzt haben und einsetzen.

Wir wollen, dass sich alle Bevölkerungsschichten in Frankfurt wohl fühlen können. Dazu gehört, dass sie eine städtische Umwelt vorfinden, die niemanden krank macht. Auf alle diese Bereiche hat städtische Umweltpolitik Einfluss. Diesen Einfluss wollen wir nutzen. Wir wollen Frankfurt zukunftsfähig machen, d. h. wir wollen weniger Energieverbrauch, mehr Energien aus regenerativen Quellen, weniger Schadstoffe, weniger Lärm, weniger Abfall, mehr und schönere Parks, insgesamt ein attraktiveres städtisches Leben.

Mit den umweltpolitischen Leitlinien, der „Lokalen Energie Initiative Frankfurt (LEIF)“ und dem Klimaschutzstadtplan sind gute Ansätze vorhanden, die jetzt mit Leben erfüllt werden müssen, um auch in Zukunft die Umwelt lebenswert zu erhalten.

Energieverbrauch in Frankfurt bis 2030 halbieren

Angesichts der Endlichkeit fossiler Ressourcen und der drohenden Klimaveränderungen sehen wir im Einsatz erneuerbarer Energien die einzige zukunftsfähige Energiepolitik. Wir unterstützen im Gegensatz zur schwarz-grün-gelben Römer-Mehrheit auch die Forderung zum Ausstieg aus der Kernenergie und wollen verhindern, dass Energiekonzerne weiter Kohlekraftwerke bauen. Wir wollen daher auf Grundlage der Konzeption „Neue Energie für Frankfurt“ ein ganzheitliches, kommunales Konzept für erneuerbare Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz erstellen. Es ist unser Ziel, den Energieverbrauch in Frankfurt bis 2030 zu halbieren und ca. 80 Prozent des verbleibenden Verbrauchs aus erneuerbaren Energien zu decken. Diese Art von Energiepolitik ist praktizierte Mittelstandspolitik. Eine regionale Versorgung mit Energie aus erneuerbaren Energiequellen vermeidet auch den bisher gewohnten Abfluss gigantischer Summen für den Kauf fossiler Energien ins Ausland oder an multinationale Konzerne und hält Kaufkraft in der Region.

Konkret stehen wir in der Energie- und Klimapolitik für:

- den vermehrten Einsatz regenerativer Energien in den städtischen Liegen-

- schaften, in den Liegenschaften der Eigenbetriebe und städtischen Gesellschaften, in Schulen, Kindertagesstätten und sonstigen städtischen Einrichtungen. Dies erreichen wir durch „Energie-Audits“ bei denen der Energieverbrauch betrachtet und Vorschläge zur Verbesserung gemacht werden;
- die Verstärkung der erfolgreichen städtischen Aufklärungs- und Beratungskampagnen zum Einsatz regenerativer Energien und von Regenwasser in privaten Haushalten;
- die Bauleitplanung wollen wir nutzen, um den Einsatz erneuerbarer Energien im privaten Bereich deutlich zu verstärken, z. B. mit einem Solardachkataster und der vorgeschriebenen Nutzung von Solarenergie;
- den effizienten Einsatz der Energie, dies bedeutet z. B. die energiesparende Sanierung städtischer und im Eigentum städtischer Gesellschaften befindlicher Gebäude und Wohnungen nach den neuesten Erkenntnissen.
- Hinführung privater Haushalte zum effizienten Umgang mit Energie;
- Wärmedämmung bei Altbauten, Fenster- und Heizungssanierung;
- einen Frankfurter Mietspiegel, der zukünftig auch den Energieverbrauch der Wohnungen berücksichtigt;
- den Ausbau der Fernwärmeversorgung durch dezentrale Energieeinspeisung mit Kraft-Wärme-Kopplung und einen Verbund der Fernwärmenetze;
- den Bau weiterer Biomasse-Heizkraftwerke. Wir setzen uns dafür ein, dass bei Neubau und Umrüstung in möglichst vielen städtischen Gebäuden Biomasse-Heizungen eingesetzt werden. Private Haushalte und Gewerbebetriebe sollen über diese interessanten, heimischen Energiequellen informiert werden;
- die Erzeugung von Biogas aus Klärschlamm und anderen vergärbaren Abfällen und das Einspeisen dieser Biogase ins Erdgasnetz;
- die stärkere Nutzung der Fließgewässer zur Energiegewinnung, z. B. durch Pontonkraftwerke im Main und die Optimierung der Energiegewinnung an der Staustufe Griesheim;
- die Aufstellung von Windkraftanlagen in Frankfurt, dort wo es mit Rücksicht auf das Stadtbild vertretbar ist, z. B. auf dem Berger Hang, neben dem Maintaunus Zentrum und entlang von Autobahnen;
- Verkehrsmittel auf Basis erneuerbarer Energien, z. B. Elektroroller und -autos, deren Strom aus erneuerbaren Quellen stammt;
- die Einführung eines, von der Stadt Frankfurt finanzierten, Umwelttickets für den ÖPNV;
- die Weiterentwicklung des Energiereferats zur kommunalen Energieagentur, die aktiv sinnvolle Energienutzung steuert;
- den Aufbau eines Brauchwassernetzes.

Wir werden zusätzliche Fördermittel sowie günstige Darlehen zur Finanzierung energiesparender Maßnahmen bereitstellen. Die Möglichkeit, energiesparende Maßnahmen mittels Contractingverträgen umzusetzen, wird verbessert. Die städtische Tochterfirma Mainova soll dazu interessante Angebote entwickeln und diese offensiv bekannt machen.

Wir wollen, dass Sonnenenergie verstärkt genutzt wird. Die Investitionen können allerdings nicht nur durch die öffentliche Hand finanziert werden. Daher wollen wir, dass Bürgerinnen und Bürger selbst investieren können und nehmen uns vor, Flächen auf öffentlichen Dächern für Bürgersolaranlagen zur Verfügung zu stellen. Im Jahr 2011 wollen wir mit zunächst 10.000 Quadratmetern beginnen.

Wir werden die Lärmemissionen von Laubbläsern in Wohnbereichen einschränken und bei der Ausschreibung von öffentlichen Aufträgen deren Einsatz beschränken. Der unerträgliche Lärm muss eingedämmt werden und der Einsatz – wenn überhaupt nötig – auf Bürgersteige und Straßen beschränkt werden. Die Belastung durch Lärm, Feinstaub und andere Luftschadstoffe hat in weiten Teilen des Frankfurter Stadtgebietes in den letzten Jahren derart zugenommen, dass auch gesundheitliche Probleme der Bevölkerung darauf zurückzuführen sind. Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, treten wir für eine zügige Erstellung bzw. Fortschreibung der Lärminderungspläne sowie ein Konzept zur Senkung der Luftschadstoffe einschließlich Feinstaubminderung und deren schnelle Umsetzung in den Stadtteilen ein. Wir werden für eine ausreichende finanzielle Ausstattung dieses Programms sorgen. Wir stehen zur Umweltzone und wollen ihre Ausweitung auf die westlichen Stadtteile.

Wir möchten eine Reduzierung des Autoverkehrs durch mehr Attraktivität von Bahnen und Bussen. Wir setzen uns für die Ausweitung von verkehrsberuhigten Zonen und die Erweiterung von Fußgängerzonen in der Innenstadt ein. Die Schließung der Hauptwache für den Durchgangsverkehr hat gezeigt, was möglich ist.

Die Frankfurter SPD setzt sich gemeinsam mit der SPD im Hessischen Landtag weiterhin für ein striktes Nachtflugverbot von 23.00 bis 5.00 Uhr ein sowie für die Einhaltung der Mediationsauflagen wie Lärmschutz und Anti-Lärm-Paket.

Wir stehen zum Erhalt und Ausbau des Frankfurter Grüngürtels als Ort der Erholung, des Naturerlebens und als Kaltluftentstehungsgebiet für die Frischluftversorgung der ganzen Stadt. Mit uns wird es keine Aufweichung des Grüngürtels geben. Der Stadtwald ist für die Lebensqualität der Bevölkerung in vielfacher Hinsicht unersetzlich und darf nicht weiter verkleinert werden. Wir bekennen uns zur „Wallservitut“, die den inneren Anlagenring der Stadt schützt und auf

die Frankfurts Bürgerinnen und Bürger mit Recht stolz sind. Eine Bebauung dieses inneren Anlagenrings kommt für uns auch in Ausnahmefällen nicht in Frage.

Parks, Grünflächen sowie Kleingärten, Kleingartenanlagen und auch Kleintierzuchtanlagen sind Orte der Freizeit und Treffpunkte für Tausende von Frankfurterinnen und Frankfurtern. Die Arbeit in Kleingärten- und Kleintierzucht hat einen großen Anteil am aktiven Natur- und Artenschutz in unserer Stadt. Deshalb fordern wir die Erschließung sämtlicher privater und städtischer Kleingartenanlagen, sofern die Pächterinnen und Pächter dies wollen. Zur Erschließung gehört für uns nicht nur der Anschluss an das Gas-, Strom- und Wassernetz, sondern auch die Abfallentsorgung. Wir sind für die Wiedereinführung des Wettbewerbs „Frankfurt in Blumen“ ab 2012, um die Kreativität der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner zu würdigen.

XI. Sicher Leben in Frankfurt

Freiheit ist einer der Grundwerte der SPD, die Wahrung des sensiblen Gleichgewichts zwischen Freiheit und Sicherheit ist Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch in der kommunalen Politik ein wichtiges Anliegen. Wir wollen eine Stadtgesellschaft, in der alle ihren Platz zur freien Entfaltung finden und gleichzeitig gemeinsam Regeln eingehalten werden, die allen größtmögliche Sicherheit und Rechtsgewissheit bieten.

Die Plätze und Flächen dieser Stadt müssen von den Bürgerinnen und Bürgern frequentiert werden können. Eine zunehmende Abschottung durch Abspernung und Vorhaltung für kommerzielle Zwecke werden wir nicht akzeptieren. Die Nutzung des Stadtraums durch die Allgemeinheit und sein freier Zugang haben Vorrang vor kommerziellen Interessen. Mit der Tourismus + Congress GmbH werden wir kritisch überprüfen, welche und wie viele private Veranstaltungen speziell auf den beliebtesten Frankfurter Plätzen zugelassen werden sollen.

Der öffentliche Raum gehört allen. Wer sich nicht an Regeln hält und andere schädigt, muss von den Ordnungskräften in die Schranken gewiesen werden. Ansonsten ist es Teil Frankfurts großstädtischer Toleranz, dass hier auch Menschen ihren Platz finden, die nicht zum Mainstream gehören. Das friedliche Nebeneinander verschiedener Lebensweisen, Überzeugungen und Kulturen gehört zu Frankfurts kostbarsten Traditionen. Wenn es um seine Verteidigung gegen politischen oder religiösen Extremismus geht, haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stets in der ersten Reihe gestanden und werden dies auch weiterhin tun.

Ein wichtiger Faktor für Sicherheit und Sicherheitsgefühl ist die Gestaltung der Stadtplanung. So wollen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entsprechend gestaltete Bahnhöfe und Haltestellen für mehr Sicherheit im ÖPNV. Zugbegleiterinnen und Zugbegleiter am Abend und – wo nötig – auch tagsüber sind hierzu ein geeignetes Mittel. Platz für Kommunikation führt zu einer erhöhten Aufmerksamkeit, die Belebung der Innenstadt und der Stadtteile muss konsequenter betrieben werden. Mit Leitlinien für die Gestaltung von Neubaugebieten und die Veränderung bestehender Quartiere wollen wir überschaubare und gut beleuchtete Wege sowie eine Umgebung ohne „Angsträume“ erreichen. Gerade im Wohnumfeld trägt eine durchdachte Planung z. B. mit genügend Spiel- und Bolzplätzen oder Begegnungsräumen für alle Altersgruppen zur Aggressionsminderung bei und wirkt dadurch präventiv.

Wir wollen keinen Überwachungsstaat. Eine flächendeckende Überwachung der öffentlichen Plätze lehnen wir ab. Nach Auffassung der Frankfurter SPD muss Videoüberwachung deshalb mit Bedacht eingesetzt werden, denn nachweislich hilft sie ohne ein komplettes Sicherheitskonzept zwar gegen gewisse Formen der Sachbeschädigung und des Vandalismus, jedoch nicht gegen Gewalttaten und Überfälle. Entgegen der Darstellung der CDU ist Videoüberwachung kein Allheilmittel gegen Gewalt im öffentlichen Raum. Daher werden wir für Kriminalitätsschwerpunkte ein umfassendes Sicherheitskonzept (inklusive Polizeistreifen, sozialer Betreuung wie Streetwork und stadtplanerischer Überlegungen) etablieren, bei dem Videoüberwachung – falls sie eingesetzt wird – nur ein nachgeordneter Punkt sein kann.

Sicherheit ist eine Aufgabe für Profis – wir wehren uns gegen zunehmende Privatisierungstendenzen, an deren Ende es vom Geldbeutel abhängt, welches Maß an Sicherheit man erwarten darf. Wir wollen Sicherheit für alle, garantiert durch gut ausgebildete und gut bezahlte Ordnungskräfte. In Frankfurt brauchen wir eine starke, gut ausgestattete Polizei. Sie ist Partner in allen Sicherheitsbelangen der Stadt und muss, um effektiv arbeiten zu können, über genügend Personal verfügen. Dabei legen wir großen Wert darauf, dass der Anteil von Polizeikräften mit Migrationshintergrund weiter erhöht wird. Das Land Hessen muss den besonderen Bedarf der Metropole Frankfurt bei der Zuteilung von Polizeistellen noch mehr berücksichtigen. Es dürfen nicht nur zentrale Punkte wie Flughafen, Hauptbahnhof oder Bahnhofsviertel im Blick stehen, sondern es muss auch auf die Entwicklung der Sicherheit in den Stadtteilen geachtet werden. Wir wollen wieder eine Stadtteilpolizei, die ihre Quartiere kennt und in die örtlichen Netzwerke eingebunden ist. Sie soll in dezentralen Revieren als Ansprechpartnerinnen und -partner für Bürgerinnen und Bürger sowie örtliche Institutionen fungieren. Über soziale Kontakte und Vernetzung kann die Stadtteilpolizei die lokale Präventionsarbeit vorantreiben und sich entwickelnde Problemschwerpunkte frühzeitig erkennen. So würden Fehlentwicklungen schon in frühen Stadien bemerkt und könnten durch die Zusammenarbeit aller betroffenen Behörden und Institutionen korrigiert werden. Das wäre nicht nur sozial, sondern auch materiell effektiver als nachträgliche, teure „Reparaturmaßnahmen“.

Auch private Sicherheitsdienste können für einige Aufgaben wie den Schutz und die Kontrolle privater bzw. Firmen-Räume, Eingangskontrollen oder Objektschutz sinnvoll eingesetzt werden. Sie können jedoch niemals die Polizei ersetzen. Ebenso sieht es mit ehrenamtlichem Engagement aus: Es ist vorbildlich, wenn Bürgerinnen und Bürger sich in ihrer Freizeit um Sauberkeit und Sicherheit in den Stadtteilen kümmern wollen. Sie als statistischen Polizei-Ersatz zu miss-

brauchen, um über einen von der derzeitigen Landesregierung zu verantwortenden Mangel an Polizeikräften hinwegzutäuschen, wird ihrem Idealismus und Engagement nicht gerecht. Daher lehnen wir weiterhin den Einsatz des „Freiwilligen Polizeidienstes“ ab.

Professionell ergänzt wird die Arbeit der Polizei von den städtischen Sicherheitskräften des Ordnungsamtes, die kürzlich in „Stadtpolizei“ umbenannt wurden. Den hohen fachlichen Standard und die gute Ausstattung des Frankfurter Ordnungsamtes hat die SPD mit begründet – wir wollen, dass sie erhalten bleiben. Die Trennung in die Bereiche Verkehr einerseits und Sicherheit & Ordnung andererseits, die erst kürzlich aufgrund politischer Unstimmigkeiten zwischen den beiden zuständigen Dezernenten erfolgte, werden wir hingegen rückgängig machen. Die städtischen Ordnungskräfte können dann wieder viel effektiver zusammenarbeiten und vieles auf dem „kurzen Dienstweg“ regeln, das jetzt dezernatsübergreifender Bemühungen bedarf. Die gute Ausbildung und personelle Verbesserung der städtischen Sicherheitskräfte wird die Sozialdemokratie wie in der Vergangenheit auch weiterhin fördern. Ihren Einsatz wollen wir jedoch von überwiegender Präsenz im Innenstadtbereich auch in die Stadtteile und Grünflächen ausweiten. Streifen der städtischen Ordnungskräfte erhöhen ebenso wie die der Landespolizei das Sicherheitsgefühl der Frankfurter Bevölkerung und gehören zu den effektivsten Instrumenten bei der Verbrechensprävention.

Die Frankfurter Feuerwehr ist aufgrund ihrer guten Qualifikation und Ausstattung international bekannt und geschätzt. Sie ist ein wichtiger Faktor für die Sicherheit Frankfurter Bürgerinnen und Bürger. Die Frankfurter SPD wird sicherstellen, dass die Feuerwehr ihren hohen Standard sowie die enge Zusammenarbeit mit den ehrenamtlich Tätigen auch weiterhin erhalten kann. Der mit dem „Taktischen Feuerwehrkonzept 2020“ und den Staffelstandorten vorgezeichnete Weg wird von uns weiterhin unterstützt, ebenso der Ausbau des Zentrums für Brandschutz, Katastrophenschutz und Rettungsdienst (BKRZ).

Die Sicherheit in unserer Stadt wird auch von zahlreichen Ehrenamtlichen gewährleistet. Die freiwillige Feuerwehr, die Rettungsdienste und die Katastrophenschützer leisten viel für das Sicherheitssystem. Die Förderung des ehrenamtlichen Engagements ist nötig – kostenfreie Fahrt im ÖPNV für aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Organisationen in Dienstkleidung böte neben der fassbaren Anerkennung ihrer Leistung auch eine Steigerung der Sicherheit im ÖPNV. Damit den Ehrenamtlichen nicht der Nachwuchs ausgeht, muss die Stadt mehr tun. So brauchen z. B. die Minifeuerwehren einen Etat, der ihrem Bedarf entspricht. Notwendig ist auch die effektive Integration der Jugendfeuerwehr in

das Angebot der Frankfurter Schulen. Hierzu muss zusätzliches Personal, beispielsweise durch ein Freiwilligenjahr, bereit gestellt werden.

Die Justizbehörden in Frankfurt müssen mit ausreichenden Personal- und Sachmitteln ausgestattet werden, um ihren Aufgaben nachkommen zu können – eine weitere wichtige Forderung gegenüber dem Land Hessen, die eine sozialdemokratische Stadtregierung nachdrücklich vertreten würde. Eine schnelle Reaktion der Gesellschaft auf jede Form der Gewalt ist dringend erforderlich. Sowohl bei Täterinnen und Tätern als auch bei Opfern ist die unmittelbare Reaktion der Gesellschaft von besonderer Bedeutung für die weitere persönliche Entwicklung. Trotzdem leisten wir es uns, dass zwischen der Tat und der Verhandlung vor dem Jugendgericht noch immer lange Zeiträume vergehen. Stattdessen müsste auf die Feststellung der Täterinnen und Täter sofort die Verhandlung folgen, damit ein pädagogischer Effekt möglich wird. Der mit dem Projekt „Haus des Jugendrechts“ in Höchst beginnende Modellversuch, der eine bessere Vernetzung zwischen den für Jugendliche und junge Erwachsene zuständigen Polizei-, Justiz- und sozialpädagogischen Kräften bringen könnte, wird von Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten unterstützt. Dabei ist das Konzept, nach dem das Haus des Jugendrechts arbeiten soll, von entscheidender Bedeutung. Es braucht eine angemessene personelle Ausstattung, gute Vernetzung zur Jugendhilfe und klare Strukturen, die keine Vermischung zwischen Strafverfolgung und pädagogischer Hilfe fördern – dann findet es die Unterstützung der Frankfurter SPD.

Jungen Menschen sollte nach einer Straftat einerseits möglichst zeitnah das Falsche ihres Handelns vermittelt werden und deutlich gemacht werden, dass soziales Fehlverhalten unmittelbare Konsequenzen hat. Andererseits sollten sie aber auch Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner finden, die ihnen Handlungsalternativen aufzeigen. Dazu müssen wir die bestehenden, guten Angebote für die Ableistung von Sozialstunden, gewalttherapeutischen Maßnahmen und effektiven sozialpädagogischen Betreuungsangebote erhalten und ausbauen. Ihre bessere Vernetzung und die Koordination einer engen Zusammenarbeit mit Schulgemeinden, Jugendeinrichtungen und Eltern/Familien, sollen nach Auffassung der SPD durch eine zentrale Frankfurter Präventionskoordination der Jugendhilfe erfolgen. Diese könnte alle bestehenden Angebote sammeln, evaluieren, Fort- und Weiterbildungen organisieren sowie Vermittlungsarbeit leisten. Betroffene Pädagogen, Angehörige oder Jugendliche selbst könnten sich ebenso an diese Stelle wenden wie Personal aus Behörden und Jugendhilfeeinrichtungen.

Die Gewaltprävention bleibt einer unserer Schwerpunkte. Wir schätzen die Arbeit des Frankfurter Präventionsrates und der Regionalräte. Wir fordern die

weitere Einbettung von Gewaltprävention in die pädagogischen Konzepte von Kinder- und Jugendeinrichtungen. Präventionsprojekte in Schulen müssen ausgebaut werden. Das Bewusstsein, wo Gewalt beginnt und wie dagegen vorzugehen ist, muss schon früh geweckt werden. Nachrichten über zunehmendes Mobbing bereits in Grundschulen und schlimme Auswirkungen von psychischer und physischer Gewalt unter Kindern und Jugendlichen sind inzwischen fast an der Tagesordnung. Präventionsprojekte in Kindergärten und Schulen helfen, Problembewusstsein zu erzeugen und Betroffene zu stärken. Um gesund an Körper und Geist aufwachsen zu können, benötigen Kinder unseren besonderen Schutz. Aus diesem Grunde werden wir auch weiterhin dafür sorgen, dass bei den Ämtern, die sich mit der Kindeswohlgefährdung beschäftigen, genügend geschultes Personal vorhanden ist. Bei den Erwachsenen wollen wir zum Gewaltschutz neben dem Erhalt und der Unterstützung von Hilfsangeboten für Gewaltopfer auch die Therapien bzw. Hilfen für Täter (Männerberatung) ausbauen.

Ein Ankerpunkt unseres Sicherheitsbegriffs ist die Erkenntnis, dass Sicherheit auch mit Chancengleichheit zu tun hat. Ohne soziale Sicherheit lässt sich kein friedliches Miteinander organisieren. Menschen ohne Entwicklungschancen sind gefährdet. Wer in Kindheit und Jugend keine stabilen sozialen Bindungen aufbauen konnte, hat weniger Möglichkeiten, verantwortungsbewusstes Handeln und Empathie zu entwickeln. Diese Grundlagen des menschlichen Miteinanders zu lernen, wird mit zunehmendem Alter immer schwieriger. Deshalb brauchen wir eine Stadtgesellschaft, die die Entwicklung des Individuums schon im Kindes- und Jugendalter begleitet und – wo erforderlich – korrigierend eingreift bzw. präventive Erziehungs- und Hilfsangebote in die Familien bringt. Niemand darf zurückgelassen, niemand darf leichtfertig für verloren erklärt werden! Der sozialdemokratische Sicherheitsbegriff ist ein ganzheitlicher: Sicherheit muss stets auch soziale Sicherheit bedeuten – gerade in der Großstadt gibt es keine Sicherheit ohne stabile soziale Strukturen.

XII. Politik für Generationen

1. Grundsätze

Gerade im Umgang mit der älteren Generation kommen die Frankfurter Werte besonders zum Tragen.

- Wir wollen, dass auch ältere Menschen die Freiheit behalten, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten.
- Wir wollen, dass alle die gleichen Möglichkeiten zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben haben, unabhängig von der Art und Höhe ihrer Alterseinkünfte
- Und wir wollen, dass der Zusammenhalt der Generationen in Frankfurt gestärkt wird.

Wir wollen, dass das Bild einer sich deutlich verändernden älteren Generation zur Kenntnis genommen wird. Unsere Gesellschaft hatte sich daran gewöhnt, ältere und alte Menschen als eine Gruppe zu sehen, für die man früher oder später zu sorgen hat. Mit dem Begriff Ruhestand wurde der Austritt aus dem Erwerbsleben bezeichnet; dieses bedeutete eine Änderung der sozialen Position. Die Sicherung des Lebensunterhalts durch Erwerbsarbeit wurde überführt in die Phase der substituierenden Zahlungen aus Versicherungssystemen. In den Köpfen vieler ist damit der Verlust von Selbständigkeit verbunden. Die Mehrzahl der älteren Menschen hat bei Erreichen des Renteneintrittsalters jedoch eine lange Lebensphase vor sich, in der sie relativ frei von gravierenden körperlichen Beschwerden und im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte ihr Leben gestalten können.

Dieses Potenzial der Älteren will und muss genutzt werden. Auch ältere Menschen müssen die Möglichkeit haben, durch politische Mitwirkung sowie durch bürgerschaftliches Engagement konstruktiv an der Gestaltung des Lebens in der Gemeinschaft und an der Förderung ihres „Wohlstandes“ mitzuwirken.

Wir wollen eine konsequente Einbindung älterer Bürgerinnen und Bürger in die politische Arbeit auf allen Ebenen. Es müssen Strukturen geschaffen werden, die der Beteiligungsmöglichkeit älterer Menschen Rechnung tragen. Modelle der Einmischung können zwar von einzelnen Personen und Gruppen entwickelt werden; zur Umsetzung ist jedoch die Kraft einer Institution nötig. Mehr Bürgerbeteiligung in der Zukunft bedeutet also, die Selbstorganisation, das Selbsthilfepotenzial und das bürgerschaftliche Engagement von amtlicher und politischer Seite stärker zu würdigen und die notwendigen Rahmenbedingungen (Räume, Ausstattung, Mittel, Vernetzung von Gruppen untereinander) zu verbessern.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Jung und Alt in Solidarität miteinander leben. Dabei ist uns bewusst, dass den Älteren auf Grund ihrer Erfahrungen eine besondere Verantwortung zukommt. Wir wissen, dass nur eine generationenbewusste Gesellschaft eine dynamische und wachstumsstarke Gesellschaft sein kann. Die Politik muss es jungen Männern und Frauen leichter machen, ihre Kinderwünsche zu erfüllen, ohne dabei ihre beruflichen Perspektiven zu gefährden oder aufzugeben. Aber auch andere Lebensentscheidungen sind zu respektieren. All diese Ziele werden nur zu erreichen sein, wenn die besonderen Fähigkeiten und Erfahrungen der Älteren und ihre Bereitschaft zu ehrenamtlicher Arbeit berücksichtigt werden.

Zurzeit wird der so genannte „demografische Wandel“ breit diskutiert. Auslöser ist die Tatsache, dass dank gesellschaftlicher Fortschritte und wachsenden Wohlstandes immer mehr Menschen immer älter werden. Es ist richtig und wichtig, durch eine partizipative Altersplanung dafür zu sorgen, dass die älteren und immer länger aktiven Menschen sich an der Gestaltung ihres Lebens beteiligen können.

Wir wollen eine zeitnahe und adäquate Reaktion auf die demografische Entwicklung, die seit langem durch Statistiken und Hochrechnungen belegt ist. Nicht die großen sozialen Sicherungsprobleme drängen auf kurzfristige Lösung, sondern die Gestaltung der Lebensumstände in den Städten. Barrierefreiheit, kurze Wege, Sicherung der notwendigen Mobilität, all das erfordert einen Umbau unserer Stadt. Dabei ist auch die individuelle finanzielle Situation zu berücksichtigen.

2. Konkrete Schritte

Bürgerbeteiligung und Mobilität

- Wir werden die Beteiligung Älterer am gesellschaftlichen Leben unterstützen, z. B. durch Benennung kompetenter Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in der Stadtverwaltung, durch Vernetzung bestehender Initiativen und bessere Bereitstellung von Informationen.
- Wir streben die Veränderung der Rechtsstellung und damit einer Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten des Seniorenbeirats durch eine neue Satzung und eine Direktwahl seiner Mitglieder an.
- Wir werden Menschen mit Migrationshintergrund bei der Übernahme ehrenamtlicher rechtlicher Betreuungen für ihre Landsleute durch Information und Fortbildungsprogramme verstärkt unterstützen.
- Wir fördern die Einbeziehung der Kompetenz und Erfahrung der Seniorinnen und Senioren durch ihre verstärkte Einbeziehung in die alltagspraktischer

Umsetzung von Verbesserungen. Wir wollen dadurch die Wertschätzung alter Menschen erhöhen.

- Wir brauchen in einer älter werdenden Gesellschaft auch ein „Einüben des Alterns“, als neue Sinnphase nach der Erwerbsarbeit. Deshalb werden wir Möglichkeiten zur Selbstfindung (z. B. in Form einer „Akademie des Alterns“) unterstützen.
- Wir wollen, dass lebenslanges Lernen auch für Seniorinnen und Senioren möglich ist, z. B. Universität des 3. Lebensalters.

Wohnen

Wir wollen, dass möglichst viele Menschen auch im Alter in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Deshalb streben wir bei Sanierungen im Bestand der städtischen Wohnungsholding verstärkt altengerechte Lösungen oder andere Hilfen an:

- Wir werden die Wohnungsbaugesellschaften, bei denen die Stadt beteiligt ist, veranlassen, bei einem freiwilligen Wohnungswechsel von einer größeren in eine kleinere Wohnung bei der Berechnung der Wohnungsmiete von dem alten Quadratmeterpreis auszugehen, der für die aufgegebenen Wohnung maßgeblich war.
- Wir wollen, dass bei der Planung und Verwirklichung altersgerechter Einrichtungen die Zusammenarbeit der betroffenen Dezernate verbessert wird. Dabei sollen ältere Menschen – als Expertinnen und Experten in eigener Sache und der partizipativen Altersplanung entsprechend – verbindlich beratend einbezogen werden.
- Wir wollen die Weiterentwicklung der Altenwohnanlagen zu unterschiedlichen Formen des betreuten Wohnens (darunter Wohnangebote für Personen mit Migrationshintergrund, systematische Unterstützung von Initiativgruppen des Netzwerkes für gemeinschaftliches Wohnen, ambulant betreute Wohngemeinschaften). Wir setzen auf den Ausbau von dezentralen stationären Hausgemeinschaften für Menschen, die Betreuung brauchen, und zwar nicht nur für Menschen mit Demenzerkrankung.

3. Pflege

- Wir wollen auch im Pflegefall möglichst Beratung und Hilfevermittlung „aus einer Hand“. Deshalb streben wir den Ausbau der vielen unterschiedlichen Beratungs- und Vermittlungsstellen zu „Pflegestützpunkten mit integrierter Pflegeberatung“ mit kooperativer Einbeziehung der bestehenden Angebote an.

- Wir wollen, dass auch im Krankheits- und Pflegefall die Betroffenen weiterhin ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen können. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass in jedem Einzelfall, auch bei der Überleitung aus dem Krankenhaus, eine auf den Einzelfall abgestimmte Beratung („Fallmanagement“) erfolgt.
- Wir wollen den Einstieg in ein dichtes Netz der Altersmedizin durch stationäre und teilstationäre geriatrische Versorgungsangebote, die den örtlichen Kliniken und Pflegeeinrichtungen angegliedert sind.

XIII. Gerechtigkeit im Verhältnis der Geschlechter

Geschlechtergerechtigkeit ist erst dann verwirklicht, wenn Frauen und Männer tatsächlich gleiche Chancen und Teilhabe in allen Lebensbereichen erleben. Auch in der Frankfurter Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Gesellschaft gibt es noch erheblichen Handlungsbedarf bei der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Unser Ziel ist ein Frankfurt, in dem alle Mädchen und Jungen, alle Frauen und Männer auf Grundlage der Menschenrechte selbstbestimmt leben können. Bei allen Entscheidungen in Politik und Verwaltung wollen wir dafür sorgen, dass Auswirkungen auf die Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt und Rahmenbedingungen, die Frauen oder Männer benachteiligen, abgebaut werden.

- Die Frankfurter SPD setzt sich für die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie durch ortsnahe und an den zeitlichen Bedürfnissen orientierten Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten ein sowie für Beratung und Unterstützung von Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zur Schaffung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen.
- Wir werden Initiativen unterstützen, die Männern vermehrt Zugang zu Teilzeitjobs und Elternzeit ermöglicht.
- Wir wollen die Zusammenarbeit mit Unternehmen, die eine vorbildliche Frauenförderung praktizieren, verstärken. Die Aufsichtsräte der städtischen Gesellschaften und Betriebe sollen zukünftig zur Hälfte mit Frauen besetzt werden. In den stadteigenen Unternehmen fordern wir eine paritätische Stellenbesetzung auf Leitungsebene.
- Wir setzen uns für die erfolgreiche Arbeit von Frauenprojekten ein, die zum Ziel haben, Zugangsbarrieren von Frauen, vor allem von Migrantinnen, in den Arbeitsmarkt abzubauen und den Einstieg zu erleichtern.
- Die Frankfurter SPD steht für die Ächtung von Gewalt gegen Frauen und Kinder – im häuslichen und öffentlichen Bereich. Häusliche Gewalt muss bereits an Schulen und in Kinder- und Jugendeinrichtungen thematisiert werden.
- Darüber hinaus setzen wir uns für den Erhalt und die Weiterentwicklung bestehender Hilfsangebote ein. Die Finanzierung von Frauenhäusern für Frauen und Kinder sowie von Frauenberatungsstellen muss verlässlich sichergestellt sein. Bei diesen Maßnahmen ist auf Angebote, speziell ausgerichtet auf Migrantinnen, zu achten.

- Wir setzen uns weiter für den Kampf gegen Frauenhandel und Zwangsprostitution ein. Hilfen für die Opfer müssen erhalten und verbessert werden.
- Wir wollen eine Stärkung der Wahrnehmung kultureller Angebote von Frauen und für Frauen.
- In der Gesundheitsberatung fordern wir die betroffenen Ämter auf, die geschlechterspezifisch unterschiedlichen Anforderungen in Behandlung und Medikation konsequent zu berücksichtigen.

Familiengerechtes Bauen und Wohnen

Wohnungsbauplanung muss sich an Familienaufgaben wie Kinderbetreuung, Pflege und Hausarbeit orientieren. Frauen sind oft noch stark an den häuslichen Bereich gebunden. Sie müssen Familien- und Erwerbsarbeit miteinander vereinbaren. Dadurch unterliegen sie eher der Gefahr der Isolation, da sie wegen der Mehrfachbelastung weniger Zeit für außerfamiliäre Kontakte haben. Wesentliche Ziele eines geschlechtergerechten Wohnbaus müssen die Erleichterung von Haus- und Familienarbeit, die Förderung nachbarschaftlicher Kontakte und ein Wohnumfeld sein, in dem sich Frauen wohl fühlen und auch abends sicher unterwegs sein können.

Frauengerechte Verkehrspolitik

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist für viele Menschen eine wesentliche Voraussetzung, um tägliche Wege zu erledigen. Viele Frauen, viele junge und ältere Menschen können sich aufgrund ihrer Einkommenssituation keinen eigenen PKW leisten oder wollen dies nicht. Sie sind deshalb auf einen gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr ohne Angsträume angewiesen. Die Nutzerfreundlichkeit des ÖPNV hängt aber davon ab, wie sicher sich Menschen in Zügen, Haltestellen und Bahnhöfe fühlen. Sicherheit ist kein zusätzlicher Luxus, sondern unabdingbare Grundlage für einen nutzbaren ÖPNV.

Gender Mainstreaming

Gleichberechtigung sollte auf allen Ebenen gelten. Der Haushalt der Stadt soll nach Beschluss der Stadtverordnetenversammlung nach Gender-Gesichtspunkten ausgerichtet werden. Bisher finden sich aber nur vereinzelt Daten zum Genderaspekt. Außerdem kann es im Haushalt nicht bei der reinen Beschreibung von Ungleichheit bleiben. Es müssen Maßnahmen aufgezeigt und umgesetzt werden, die die Ungleichheit sukzessive verringern.

XIV. Schwule und Lesben in Frankfurt

Verschiedenheit

Es ist die Aufgabe moderner Gesellschaften, das Prinzip der Chancengerechtigkeit zu verwirklichen, d. h. Diskriminierungen und Ausgrenzungen aufgrund von Geschlecht, sexueller Identität, Alter, Lebensweise, ethnischer Herkunft, Weltanschauung usw. entgegenzuwirken. Die bestehenden gesetzlichen Grundlagen zur Gleichstellung sexueller Minderheiten reichen noch nicht aus. Wir werden die Spielräume, die die Stadt in diesem Feld hat, voll ausnutzen, um eine echte Gleichstellung zu erreichen.

Wirtschaft

Wir wollen daher kommunale Angebote fördern, die Lesben und Schwulen bei Diskriminierung am Arbeitsplatz beraten. Wir werden Anlaufstellen zur Erlangung beruflicher Selbständigkeit fördern und gleichzeitig lokale Wirtschaftsnetzwerke und die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Verbänden intensivieren. Nur der Austausch der Gruppen miteinander befruchtet die gemeinsame Arbeit – mit Toleranz und ohne Diskriminierung.

Bildung

Die Thematik der unterschiedlichen sexuellen Identitäten/Geschlechteridentitäten muss sich im Fächerkanon der unterschiedlichen Schulformen wiederfinden und darf nicht nur im Rahmen der AIDS- oder Gesundheitsaufklärung thematisiert werden. In allen Bildungseinrichtungen müssen qualifizierte und kompetente Vertrauenspersonen für Lernende und Lehrende zur Verfügung stehen, die bei Problemen und Fällen von Diskriminierung weiterhelfen können. Solange das Land sich seiner Verantwortung in dieser Frage nicht stellt, muss die Stadt diese Fragen aufgreifen und über die begleitende Schulsozialarbeit auffangen.

Die gewachsene Infrastruktur für Schwule und Lesben in Frankfurt wollen wir erhalten und stärken. Daher unterstützen wir das erste schwul-lesbische Jugendzentrum „Kuss41“ als professionelle Anlaufstelle für junge Menschen im sexuellen Selbstfindungsprozess. Unser Ziel ist ein umfassendes kommunales Angebot für Menschen jeden Alters, verschiedener Schichten und Kulturen.

Alter

Der demografische Wandel geht auch an der lesbisch-schwulen Gemeinschaft nicht vorbei. Lesben, Schwule, Transgender und Bisexuelle müssen auch

im Alter ihre sexuelle Identität in Würde leben können. Grundsätzliches Ziel bleibt, dass lesbische und schwule Seniorinnen und Senioren diskriminierungsfrei in allen Senioren- und Pflegeheimen leben, altern und sterben können. Die Ausbildung und Sensibilisierung des Pflegepersonals hinsichtlich sexueller Identität stellt ein Kernmoment dar. Wir wollen ein Miteinander der Generationen in der lesbisch-schwulen Community.

XV. Frankfurt in Bewegung

Frankfurt ist ein wichtiges Zentrum des deutschen Sports. Zentrale Einrichtungen wie der Deutsche Fußball-Bund, der Deutsche Turner-Bund und weitere Spitzenverbände haben hier ihren Sitz. Es bleibt ständige Aufgabe der Kommunalpolitik, diese Institutionen in Frankfurt zu halten. Dazu werden wir den Dialog mit diesen Institutionen pflegen und gute Rahmenbedingungen für die Verbände bereitstellen.

Der Sport verbindet alle Generationen, sozialen Schichten und Nationalitäten. 160.000 Bürgerinnen und Bürger sind Mitglied in einem der über 400 Frankfurter Sportvereine. Tausende Übungsleiterinnen und Übungsleiter arbeiten hoch engagiert. Eine noch größere Anzahl von Frankfurterinnen und Frankfurter treibt Sport außerhalb von Vereinen, vor allem beim Joggen, Walken, Radfahren oder Schwimmen.

Auch für diese steigende Zahl vereinsungebundener Sportlerinnen und Sportler will sich die Frankfurter SPD einsetzen und wird hier einen Schwerpunkt ihrer Sportpolitik setzen. Die Schaffung von Infrastruktur für diese Individualsportlerinnen, wie die großzügige Ausweisung von großflächigen Bewegungsräumen in Grünanlagen und die Anlage und Kennzeichnung von Jogging- und Walkingstrecken sind dabei wichtig.

Für alle Sporttreibenden ist die Frankfurter SPD ein verlässlicher Partner. Die Unterstützung und Förderung des Vereins- und Breitensports ist für uns eine wichtige Aufgabe. Gleichzeitig haben wir auch die Förderung von Nachwuchs und Talenten sowie den Leistungssport im Auge. Die Fußball-Bundesligavereine Eintracht Frankfurt und FSV, der vielfache deutsche Meister Frauen Fußball Club 1. FFC Frankfurt oder die Basketball Bundesligisten der Skyliners sind Markenzeichen der Sportstadt Frankfurt. Der Ironman Germany ist seit 2002 in Frankfurt zu einer faszinierenden Sportveranstaltung geworden, wie auch der Frankfurt Marathon oder der JP Morgan Corporate Challenge.

Die Leistungen des Sports anerkennen

Für die Frankfurter SPD sind Sportlerinnen und Sportler – innerhalb oder außerhalb des Vereins – Bündnispartnerinnen und -partner zum Erhalt der Lebensqualität und zur Stärkung des Zusammenhalts in unserer Stadt. Deshalb wollen wir die Vertreterinnen und Vertreter des Sports sehr viel stärker in die Stadtentwicklungspolitik einbeziehen.

Die Frankfurter SPD setzt sich für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Sportvereinen und den Schulen in der Stadt ein. Ein Schwerpunkt liegt dabei

auf der Unterstützung der Ganztagsangebote. Um Vereinen wie Schulen Hilfestellung zu geben, werden wir kommunale Koordinierungsangebote ermöglichen.

Unser Ziel ist, dass alle Kinder bis zum 3. Schuljahr das Schwimmen erlernen. Wir wollen, dass schon im Kindergarten mit dem Schwimmunterricht begonnen wird.

- Immer mehr Schulkinder sind bei der Einschulung übergewichtig. Wir wollen, dass Kinder schon frühzeitig in Kindertagesstätten Bewegungsangebote wahrnehmen können und dabei schon sehr früh Spaß am Sport entwickeln.
- Wir wollen das Gespräch und den Informationsaustausch zwischen Sportpolitik, Sportverwaltung, Sportwissenschaft und der – organisiert oder individuell – sporttreibenden Bevölkerung fördern. Wir werden deshalb das Frankfurter Sportforum ins Leben rufen, das jährlich diese Partner zusammen bringt.
- Wir wollen ein „Haus des Sports“, wo das städtische Sportamt, der Sportkreis Frankfurt und ggf. weitere Akteure des organisierten Sports unter einem Dach den Vereinen eine zentrale Anlaufstelle bieten. Die so genutzten Synergien werden wir in ein besseres Serviceangebot für Sportlerinnen und Sportler und Vereine fließen lassen.
- Wir wollen, dass der Anteil junger Menschen in Frankfurter Sportvereinen deutlich steigt. Wir werden deshalb schwerpunktmäßig Projekte fördern, mit denen vor allem Kinder und Jugendliche für den Sport gewonnen werden.
- Einen weiteren Schwerpunkt – auch in der finanziellen Förderung – werden wir beim Seniorensport setzen. Immer mehr Menschen wollen aktiv älter werden. Sie brauchen deshalb mehr speziell auf sie zugeschnittene Angebote, wie sie von vielen Vereinen bereits angeboten werden.
- Für uns ist die Anerkennung des Ehrenamtes keine Leerformel. Wir werden die Ehrenamtscard weiterentwickeln und attraktiver gestalten.
- Wir werden die Qualifizierungsoffensive für Übungsleiterinnen und Übungsleiter sowie Trainerinnen und Trainer unterstützen und an ihrer Weiterentwicklung mitarbeiten. Ein wichtiges Thema ist dabei die Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Betreuerinnen und Betreuer.
- Die bessere Unterstützung der Sportvereine bei der Aus- und Weiterbildung ihrer ehrenamtlich tätigen Vorstandsmitglieder und der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer in Organisations- und Verwaltungsfragen werden wir gewährleisten.
- Wir streben den weiteren Ausbau von Betriebssportangeboten bei der Stadtverwaltung und den Unternehmen mit kommunaler Beteiligung an. Hierbei soll ein Gesamtkonzept mit den Personalräten der Stadt Frankfurt erarbeitet

werden, wie die sportliche Betätigung der Beschäftigten gefördert werden kann. Wir wollen die Stadt Frankfurt als Arbeitgeberin zu einem Vorbild der Sportförderung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwickeln.

Sportstätten in Frankfurt

Für alle Frankfurterinnen und Frankfurter müssen wohnortnah attraktive Sportstätten in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Angebote und Einrichtungen des Sports für alle Bürgerinnen und Bürger barrierefrei zugänglich und bezahlbar sind. In der zunehmenden Konkurrenz zu privaten AnbieterInnen müssen den Bürgerinnen und Bürgern Vereisanlagen zur Verfügung stehen, in denen sie sich wohl fühlen können. Wir werden dort, wo Bedarf besteht, den Ausbau von Multisportanlagen verstärkt fördern.

Viele Sportvereine sind auf die Benutzung städtischer Turnhallen und Plätze angewiesen. Dabei stellt sich jedoch heraus, dass durch ungenügende Abstimmung und Kontrolle wertvolle Trainingszeiten nicht genutzt werden können. Wir werden ein effektives Sportstättenmanagement nach dem Vorbild und ggf. im Rahmen des Raummanagements der Saalbau GmbH einrichten.

Frankfurts Schwimmbäder sind unverzichtbar für die sportliche Betätigung und den Freizeitspaß aller Generationen. Ihre Erhaltung und Modernisierung sind wichtige Voraussetzungen für den Breitensport in Frankfurt. Wir stehen für den dauerhaften Bestand des Schwimmbadangebots und für nutzerfreundliche Eintrittspreise. Wir streben die Wiedereinführung von Jahreskarten für Schwimmbäder an.

- Die Frankfurter SPD wird die integrierte und aktuelle Sportanlagenplanung ständig fortschreiben. Der Sportentwicklungsplan wird unverzichtbarer Bestandteil der Stadtentwicklungsplanung sein und soziale und demografische Veränderungen in den einzelnen Stadtteilen berücksichtigen.
- Wir wollen mehr Kunstrasenplätze. Er ist immer im gleichen guten Zustand bespielbar und pflegeleicht.
- Verstärkt wollen wir Pausenhöfe für den Jugendsport zur Verfügung stellen.

Kinder- und Jugendsport – wichtig für die Zukunft

Wir möchten, dass die Zahl der jungen Menschen, die regelmäßig Sport treiben, erheblich zunimmt. Die gerade für Jugendliche mit den neuen Medien verbundene Faszination darf nicht zu Bewegungsmangel und Unlust an Sport führen. Auch die Zusatzbelastungen der Schülerinnen und Schüler durch Einführung des „Turbo-Abiturs“ G8 haben die Situation verschärft. Deshalb bedarf es neuer und moderner Ansätze bzw. Angebote im Jugendsport.

- Wir begrüßen die bestehenden vielfältigen Initiativen zum Kinder- und Jugendsport. Wir halten es jedoch für wichtig, diese Anstrengungen noch besser aufeinander abzustimmen und zielgerichtet zu bündeln. Wir werden die betreffenden Initiativen des Sportkreises Frankfurt fördern.
- Wir werden Projekte fördern, mit denen auch Jugendliche, die weder von Vereinen noch durch die herkömmliche Jugendarbeit erreicht werden, für den Sport gewonnen werden können. Wir werden Jugendeinrichtungen bei der Anschaffung von Sportgeräten unterstützen.
- Die Frankfurter SPD begrüßt die Aktionen „Mitternachtssport“ oder „Frauen Dance Nights“ und setzt sich für deren Erhalt und Ausbau wie auch für weitere vergleichbare Angebote ein. Niedrigschwellige Sportangebote müssen ausgeweitet werden.

Kindergarten- und Schulsport – je eher desto besser

Der Kindergarten- und Schulsport hat in der Frankfurter Sportlandschaft eine große Bedeutung. Nur durch Sport kann den Folgen des Bewegungsmangels bei jungen Menschen wie Übergewicht oder motorische Schwäche frühzeitig entgegengewirkt werden. Für viele Kinder und Jugendliche sind Kita und Schule die einzigen Orte der sportlichen Betätigung. Deshalb richtet die Frankfurter SPD auf diese Einrichtungen ihre besondere Aufmerksamkeit.

Der Ausbau der Offenen Ganztagschulen erfordert im Sport eine enge Abstimmung zwischen Schulen und Sportvereinen. Auftretende Zeit- und Nutzungskonflikte müssen frühzeitig aufgegriffen und entsprechende Hemmnisse abgebaut werden.

Integration und gesellschaftliche Teilhabe durch Sport

Sport spricht alle Sprachen. Kaum eine Freizeitbeschäftigung ist besser geeignet, soziale und ethnische Hindernisse abzubauen, als der Sport. Auf keinem anderen Feld ist die Integration so weit fortgeschritten wie hier.

- Wir wollen, dass die Vereinsangebote sich an alle Frankfurterinnen und Frankfurter gleichermaßen wenden. Dabei müssen sich die Angebote gezielt auch an junge Mädchen und Frauen richten.
- Auch Kindern und Jugendlichen aus Familien mit geringen Einkommen muss die Mitgliedschaft in einem Sportverein ermöglicht werden. Jungen Menschen unter 18 Jahren mit Frankfurt-Pass sollen einen ermäßigten Mitgliedsbeitrag zahlen. Dafür erhalten die Sportvereine einen Ausgleich.

Menschen mit Einschränkungen Sport ermöglichen und fördern

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen in besonderer Weise die Vereine fördern, die Menschen mit Behinderungen in ihr Vereinsleben integrieren und ihnen damit die Teilhabe am Gemeinschaftsleben ermöglichen. Sport ist auch ein herausragendes Instrument zur gesundheitlichen Rehabilitation und verdient deshalb unsere verstärkte Aufmerksamkeit.

XVI. Stabile Finanzen

Frankfurt ist vor allem ein guter Ort, um miteinander zu leben und gemeinsam die Zukunft zu gestalten. Finanzpolitik ist für uns deshalb Mittel zum Zweck, politisches Werkzeug für gute Bildungs-, Sozial-, Integrations-, Stadtentwicklungs-, Wohnungs-, Abgaben sind Voraussetzung für Infrastruktur und Versorgung – und keine Abzocke. Sie sind Solidarbeiträge zur Finanzierung des Gemeinwesens. Im Zeichen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise heißt Haushaltspolitik heute nicht mehr Verteilen von Zuwächsen, sondern Entwicklung inhaltlicher Schwerpunkte. Investieren in Bildung, Soziales, Kultur und Integration ist nachhaltige Stadtpolitik. Die Frankfurter SPD steht für eine kommunale Haushaltspolitik, die orientiert ist an der Integration der Stadtgesellschaft und der Chancengleichheit für alle. Wir lehnen Spekulationen mit öffentlichen Geldern ab, da die Risiken solcher Investitionen in komplizierte und undurchsichtige Finanzprodukte – wie sich mehrfach gezeigt hat – unkalkulierbar für die Kommunen sind.

Gemeindefinanzreform – Verantwortung von Bund und Ländern

Unerlässlich für die Sicherung und den Ausbau des Wirtschaftsstandorts Frankfurt ist der Erhalt der Gewerbesteuer als Grundlage für die Ergiebigkeit der kommunalen Finanzen. Die Gewerbesteuer trug in den vergangenen Jahren in der Regel mehr als zwei Drittel zu den gesamten Steuereinnahmen Frankfurts bei. Wir setzen uns für eine Modernisierung der Gewerbesteuer als einer der wichtigsten, selbst bestimmten Einnahmequellen der Stadt Frankfurt ein. Von Bund und Ländern erwarten wir, dass sie ein Gewerbesteuersystem erarbeiten, das die Einnahmen der Städte und Gemeinden künftig stabilisiert und verstetigt, damit eine planbare, verlässliche Finanzpolitik möglich wird.

Keine weitere Senkung der Gewerbesteuer

Als Gewinnbesteuerung ist die Gewerbesteuer als Beitrag der Unternehmen für die Infrastruktur unserer Stadt von zentraler finanzpolitischer Bedeutung. Die von der schwarz-grünen Koalition beschlossene Senkung der Gewerbesteuer kostet Frankfurt allein in dieser Wahlperiode rund 450 Mio. Euro, die angesichts der voraussehbaren Auswirkungen der Finanzkrise auf die städtischen Einnahmen noch bitter fehlen werden. Die Stellung Frankfurts im Wettbewerb der Standorte hat sich durch die Gewerbesteuersenkung weder national noch regional verbessert. Wichtiger als niedrige Steuersätze sind gut ausgebildete Menschen, eine gute Verkehrsinfrastruktur, ein attraktives kulturelles Angebot, siche-

re Stadtteile, eine leistungsfähige, bürgerfreundliche Verwaltung und eine soziale sichere Stadt.

Die schwarz-gelben Regierungen in Bund und Land wälzen die Folgen ihrer ebenso unsoliden wie unsozialen Haushaltspolitik in immer größerem Maß auf die Kommunen ab. Als Beispiel seien hier nur die von der Hessischen Landesregierung geplanten Kürzungen durch Änderungen beim Kommunalen Finanzausgleich, der Grunderwerbssteuer und den Stellplatzablösebeträgen genannt, die sich in der Summe auf bis zu 100 Millionen Euro belaufen werden.

Sollten die Kürzungspläne von Bundes- und Landesregierung so Wirklichkeit werden, wird eine Rückkehr zu dem bewährten früheren Gewerbesteuerhebesatz zur Sicherung der Investitionskraft der Stadt unumgänglich werden.

Der eigentliche Grund für die Dauer-Misserfolge des Frankfurter Magistrats und für den Wegzug von immer mehr großen und kleinen Betrieben ist nicht die Gewerbesteuer, sondern der fehlende Kontakt und die fehlende Aufmerksamkeit des Magistrats für die Belange der Wirtschaft. Bevor in Frankfurt ein Investor einen Termin beim Planungsdezernenten bekommt, hat er in Eschborn schon die Baugenehmigung.

Harmonisierung der Gewerbesteuer auf regionaler Ebene

Wir streben eine Harmonisierung der Gewerbesteuer auf regionaler Ebene im Rhein-Main-Gebiet an. Nachdem in den vergangenen Jahren bereits ein einheitlicher Mindesthebesatz für die Gewerbesteuer auf nationaler Ebene eingeführt worden ist, sollte auch die Möglichkeit für die Einführung eines Mindeststeuersatzes in regionalen Ballungsräumen wie dem Rhein-Main-Gebiet geschaffen werden.

Rhein-Main-Region solidarisch finanzieren

Die Region Rhein-Main wird von ihren Bürgerinnen und Bürgern als Einheit erlebt und gewollt. Doch die zentrale Wirtschaftsregion Hessens erlebt derzeit eine nachhaltige Schwächung. Der innerregionale Konkurrenzkampf zwischen den Kommunen der Region über Gewerbesteuersätze, Gewerbe- und Wohnbauflächen sowie Infrastrukturmaßnahmen kennt zwar Gewinner und Verlierer. Insgesamt gesehen kann ein gemeinsames Optimum durch abgestimmtes Handeln in zentralen Bereichen jedoch nicht erreicht werden. Deshalb ist für uns Frankfurter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der Regionalkreis das Ziel. Innerhalb des Regionalkreises kann ein Finanzausgleich stattfinden und eine Umlage erhoben werden.

Stärkung des Mittelstandes durch Investitionen

Wir wollen, dass die Stadt und ihre Betriebe kontinuierlich und verlässlich Aufträge an das Frankfurter Handwerk, den Handel und die Industrie vergeben. Nicht nur, um den Wirtschaftskreislauf zu stabilisieren und zu beleben. Denn Bestandssicherung des Mittelstandes über kommunale Investitionen ist Arbeitsplatzsicherung und Bildungspolitik. Mittelstandsfreundliche Politik bedeutet nicht zuletzt auch Förderung von Ausbildungsplätzen, die in Frankfurt zumeist von kleinen und mittleren Unternehmen angeboten werden.

Realistische Haushaltspläne statt Luftnummern

Verlässliche Finanzpolitik meint, dass wir realistische Haushaltspläne aufstellen werden und keine Luftnummern, wie sie die schwarz-grüne Römerkoalition seit Jahren praktiziert. In allen Haushaltsjahren hat die schwarz-grüne Koalition die veranschlagten Investitionsmittel nur ungefähr zur Hälfte umgesetzt. Im Interesse der Glaubwürdigkeit der Politik müssen die im Haushalt veranschlagten Projekte endlich wieder in größerem Maße verwirklicht werden. Anstelle der Verwendung von Phantasiezahlen sind die städtischen Projekte von Anfang an mit realistischen Kostenansätzen zu planen. Von der Stadtverordnetenversammlung genehmigte Ausgaben sind verbindlich einzuhalten. Kostenüberschreitungen bedürfen in jedem Einzelfall vor Beginn der Arbeiten parlamentarischer Genehmigung. Ein effektives Kosten-Controlling muss gewährleistet sein.

Öffentliche Aufgaben müssen im Besitz der Öffentlichen Hand bleiben

Eine Privatisierung kommunaler Leistungen lehnen wir ab. Wo sich – wie bei der Energieversorgung – eine Chance zur Rekommunalisierung früher bereits privatisierter Bereiche bietet, wollen wir diese nutzen.

Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP)

Das schwarz-grün-gelbe Projekt zur Sanierung von Brücken- und Ingenieurbauwerken in Öffentlich-Privater Partnerschaft (ÖPP) in Frankfurt lehnen wir ab. Sein wirtschaftlicher Nutzen ist nicht erwiesen, seine Risiken sind unabschätzbar, ein effektives Controlling ist nicht vorgesehen und es bindet immense Mittel des städtischen Haushalts für die nächsten 30 Jahre. Stattdessen setzt die Frankfurter SPD auf Transparenz, Offenheit und demokratische Kontrolle – dazu gehört die Rückdelegation existenziell wichtiger Aufgaben aus der Privatwirtschaft in die öffentliche Hand und nicht eine heimliche Privatisierung auf dem Schleichweg Öffentlich-Privater Partnerschaften.



Herausgeber:
SPD Frankfurt am Main
Fischerfeldstraße 7-11
60311 Frankfurt am Main